

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 26. September 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das Erwachen der Arbeiterbewegung in Serbien.

Belgrad, den 24. September.

Zum ersten Male nach einem Jahre versammelten sich die Vorstände der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen wieder im Volkshause. Ein fröhliches Empfinden beherrschte alle Teilnehmer: Endlich ist die Zeit wieder gekommen, die Lebenskräfte in den Dienst des eigenen Ideals stellen zu können, statt zwangsweise den Klassenfeinden nicht nur gewerblich, sondern auch mit Leib und Leben dienstbar zu sein! Und wo zu tagen? In unserem Hause! Und mit wem zu sprechen? Mit unseren lieben Parteigenossen, die dasselbe wünschen und erstreben wie wir! Man mühte in unserer Haut stecken, in der Haut von Menschen, die ein langes Jahr, Tag und Nacht gezwungen waren, über Felder und Gebirge zu rennen, zu rauben, zu töten, zu verwüsten und sich dem Tode auszugeben, und die jetzt wieder einmal unter Kulturmenschen zu leben anfangen, um zu begreifen, wie tief und wie groß unsere Lebenslust und unser Tätigkeitsdrang für die sozialistische Bewegung sind.

Die winzige Zahl der Parteigenossen, die zu Hause geblieben waren, erzählten uns, was für Jammer und Elend hinter uns blieb. Die größte Zahl der Organisationen war mit einem Schläge aus der Welt geschafft. Da in dem zweiten Kriege gegen die Bulgaren selbst die Militäruntauglichen gelehrt nach Mazedonien getrieben wurden, waren buchstäblich alle Mitglieder der Organisationen verschwunden. Die, die noch übrig geblieben waren, konnten an den Fingern hergezählt werden.

Das Vermögen der Organisationen wurde gesammelt und im Volkshause aufbewahrt. Da gegen dieses Vermögen aber mehrmals Raubversuche unternommen waren, entschlossen sich unsere Genossen, unsere Hinterlassenschaft zu schützen. Sie haben sich Waffen angeschafft und sich vor und in unserem Volkshause Tag und Nacht als Wächter aufgestellt. Da sie in diesem Kampfe für unsere Sache zu wenige waren, haben sie in den dunklen und langen Winternächten ihre Gesundheit zugrunde gerichtet, aber die Hinterlassenschaft unserer Organisationen blieb bis auf den letzten Heller erhalten. Der eifrigste unter unseren Wächtern, aber auch einer, der an der Krankheit am meisten zu leiden hat, ist der Sekretär unserer Gewerkschaftskommission, Genosse Pawlowich. Dasselbe gilt von Daptschewich, unserem Abgeordneten, der alles geleitet hat und die Zeitung redigiert und der sich dabei überarbeitet hat. Diese denkwürdige Opferwilligkeit und dieser Selbstermut der Sozialdemokraten soll und muß besonders unterstrichen werden. Konnte jemand mit mehr Recht als diese beiden Genossen die heute Versammelten auffordern, so schnell wie möglich unsere Organisationen wieder aufzubauen und die Tätigkeit wieder aufzunehmen?

Danach traten die bekannten Genossen Topalowich und Tschowich, die eben aus dem Kriege gekommen waren, auf. Sie waren über den Jubel, mit dem sie von den Arbeitern empfangen wurden, hoch erfreut. Die Auszeichnungen, die ihnen als Reserveoffiziere verliehen werden sollten, haben sie zurückgewiesen.

Nachdem Genosse Topalowich seiner Freude, sich wieder dem sozialistischen Kampfe widmen zu können, Ausdruck gegeben hatte, zeigte er, eine wie große Verantwortung die Träger der Arbeiterbewegung in Serbien vor der Arbeiterklasse im Lande und vor der sozialistischen Internationale zu tragen haben. Das neue Serbien ist nicht frei geworden, sondern mit dem alten unter das Joch des Militarismus gefallen.

Erst jetzt gilt es, den Befreiungskampf durchzuführen, den nur die Sozialdemokratie führen will und kann. Die Errungenschaften unserer Gewerkschaften sind zunichte gemacht, die Arbeiterschutzgesetze außer Geltung gestellt. Die Arbeiter, die im Felde standen, wurden wie die wilden Hunde behandelt, die zu Hause geblieben haben Hunger gelitten. Und was haben wir gefunden, als wir zurückkamen? Elend, Jammer und Ruin! Die Felder sind unbebaut, die Geschäfte geschlossen und werden noch immer nicht aufgemacht. Tausende von Menschen ziehen ziellos herum, weil keine Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Die ehemaligen Soldaten, die Nationalhelden, die verstümmelt und die nicht verstümmelt sind, betteln auf den Straßen. Im ganzen Lande wüten furchtbare, ansteckende Krankheiten. Noch immer fallen jeden Tag Hunderte von Menschen an der Cholera.

Die proletarischen und halbproletarischen Volksmassen sind arg unzufrieden. Diese Unzufriedenheit kann nicht durch feierliche Paraden, die die Herrschenden veranstalten, in andere Richtungen abgelenkt werden. Die Massen richten ihren Blick zu uns, zu der Sozialdemokratie, zu dem einzigen nicht Schuldigen an der furchtbaren Katastrophe, zu den einzigen Gegnern des Krieges und des Militarismus, zu den einzigen Kulturmenschen. Und darin liegt unsere historische Verantwortung. Wir sind die Berufenen, denen die Pflicht obliegt, diese dunkle Unzufriedenheit der Volksmassen in be-

wußten Klassenkampf zu verwandeln. Die Arbeiter in die Organisationen anzuschließen, durch diese Organisationen für politische Freiheiten, wirtschaftliche Verbesserungen und die Abschaffung des Kapitalismus zu kämpfen, das ist der einzige Weg, unsere Arbeiterklasse vor dem Untergang zu retten.

Eine ebenso wichtige Pflicht haben wir der sozialistischen Internationale gegenüber. Das ist jene großartige Organisation, die den unermüdbaren Kampf gegen den Krieg und gegen den Militarismus führt. Sie führt ihn, weil es die Klasseninteressen des Proletariats und die Zukunft des Sozialismus erfordern.

Diesen Kampf der Internationale gegen den Krieg heißt es zu stärken, ihn müssen neue moralische Antriebe gegeben werden. Durch das Ausfließen unserer Bewegung soll der Welt das historische Beispiel gegeben werden daß selbst ein Krieg die Kraft der Sozialdemokratie nicht vermindert, sondern größer macht. Wir haben gegen den Krieg und gegen den Militarismus gekämpft, und eben deshalb sind wir stärker geworden. Es ist eine geschichtliche Notwendigkeit, ein historisches Gesetz, daß jeder Krieg das Vertrauen der Volksmassen in die herrschende Klasse herunterdrückt. Beim Kriege mit seinen abscheulichen kapitalistischen Tendenzen richtet sich sofort die Empörung der Volksmassen gegen die Regierung. Dort, wo das Proletariat die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, muß unbedingt ein Krieg in die soziale Revolution ausmünden.

Die Internationale befindet sich auf dem besten Wege. Nur noch mehr Eifer, immer mehr Eifer. Verbreiten wir unsere Lehre in den Volksmassen, stärken wir innerlich unsere Organisationen, führen wir einen rücksichtslosen Kampf gegen den Krieg und gegen den Militarismus, und hegen wir die aus der Erfahrung der Balkankatastrophe gezogene feste Ueberzeugung, daß nur eine einzige Fahne siegreich durch die Welt getragen werden wird, die rote Fahne der Sozialdemokratie.

Genosse Tschowich erinnerte an die Pflicht, der armen Bevölkerung im Süden des Balkans zu gedenken, wo die Armeen der fünf christlichen kriegführenden Staaten mehr Elend und Unheil angerichtet haben, als die sultanische Regierung in einem Jahrhundert. Es wurde dort geraubt, geplündert, gebrannt, getötet. Es ist die Pflicht der Arbeiterklasse, den Unglücklichen die Freundeshand zu reichen. Wir müssen zeigen, daß in Serbien noch etwas zu finden ist außer dem, was die Armeekommandos, Balkanregierungen und Balkankönige gezeigt haben. Der Kapitalismus wird die neuen Gegenden unter seine unbeschränkte Herrschaft stellen. Er wird die alten Wirtschaft- und Gesellschaftsformen zugrunde richten, infolgedessen wird der Zustrom der Volksmassen, den bisher der amerikanische Kapitalismus und der rumänische Feudalismus geschluckt haben, nur größer werden und unsere einheimischen Arbeitsmärkte überschwemmen. Wir müssen diese neuen Proletarier in unsere Organisationen einführen, sonst werden sie von unseren Gegnern in die gelben Organisationen gepreßt werden. Wir müssen die alte historische Wahrheit bezeugen, die Marx so glänzend formuliert, da er sagte: „Jedem Schritt des Kapitalismus folgt ein Schritt seines Todfeindes, des Sozialismus.“ Möge die große Kulturtaufgabe, die die Sozialdemokratie auch in den neuen Gegenden vollziehen wird, den Volksmassen wenigstens eine kleine Entschädigung sein für die ungeheuren Opfer, die sie zu tragen gezwungen waren!

Die in dieser Versammlung gesprochenen Worte haben in dem ganzen Lande großen Widerhall gefunden. Die Organisationsarbeit geht rasch vorwärts. Sie wird leider gehemmt einerseits durch die ansteckenden Krankheiten, die das Versammeln größerer Menschenmengen unmöglich machen, und andererseits durch die unglaubliche Arbeitslosigkeit. Die vom Militär gekommenen Genossen leiden buchstäblich Hunger. Das Wirtschaftsleben ist tot, die Zahlungen sind eingestellt, das Geld in die Kassen der Bankinstitute eingeschlossen. Zurzeit ist überhaupt nicht abzusehen, ob und wann es besser werden wird. Für uns gilt es aber, eben diese Zeit der größten Unzufriedenheit agitatorisch auszunützen.

Internationale Arbeiterchutzkonferenz.

Gestern fand, wie uns telegraphiert wird, in Bern die Schlußsitzung der sogenannten internationalen Arbeiterchutzkonferenz und die Unterzeichnung der Schlußakte statt. Unterzeichnet unter die Schlußakte traten Vertreter von Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Norwegen, Niederlande, Portugal, Spanien, Schweden und der Schweiz. In dem Akt drückten die Delegierten aus, sie seien übereingekommen, den schweizerischen Bundesrat zu ersuchen, er möchte als Ergebnis der Beratungen der Konferenz den beteiligten Staatsregierungen behufs der ihnen für gut erscheinenden diplomatischen Verhandlungen die Ergebnisse der Verhandlungsberatungen als Vorschläge für abzuschließende internationale Vereinbarungen mitteilen. Vor der Unterzeichnung haben die Vertreter einiger Staaten noch besonders betont, daß sie für ihre Regierungen das Recht der freien Entscheidung ausdrücklich wahrten. Diese Freiheit besteht, wie festgestellt wurde, ohne weiteres für alle beteiligten Staaten, da erst durch die vom Bundesrat auf das Jahr 1914 einzuberufende

diplomatische Konferenz die Staatsverträge vorbereitet werden. Der Vertreter Russlands war zur Unterzeichnung nicht ermächtigt.

Die hauptsächlichsten Bestimmungen der Schlußakte sind: Durch eine erste Konvention soll die industrielle Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter bis zum vollendeten vierzehnten und bis zum vollendeten sechszehnten Altersjahre verboten sein. Das Verbot ist nur für die Jugendlichen bis zum vollendeten vierzehnten Jahre unter allen Umständen absolut. Die Nachtarbeit soll eine Dauer von mindestens elf aufeinanderfolgenden Stunden haben. Es soll in ihr der Zeitraum von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens liegen. Für die Stein- und Braunkohlenbergwerke sollen, falls die Ruhezeit verlängert wird, gewisse Verschiebungen zulässig sein. Das Uebereinkommen soll zwei Jahre nach Schluß des Protokolls in Kraft treten. Die Frist für die Glasindustrie und für die Walz- und Hammerwerke soll aber verlängert werden. Nach den Grundzügen einer zweiten Konvention soll die Dauer der industriellen Arbeit von weiblichen Personen jeden Alters und von jungen Leuten bis zum vollendeten sechszehnten Altersjahre täglich nicht mehr als zehn Stunden betragen. Nach Wahl können die Vertragsstaaten die höchste Arbeitsdauer aber auf sechzig Stunden an den sechs Werktagen und mit einem Maximum von zehneinhalb Stunden täglich festsetzen. Die höchste Arbeitszeit kann durch Ueberstunden unter gewissen Voraussetzungen ausnahmsweise verlängert werden. Die Gesamtzahl der Ueberstunden soll jährlich bis 140 erreichen dürfen. Die Konvention setzt endlich für einige Industrien noch besondere Ausnahmen fest und gewährt für solche sowie für Staaten, in denen die gesetzliche Arbeitszeit heute noch 11 Stunden beträgt, Uebergangsfrieten.

Ein außerordentlich mageres Ergebnis, das wahrlich eher als ein Anlauf zum „Halt“ als ein Auf zum „Vorwärts“ in den sozial so notwendigen Vorarbeiten für Jugendliche und für weibliche Personen anzusprechen ist.

In der eigenen Schlinge.

In Leipzig ist im Jahre 1896 das Dreiklassenwahlrecht nach Berliner Muster eingeführt worden. Wie so oft, war auch hier der Liberalismus die treibende Kraft, er fürchtete von dem Jenuswahlrecht eine Uebersetzung des Kollegiums durch die Sozialdemokratie.

Die Wirkungen des Raubes sind nun freilich für den Liberalismus keineswegs erbaulich gewesen. Die verhasste Sozialdemokratie ist zwar in die dritte Klasse zurückgeworfen worden, aber die zweite Klasse ist gänzlich in den Besitz der mittelständlichen Hausbesitzerpartei übergegangen. Dadurch ist der liberale Anhang in den unteren Schichten völlig ausgeschaltet worden, was für die Wahlrechtsänderer mit jedem Tage unangenehmer wird. Vor fünf Jahren ist es noch einmal gelungen, vier Sitze in der dritten Wählerklasse für das Bürgerium zu retten und damit einige Vertreter des mittleren Beamtenstandes in das Kollegium zu bringen. Diese scheitern aber Ende nächsten Jahres aus und an einen obermaligen Erfolg in der dritten Klasse ist nicht mehr zu denken. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen das liberale Bürgerium mit Grauen an den Wahlkampf im Herbst 1914 denkt. Darum erklärt sich der Eifer, mit dem die Liberalen eine Änderung des Wahlrechts erstreben. Seit Dezember 1912 liegen dem Kollegium Eingaben der verschiedensten Interessengruppen vor, die kategorisch eine Änderung fordern und aus allem führt die Angst vor dem nächsten Wahlkampf. Eine dieser Eingaben kommt vom Nationalliberalen Verein Leipzig und umgedeutet; sie fordert:

1. Einteilung der wahlberechtigten Bürger in vier Klassen auf Grund der Einkommensteuer (Wegfall der Grundsteuerentlastung).
 2. Einführung des Verhältniswahlverfahrens in allen vier Klassen.
 3. Erhöhung der Stadtverordnetenliste.
- Die Einteilung der Wählerklasse denkt sich die Eingabe so, daß auf die erste Klasse 10 Proz., auf die zweite 20 Proz., auf die dritte 30 Proz. und auf die vierte Klasse 40 Proz. der Wähler entfallen. Bisher umfaßte die erste Klasse nur 5 Proz., die zweite 15 Proz. und die dritte Klasse 80 Proz. der Wähler. Mit der Verwirklichung dieser Vorschläge würde das Beamtenum voll auf seine Rechnung kommen, es würde in den beiden mittleren Klassen den sogenannten Mittelstand aus seiner sicheren Position werfen, denn das Hausagrarierum würde durch die Nichtanrechnung der Grundsteuer empfindlich geschwächt werden. Die Sozialdemokratie würde ihren Besitzstand behaupten, aber auch keineswegs gewinnen.

Daß diese Vorschläge keine Aussicht auf Erfolg haben konnten, liegt auf der Hand. Weder der Mittelstand noch die Sozialdemokratie konnte sie annehmen. In den Ausschüßberatungen sind sie denn auch nicht aufgenommen worden. Dafür tauchten aber einige ähnliche Vorschläge auf. Diese wollten das Dreiklassenwahlrecht beibehalten, die Klassen aber so abtufen, daß auf die erste Klasse 10 Proz., auf die zweite 25 Proz. und auf die dritte 65 Proz. der Wähler entfallen sollten unter Anwendung der Verhältniswahl. Einer kleinen Verneinung der Sitze, eventuell ganzer der dritten Klasse, waren die Herren auch nicht grundfährlich abgeneigt, doch haben sich diese Wünsche zu Anträgen nicht verdichtet, weil die Sozialdemokraten keine Neigung zeigten, diesen Anträgen bedingungslos zuzustimmen.

Eine andere Eingabe kam von den nationalen Arbeitern. Diese gelben Brüder finden es unhaltbar, daß 80 Proz. der Bürgererschaft von den Sozialdemokraten vertreten werden. Sie fordern deshalb ein Vierklassenwahlrecht dertart, daß die ersten drei Klassen

Die Inserions-Gebühr

Befragt für die sechsstelligen Nummern, für politische und gewerkschaftliche Anzeigen 20 Fig., „Kleine Anzeigen“, das ist diejenige, die Wort 20 Fig., (zulässig 20 Fig. pro Zeile), jedes weitere Wort 10 Fig., Zielangelegenheiten und Schlußstellenanzeigen das erste Wort 10 Fig., jedes weitere Wort 5 Fig., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich.

den anfänglichen Teil des Kollegiums wählen sollen — das ist die Hälfte — während die vierte Klasse im Verhältniswahlverfahren die Unanfähigen wählt. Da die ersten drei Klassen alle Bürger umfassen sollen, die drei Viertel der Einkommensteuer aufbringen — das sind etwa 8 Proz. der Wählerchaft — würde der plutokratische Charakter des Wahlrechts noch verschärft werden, mehr als 90 Proz. der wahlberechtigten Bürger würden in die vierte Klasse gedrängt!

Endlich verlangten die freisinnigen Vereine in einer Eingabe die Einführung des Reichstagswahlrechts. Der resignierten Art der Begründung dieser Eingabe konnte man es jedoch anmerken, daß sie nicht ernst gemeint war.

Am Mittwoch den 24. September, wurde die Sache im Plenum verhandelt. Der Ausschuss hatte nichts zustande gebracht und beantragte sämtliche Eingaben auf sich beruhen zu lassen.

In der Debatte beauftragte der Liberale Dr. Tscherning, den Rat um eine Vorlage zu ersuchen, in der die Einteilung der Wählerchaft nur nach der Einkommensteuer und die Wahl nach gebundenen Listen vorgesehen sei. Das bedeute also Nichtrechnung der Grundsteuer und Verhältniswahl. Auf eine Wiederaufnahme der übrigen Anträge verzichteten die Herren.

Genosse Lehmann begründete unsere Stellung. Er erklärte unsere Bereitwilligkeit, an einer wirklichen Verbesserung in der Richtung zu arbeiten, die allen und gleichen Wahlrecht mitzuarbeiten. Der Mittelständler Jäne konnte die Notwendigkeit einer Änderung überhaupt nicht einsehen, was auf der Tribüne mit gebührender Heftigkeit aufgenommen wurde. Im übrigen bemühte sich der Herr, die Anrechnung der Grundsteuer zu rechtfertigen. Es war feinerweichend, wie er die Erstklassigen anflehte, doch ja nicht die armen Hausbesitzer an die Wand zu drücken. Der Lehrer Hiemann, einer der letzten bürgerlichen Vertreter der 3. Klasse, der unter den Erstklassigen sitzt, vertrat die Wünsche des Proletariats. Für das allgemeine Wahlrecht sei er zwar, aber er wolle nicht dafür stimmen, weil das nur eine Demonstration sei! Genosse Pollender unterstützte den Liberalen unsere Genugtuung über ihre Vorkommnisse, in die sie durch das Dreiklassenwahlrecht geraten sind. Er wies dann den Herren nach, daß sie es sind, die jede Verbesserung unmöglich machen, weil sie nicht geneigt sind, die elementarsten Forderungen der Gleichberechtigung unserer Fraktion zu erfüllen. Der Erstklassige Dr. Jund, ein Bruder des Reichstagsabgeordneten, diente seiner schlechten Sache mit einer schlechten Rede. Abwechslend lobte und tadelte er die Mittelständler und Sozialdemokraten, um dann mit einer patriotischen Geste an den Gemeindefortschritt zu appellieren.

Damit war die Debatte beendet; sämtliche Anträge wurden abgelehnt. Die Hoffnung, daß nun für einige Zeit Ruhe eintritt, dürfte sich nicht erfüllen, denn die Arbeiterchaft wird nun an die Spitze der Bewegung treten und die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts mit allem Nachdruck verlangen.

Politische Uebersicht.

Die nationalliberale Parteileitung Badens

nimmt endlich Stellung gegen jene Vereinsleiter, die sich um die Abmachungen über die Kandidatenaufstellung nicht im geringsten kümmern. Im Bezirk Rastatt hatte der dortige nationalliberale Verein entgegen dem Abkommen mit den Fortschrittlichen einen eigenen Kandidaten aufgestellt und zwar einen solchen, der auch dem Zentrum genehm ist. Damit würde der Bezirk, der bisher durch einen Fortschrittler vertreten war, der Fortschrittspartei verloren gehen. Es ist versucht worden, die Rastatter Nationalliberalen umzustimmen, das war vergebens. Die nationalliberale Parteileitung erklärt nun eine Erklärung gegen die Rastatter Sonderkandidatur, die betont, daß sie nicht als Kandidatur der nationalliberalen Partei gelten könne. Die Anhänger der nationalliberalen Partei werden aufgefordert, ihre Stimmen dem Kandidaten der fortschrittlichen Volkspartei zu geben.

Das ist gut gemeint, wird aber nicht viel nützen, der nationalliberale Karren ist nun einmal verfahren.

Der Volksschüler 64 M., der Gymnasiast 397 M.

Vor einiger Zeit haben wir kurz angedeutet, in welcher Richtung die Verhältnisse in Baden — und nicht anders sieht in dieser Beziehung in anderen Bundesstaaten — die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für höhere Schulen und für die Volksschulen seien. Eine geradezu aufsehenerregende Sprache reden aber die nachstehenden Zahlen. Es kostete in Baden im Jahre 1910:

ein Gymnasiast	897,34 M.
ein Realschüler	304,63 „
ein Bürgerschüler	275,73 „
eine höhere Tochter	193,60 „
ein Volksschüler aber nur	64,54 „

Die Schulbildung, welche der Gymnasiumsbesucher genießt, ist also sechsmal teurer als die, welche man dem Volksschüler angeeignet läßt. Noch stiefmütterlicher benimmt sich gegenüber dem letzteren der „fürsorgliche“ Vater Staat. Er leistet an Zuschuß für

einen Gymnasiasten	238,45 M.	oder 65 Proz.
einen Realschüler	129,21 „	42 „
einen Bürgerschüler	154,79 „	56 „
eine höhere Tochter	60,00 „	25 „
einen Volksschüler	16,61 „	25 „

In 15facher Vermehrung gegenüber dem Volksschüler begünstigt also der Staat den Gymnasiasten. Das zeigt trefflich, wie stark noch immer selbst in süddeutschen Staaten die Volksschule an Wertescheidung gegenüber der Mittelschule zurücksteht. Wie traurig es in dieser Beziehung aber erst in Ost- und Westpreußen sowie in Mecklenburg aussieht, ist hinlänglich bekannt.

Folgen der Wehrevorlage.

Das neueste „Militär-Wochenblatt“ bringt Bestimmungen über ein neues Verfahren bei den Rekrutenausshebungen. Danach kommt in Zukunft die Auslosung in Fortfall. Es ist beabsichtigt, beim Ersatzgeschäft eine Sichtung der Tauglichen in zwei Klassen vorzunehmen zu lassen. Die Tauglichen I (zweifelhafte Taugliche) werden voll zur Einstellung kommen. Die Tauglichen II nur so weit, wie sie zur Erreichung der Rekrutenquote benötigt sind. Eine Uebertragung von Tauglichen auf das kommende Jahr gibt es nicht mehr, so daß auch die Tauglichen zweiter Klasse schon im gleichen Jahre ihre endgültige Entscheidung erhalten. Zunächst werden sie noch als Nachersatz verfügbar gehalten und dann voraussichtlich am 1. Februar des der Aushebung folgenden Jahres der Ersatzreserve überwiesen.

Auch die Manöver sollen ausgestellt werden. Die Korps-Manöver unter Leitung von Generalinspektoren der Armeeinspektionen wurden in diesem Jahre zum erstenmal angeordnet, und zwar im Korpsverband gegen markierten Feind beim Gardekorps, I., 3., 10., 16., 20. und 21. Armeekorps. Vom nächsten Jahre ab sollen zwei Korps der betreffenden Generalinspektionen unter Leitung des Generalinspektors gegeneinander manövrieren. Bei den Kaisermanövern soll die Beteiligung von mehreren Armeekorps auf jeder Seite zur Regel werden. Hiermit wird sich aber der Reichstag noch zu beschäftigen haben, da im Reichs-Stat erhöhte Mittel für die vorstehenden Zwecke gefordert werden.

Auch die Marine geht bei der Neuordnung nicht leer aus. Bei der Flotta Friedrich Krupp in Essen gab die Marineverwaltung die

ersten 38-Zentimeter-Geschütze zur Aufertigung in Bestellung. Es handelt sich zunächst um die Konstruktion von 16 Geschützen dieses Kalibers, die zur Installation an Bord der beiden Großkampfschiffe „Ersatz Württemberg“ und „T.“ bestimmt worden sind, die die Schiffsbauwerft in Danzig und die Howaldtswerke bei Kiel zum Bau in Auftrag erhalten haben. Und die Reichswerft in Danzig stellte in diesen Tagen das 21. Unterseeboot fertig.

Die Kommission für die Rüstungslieferungen soll kurz vor Beginn des Reichstags zusammentreten. Dieser „parlamentarischen Untersuchungskommission“ scheint man aber nach Möglichkeit die Hände binden zu wollen. Die offiziös informierte „Neue politische Korrespondenz“ schreibt nämlich — und die „Korrb. Allgem. Zeitung“ gibt es kommentarlos wieder —: „Es kann nicht die Aufgabe der Enquete-Kommission sein, in die Exekutive der Verwaltung hineinzureden: ihr Aufgabenkreis beschränkt sich vielmehr darauf, Fragen der Submissionspolitik und damit zusammenhängende weitere Fragen wirtschaftlicher Art einer erschöpfenden Erörterung und Würdigung, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Verhältnisse des Auslandes, zu unterziehen. Fragen, wie sie schon seit Jahren in der Budgetkommission des Reichstages erörtert worden sind und den Gegenstand von Verhandlungen zwischen den beteiligten Verwaltungen gebildet haben. Solche Kommissionen sind in Deutschland durchaus nichts Neues, es braucht nur an die Württemberg, Kartell-, Bank- und Fleischnqueto-Kommission erinnert zu werden.“

Es kommt auf die Kommission an, wie sie ihre Aufgabe aufsaugt; nötigenfalls muß der Reichstag nachhelfen.

Die Bochumer Wohlthätige.

Am 30. Dezember 1912 unternahm die Bochumer Polizei eine Reihe von Hausdurchsuchungen nach der vom Düsseldorf Bureau herausgegebenen Veranschaulichung „Der moderne Militarismus“. Auf dem Bochumer Parteibureau kam es zu lebhaften Austritten. Der Parteisekretär Genosse Scheibe weigerte sich, die Hausdurchsuchung zu dulden und wich schließlich nur der Gewalt. Das Schöffengericht in Bochum stellte im April dieses Jahres fest, daß die Beamten nicht in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes gewaltet hätten und sprach den Genossen Scheibe von der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt frei. Der Amtsanwalt legte zwar Berufung gegen dieses Urteil ein, zog aber vor einer Entscheidung der oberen Instanzen seine Berufung zurück.

In derselben Sache holte sich jüngst die Bochumer Polizei eine zweite Niederlage. Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins in Bochum, Genosse Teuber, wurde beschuldigt, noch nach der Beschlagnahme der genannten Veranschaulichung Exemplare an die Parteifunktionäre verabsolgt zu haben. In einer Gerichtsverhandlung, die schon im Juni stattfand, berief sich der Amtsanwalt auf einen Polizeispiegel, der der Sitzung der Bochumer Parteileitung beigewohnt habe und Zeuge der strafbaren Handlung gewesen sei. Der Polizei wurde aufgegeben, eventuell diesen Vertrauensmann zu nennen. In der neuen Verhandlung vom vergangenen Mittwoch weigerte sich der als Zeuge erschienene Kriminalbeamte Eibner, den Vertrauensmann der Polizei zu nennen und Auskunft darüber zu geben, ob dieser Spiegel bezichtigt werde. Er versicherte nur, der Spiegel sei „eine außerordentlich glaubwürdige Person“. Daraufhin beantragte der Amtsanwalt 100 M. Geldstrafe; das Gericht folgte aber dem Verteidiger, der den Spiegel als verlogenen Lumpen kennzeichnete, der sich unter der Maske eines Sozialdemokraten verberge, um der Polizei Nachrichten aus internen Sitzungen zu bringen. Um möglichst viel Geld zu verdienen, sei es ganz klar, daß er nicht nur Nachrichten fälsche, sondern auch strafbare Delikte erfinde, um seinen Auftraggebern gerecht zu werden. Das Gericht sprach den Genossen Teuber mit der Motivierung frei, daß die Angaben des Spiegels nicht genügend beweiskräftig seien und aus den sonstigen Indizien kein voller Beweis für die Schuld entnommen werden könne.

Wie übrigens aus Bochum berichtet wird, ist der Polizeispiegel mittlerweile erkannt worden und die auf diesem Gebiete sehr rührige Bochumer Polizei um einen „Vertrauensmann“ ärmer.

Einer von den Ihren.

Am Tage der Landtagswahl hatte sich der konservativ Arbeiter Barnat aus Noragheim (Kreis Riederung) in Ostpreußen nach einer Stegeseiter im Krug auf den Arbeiter Stesewitz, der als Sozialdemokrat bekannt war, geführt. Ihm einen wichtigen Schlag mit dem Stock auf den Kopf versetzt und dann wie ein wildes Tier auf den Mann, der blutend am Boden lag, eingeschlagen. Der Genosse hat an den Folgen längere Zeit krank gelegen. Die konservativ Staatsräthe erhielt vom Schöffengericht in Heinsdorf am 14. Tage Gefängnis für die Verurteilung. Der Mann legte aber gegen dieses Urteil, das schon sehr milde ist, Berufung ein, und vor der Strafkammer in Lütitz erklärte der Angeklagte, er hätte deshalb den Stesewitz niedergeschlagen, weil dieser sich nicht geniert hätte, in der konservativen Riederung „seine Stimme einem sozialdemokratischen Wahlmann zu geben. Seine Berufung wurde verworfen.

Militärgerichtsurteile.

In einem hohen Grad der Verzweiflung muß sich der Arbeitssoldat der Reserve Alfred Garde befunden, der sich dieser Tage vor dem Königsberger Kriegsgericht zu verantworten hatte. Der Mann kam unbesorgt in das Heer, in dem er sich eine Anzahl Strafen zugezogen hat. Er wurde der Arbeiterabteilung überwiesen und in letzter Zeit wegen Verstößen gegen die Subordination dreimal zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Während er sich in Untersuchungshaft befand, kam eines Nachts ein Offizier, um zu revidieren. Dieser befahl dem Mann aufzustehen und ihm zu melden, weshalb er bestraft sei. Der Soldat erklärte aber, daß er dazu nicht verpflichtet sei, der Offizier möge machen, daß er hinauskomme. Wegen dieses Vorfalls hatte er sich erneut vor dem Kriegsgericht zu verantworten, das ihn wegen Ungehorsams und Wehrungsverletzung zu einem weiteren Jahr und einem Monat Gefängnis verurteilte. Während der Verhandlung ließ der Angeklagte gegen die Richter andauernd die schärfsten Beleidigungen aus und meinte, man könnte mit ihm machen, was man wollte. Bei einer früheren Verhandlung hat er erjucht, ihn zu Juchhaus zu verurteilen. Kurz der Angeklagte befindet sich in einem Stadium höchster Verzweiflung. Vielleicht ist er auch nicht mehr geistig zurechnungsfähig. Rechtliche Sachverständige waren zur Verhandlung nicht geladen.

In Jasterburg wurde ein Kanonier vom Feldartillerieregiment Nr. 1 zu vier Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt. Er hatte eines Abends einem Unteroffizier „achtungswidrige Antworten“ gegeben, „keine militärische Haltung eingenommen“ und „in Ungehorsam beharrt“. Und in Wilkenstein wurde ein Kanonier vom Feldartillerieregiment Nr. 73 wegen Wehrungsverletzung vor verlassener Mannschaft unter Gewehr, Beschädigung von Dienstwagen und tätlichen Angriff gegen einen Vorgesetzten zu 2 Jahren und einem Monat Gefängnis verurteilt. Er hatte im angetrunkenen Zustande sich in „achtungverletzender Tone“ gewelchert, vom Pferde zu steigen und schließlich dem Sergeanten mit der Faust einen Schlag in den Rücken versetzt.

Der Hauptmann als Soldatenschinder.

Das Westpr. Volksblatt“ meldet aus Thorn: „Mit dem großen militärischen Mißhandlungsprozeß gegen den Hauptmann und Kompagniechef Artur

Röhler vom 178. Infanterie-Regiment mußte sich jetzt auch das Oberkriegsgericht des 17. Armeekorps beschäftigen. Hauptmann Röhler hat sich zweimal vor dem Kriegsgericht zu verantworten gehabt. In der ersten Verhandlung Ende April wurde er nach einer Verweigerung in zehn Verhandlungstagen wegen fortgesetzter Bestimmung und verbotener Bestimmung Untergebener zu strafbaren Handlungen durch Mißbrauch der Dienstgewalt, ferner wegen vorläufiger Behandlung Untergebener in 62 Fällen, wegen Mißhandlung Untergebener in 45 Fällen, wegen Mißbrauch der Dienstgewalt in drei Fällen und wegen mangelhafter Beaufsichtigung Untergebener bzw. Unterlassung der Verfolgung strafbarer Handlungen von Untergebenen in zwei Fällen zu sechs Monaten Festungshaft verurteilt. In einer zweiten Verhandlung Mitte August verhängte dann das Kriegsgericht noch gegen Hauptmann Röhler wegen vorläufiger Mißhandlung Untergebener in Ausübung des Dienstes unter Mißbrauch der Waffe in fünf Fällen vier Wochen Stubenarrest. Der Gerichtsherr hat gegen das Urteil der ersten Verhandlung Berufung eingelegt, zwar nicht wegen der Höhe des Strafmaßes, sondern nur, weil nicht auch auf Dienstentlassung erkannt worden ist. Die heutige Verhandlung findet, wie die beiden Verhandlungen vor dem Kriegsgericht, unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Verlesung des ersten Urteils nahm mehrere Stunden in Anspruch. Zur Verhandlung sind nur 13 Zeugen geladen. Das Urteil lautet auf eine Gesamtsstrafe von sechs Monaten Festungshaft und Dienstentlassung.

Dessen hat es sich um sehr schwere Ausschreitungen des nunmehr endlich festgestellten Hauptmanns gehandelt. Es ist deshalb doppelt bedauerlich, daß in sämtlichen drei Verhandlungen die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden ist.

Der serbisch-albanische Konflikt.

Belgrad, 24. September. (Fig. Ver.) Unter Führung der bekannten Führer Jissa Voljetinaz und Vojram Zur haben die Arnauten in der Zahl von 2000 gut bewaffneten Männern die südliche serbische Grenze überschritten. Nach einem überaus heftigen Kampfe haben sie Djakowiza und Dibra genommen, wurden aber aus Djakowiza wieder herausgetrieben. In Belgrad riefen die Meldungen darüber die größte Verstärkung hervor. Da die in der bedrohten Gegend stehenden serbischen Truppen kaum 10000 Mann zählen, werden sie genügenden Widerstand nicht leisten können, deshalb wird wohl auch Pringrend verloren gehen.

Eine Teilmobilisation ist bereits angeordnet, aber bis diese Truppen an Ort und Stelle sind, werden die Arnauten tief ins Land eingedrungen sein. Man glaubt, daß ihre Führer der mit Okkupation der Gegenden eine vollendete Tatsache schaffen wollen, in der Hoffnung, Europa werde seine Zustimmung geben. Die serbische Regierung beabsichtigt aber, die Angreifer unbedingt zurückzuweisen und durch einen Einfall in ihr Land zu bestrafen.

Man versichert, der Einfall der Arnauten sei ein Versuch der österreichischen Diplomatie, die Grenzen Albaniens zu erweitern. Wären aber die geographisch untreuen wirtschaftlichen Zentralpunkte Nordalbanien von diesem nicht abgeschnitten, wäre den Albanen der Zugang in Dibra, Pringrend, Djakowiza serbischerseits nicht verboten, so könnte sie eine fremde Agitation nicht in eine so gefährliche Unternehmung hineinleiten. Die schlimmen Folgen einer Politik der Unterjochung der fremden Nationen und der Teilung des Balkans zeigen sich von Tag zu Tag immer deutlicher.

Italien.

Die Wahlvorbereitungen in Rom.

Aus Rom wird geschrieben: Von den fünf Wahlkreisen Roms kann man nur in einem einzigen einen lebhaften Konflikt der Parteien mit noch unentschiedenem Ausgang erwarten. Es ist dies der 1. Wahlkreis, den zurzeit Genosse Campanozzi im Parlament vertritt. Die anderen sind in seinen Händen. Der 2. Wahlkreis, in dem die Sozialisten dem bisherigen Abgeordneten Bissolati als Protestkandidaten den Genossen Amilcare Cipriani gegenüberstellen, ist Bissolati sicher. Niemand wird dem großen Minister Guido Voccelli bei Lebzeiten aus seinem Wahlkreis verdrängen, ebenso sicher dürfte der Republikaner Caraciani sein. Kampf gibt es also nur im 1. Wahlkreis; da aber läßt er sich auch schon jetzt, fünf Wochen vor dem vermutlichen Wahltag, recht scharf und giftig an. Die Zahl der Wahlberechtigten ist seit den letzten allgemeinen Wahlen im Wahlkreis Rom I von rund 3000 auf 14000 gestiegen. Dem Genossen Campanozzi, der mit schwacher Mehrheit bei einer Ersatzwahl gewählt wurde, sollte ein Bürgerlich-Radikaler, der Fürst Scipione Vorghese, und ein Konservativer, der Schriftsteller Oliva, entgegengestellt werden. Der Konservative kandidierte als Vertreter der Nationalisten, und die Merikalen, die dreimal täglich Italien beschimpfen und in ihren offiziellen Organen die Aufgabe Roms an den Papst fordern, hatten erklärt, die 5500 Stimmen, über die sie in dem Wahlkreise zu verfügen vorgeben, dem nationalistischen Kandidaten zuzuwenden. Dieser, der sich liberal nennt, was in Italien bekanntlich der Gegensatz von Merikal und nicht von konservativ ist, schien es ganz in der Ordnung zu finden, mit 1000 Liberalen und 5500 Merikalen Stimmen das Mandat dem liberalen Nationalismus zu übergeben, als ihm plötzlich das nationalistic-Merikal-konservative „Giornale d'Italia“ den ganzen Spieß verdarb, indem es alle Ordnungselemente aufforderte, den Sieg des Sozialisten zu verhindern und geschlossen für — den Radikalen, Fürsten Vorghese, zu stimmen! Das war nun freilich eine starke Zumutung für die Nationalisten, die sich eben so wählig dem Merikalen verlaufen hatten: sie sollten ihre von Grund aus reaktionäre und Merikale Nationalistenseele verkaufen, doch um die Wahl des Sozialisten zu verhindern! Die Folge war die große Krise im „Giornale d'Italia“, dessen Redaktion der Kandidat Oliva angehörte. Sobald er als zwei andere Radikale legten ihr Amt nieder, und wir können jetzt erwarten, daß eine Hälfte der Konservativen zur radikalen Kandidatur Vorghese übergeht und die andere Hälfte sich mit den Merikalen Stimmen mischt, um den nationalistischen Kandidaten durchzubringen. So verzichten die bürgerlichen Ordnungsparteien bereitwillig darauf, sie selbst zu bleiben und treiben einen Kuhhandel, der geradezu Ekel erregt. Zu diesem unwürdigen Rummelhandel in dem Wahlkreise I, von dem noch nicht ausgeschlossen ist, daß er nicht auch auf den Wahlkreis IV (heutiger Abgeordneter Coetani) übergeht, trägt hauptsächlich die Tatsache bei, daß die liberale Partei, die die Kandidaten stellt, durchaus unorganisiert ist, während die Merikalen, die in Rom keinen Kandidaten aufstellen wollen, durch die Erweiterung des Wahlrechts die härteste Wählermasse in Händen haben oder zu haben glauben. Die beiden kämpfenden bürgerlichen Lager sind der kommunale römische Bloß auf der einen, die Merikalen auf der anderen Seite. Im Grunde steht hinter dem politischen Kampf der Kampf um die Herrschaft der römischen Stadtverwaltung.

lung: Vorgabe ist der Kandidat des Blocks, Oliva der der Mexikaner. In der Gasse des demokratisch-anarchistischen Blocks stehen auch Bissolati, Barzilai und Coetani; der Block verteidigt mehr eine Nachstellung als ein Programm. Den Zug, ein Programm zu haben, leistet sich außer der sozialistischen nur die reformistische Partei.

England.

Gründung eines Scharfmacherverbandes.

London, 25. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die zunehmende Solidarität der britischen Arbeiterklasse hat die britische Kapitalistenklasse zu einer energischen Gegenwehr angefaßt. Die „Times“ veröffentlicht heute die überraschende Nachricht von der Gründung einer Unternehmerorganisation, die den Namen „Abwehrverband der Unternehmer des Vereinigten Königreichs“ trägt. Unter den Gründern befinden sich einige der größten Unternehmer des Landes und einige der bekanntesten Adligen, wie z. B. der Bankier Lord Avebury und der Großgrundbesitzer Herzog von Bedford. Es besteht die Absicht, einen Fonds von einer Milliarde Mark anzusammeln. Allein in der letzten Woche versprochen zwei Fabrikanten, je eine Million Mark zu zeichnen, einige andere versprochen geringere Summen. Aus dem Garantiefonds sollen an alle dem Verbande angeschlossenen Unternehmer Unterstützung bei Streiks gezahlt werden, deren Gesamtheit in einem Jahre jedoch nicht mehr als 7 1/2 Prozent der vorhandenen Geldsumme betragen darf. Die Gründer weisen außerdem darauf hin, daß der Generalstreik der Eisenbahner und Bergarbeiter zu einem für die Unternehmer befriedigenden Ende hätte geführt werden können, wenn schon damals der Allgemeine Arbeitgeberverband bestanden hätte. Der hauptsächlichste Zweck des Verbandes ist: Schutz der Arbeitswilligen oder, wie man hierzulande sagt, der freien Arbeiter, die Bekämpfung des Boykotts und des Streikpostenstehens sowie die Abänderung des Gewerkschaftsgesetzes vom Jahre 1906, das die Klassen der Arbeiterverbände sicherstellte. Ferner will er auch die Anerkennung der eingegangenen Verträge erzwingen. Beschlossen ist auch, daß der Allgemeine Arbeitgeberverband als Gewerkschaft registriert werden soll.

Die „Times“, das Organ der herrschenden Klasse Großbritanniens, das die Nachricht veröffentlichte, unterzieht das neue Unternehmen in einem Leitartikel einer Kritik und meint, daß der Name der neuen Organisation allein geeignet sei, die Arbeiter zu reizen und das Fieber der wirtschaftlichen Unruhe eher zu verschlimmern, als zu lindern. Es bleibt abzuwarten, ob die Opposition der „Times“ stärker ist als der Einfluß der Gründer.

Jedenfalls ist das neue Ereignis eine ernste Mahnung an die britischen Gewerkschafter und die Arbeiterchaft, ihre Organisationen zu zentralisieren, ähnlich wie es ihre Arbeitgeber getan haben.

Marokko.

Der spanische Guerillakrieg.

Madrid, 25. September. Eine Depesche aus Larraja an das Kriegsministerium meldet, daß bei einem Angriff zweier spanischer Kolonnen auf den Duar Konzar der Feind mit Verlusten zurückgeworfen ist; er ließ 18 tote auf dem Schlachtfeld. Die spanische Artillerie hat mehrere Duars zerstört. Die Verluste der Spanier betragen: zwei Leutnants und fünf eingeborene Soldaten tot, drei Offiziere und 26 Soldaten verwundet.

Die Parteipresse über den Parteitag.

„Erfurter Tribüne.“

... Alles in allem genommen, hat der Parteitag einen erfreulichen Verlauf genommen. Auch für uns erfreulich, die wir mit seinen Beschlüssen nicht vollkommen einverstanden sind. Wir haben in Jena Auseinandersetzungen gehabt, die außerordentlich fruchtbar auf unsere fernere Arbeit einwirken werden. Man ist prinzipiellen Forderungen nicht aus dem Wege gegangen, wenn auch durch die Gunst der Umstände die eine Seite besser davon gekommen ist als die andere. Vor allem haben wir aus Scheidemanns zweitem Schlusswort zum Vorstandsbericht, wie auch aus Eberts Worten am Ende des Parteitages vernommen, daß der Parteivorstand noch nicht so weit gedämpft ist, daß er auf eine frische Offensive verzichten möchte.

Für uns, die wir der Meinung sind, daß wir nicht allein in der Verteidigung verharren dürfen, sondern auch zum Angriff überzugehen haben, wenn die Zeit danach ist, wird dieser Parteitag ein Anstoß zu erhöhter Tätigkeit bilden. Genosse Ebert hat zum Schluß ausgerufen: Entweder ein freies Wahlrecht in Preußen oder Massenstreik! Wir setzen hinzu: Nicht nur parlamentarische Betätigung, sondern zu ihrer Ergänzung Massenaktionen! ...

„Vergische Arbeiterstimme.“ (Solingen.)

... Genosse Scheidemann als Referent über den Massenstreik mußte nicht genug diejenigen zu bekämpfen, die dem Proletariat in seinem schmerzlichen Kampfe Mut und Selbstvertrauen zu stärken suchten, während er die Flau- und Weichmacher nur im Vorübergehen ein wenig schüttelte. Weibel in seinem Alter hätte das Gegenteil getan. ... Die plumbe und geschwätzte Rede des Genossen Bauer, als des Vertreters der Generalkommission der Gewerkschaften, gegen den Massenstreik zeitigte mit erschreckender Deutlichkeit den engen Gesichtskreis derjenigen Körperschaft, von deren Stellungnahme der Parteivorstand sich in seinem politischen Handeln wesentlich mitbestimmen läßt. Das sind trübe Aussichten für die Partei und bringt sie in dieselbe Gefahr, in welche manche Gewerkschaften in Willeidenschaft gezogen, eine Folge der übertriebenen Reserve, in welche sie sich gegenüber gewerkschaftlichen Dingen des lieben Friedens halber hat hineindrängen lassen. ...

Recht unerfreuliche Erscheinungen traten auch bei der Steuerdebatte zutage. Die Haltung der Fraktionsmehrheit zu den letzten Deckungsgesetzen ist vom Parteitage gebilligt worden, nachdem von den beiden Referenten mit allen Mitteln rücksichtsloser Berechnung das Gespenst neuer indirekter Steuern für den Ablehnungsfall an die Wand gemalt worden war. Leider muß gesagt werden, daß gerade die Delegierten aus Arbeiterkreisen solchen geschickt vorgebrachten Argumenten am widerstandsfähigsten erliegen. Nachdem von ihnen wäre zu wünschen, sich stets vor Augen zu halten, daß kritisches Urteilsvermögen das erste Erfordernis für einen Delegierten ist. ... Der dritte Parteitag in Jena gibt der Parteigenossenschaft im Lande allen Anlaß, mit Sorge der weiteren Entwicklung der Partei entgegenzusehen.

„Dortmunder Arbeiterzeitung.“

... Unserer Reichstagsfraktion hat es an Kritiken auch nicht gefehlt, sie sollte ja „gründlich verhaun“ werden. Aber sie hat diese Kritik gut befaßt, sie hat gut abgefaßt. ... Mit allgemeiner Spannung sah man den Verhandlungen und Entschliessungen des Parteitages in der Frage des Massenstreiks entgegen. Neue Richtlinien sind nicht festgelegt worden, konnten auch nicht festgelegt werden. Die Debatte mußte jedoch sein, sie war notwendig, weil die Frage in der Presse und in Versammlungen mehr oder minder lebhaft aufgerollt worden war. Es mußte irgendwie entschieden werden. Nüchtern und kühl und mit Gründen der Vernunft behandelte Genosse Scheidemann die Frage in seinem Referat. Mit Feuer und Leidenschaft verfocht die Genossin Luxemburg ihren Standpunkt. Und nüchtern und kühl waren wieder die Reden der Genossen Bauer und Dusemann, beide Vertreter der Gewerkschaftsbewegung. Alle Mühsal vor dem Entschlusse der Genossin Luxemburg, aber es ist nun einmal nicht richtig, daß die Massen nur auf die Parole warten, um loszuschlagen. Und es ist auch nicht richtig, daß die Massen nur loszuschlagen brauchen, um alle, auch die Nichtorganisierten, Christen, Gelehrten usw. mitzuführen. Vielmehr ist richtig, daß wir alle Welt gegen uns stehen haben werden. Und wir haben zunächst noch sehr viel Aufklärungsarbeit zu leisten, um nur unsere gesamten Partei- und Gewerkschaftsgenossen für den Angriffskrieg zu erziehen. ...

Der Massenstreik wird kommen! Er wird vielleicht sehr schnell kommen, wenn die Feinde nicht an ihn glauben und voll Zureden sich aufschneiden werden, die Arbeiter noch mehr in Fesseln zu schlagen, bestehende Rechte antasten oder rauben wollen. Dann haben sie den Krieg, der dann nicht nur zur Abwehr, sondern zum Angriff geführt werden würde. ...

„Neue Zeit.“

In der soeben erschienenen Nr. 52 schreibt Genosse Karl Kautsky u. a.:

Die jüngste Tagung von Jena hat alle diejenigen enttäuscht, die von ihr besondere Sensationen, eine tiefere gehende Zerklüftung der Partei erwartet hatten, Erwartungen, die einmal daher rührten, weil uns diesmal die gewaltige zusammenhaltende Kraft eines Weibels fehlte, dann aber auch daher, weil die Verfechter der neuen, kühnen Initiative uns in Aussicht gestellt hatten, in Jena ihr Banner offen zu entrollen und es zum Sturme gegen unsere alte „defensive“ Taktik zu führen.

Dazu kam es nicht, und so bedurften die Verfechter dieser Taktik keines Weibels, um ihre Position mit leichter Mühe zu behaupten. Zu wiederholten Malen waren die Vertreter der neuen, „offensiven“ Taktik aufgefordert worden, einmal deutlich zu sagen, was sie darunter eigentlich verstanden. Sie schwiegen hartnäckig darüber. Ihre sonstige Redseligkeit machte dies Schweigen um so bedrückender. Endlich, auf dem Parteitage, dachte man, könnten sie sich nicht mehr der Aufgabe entziehen, ihr taktisches Programm zu entwickeln. Wenn der Genossin Luxemburg ihre Redezeit verlängert wurde, geschah das offenbar zu diesem Zweck und nicht zu dem, ihr die Möglichkeit zu geben, Scheidemann einige Lebensmüdigkeiten zu sagen. Bei der bekannten Leistungsfähigkeit der Rednerin auf diesem Gebiet wären dazu zehn Minuten mehr als ausreichend gewesen. Doch wiederum hütelte sich Genossin Luxemburg sorgfältig, auch nur mit einem Worte ihre neue offensive Taktik zu kennzeichnen und ihre eigene Resolution zu erläutern. ...

Daß der Parteitag so schlecht formulierte und verteidigte Resolutionen (die Resolution der Minderheit zur Massenstreik- und zur Steuerfrage) und damit die neue „offensive“ Taktik mit großer Mehrheit ablehnte, ist nicht verwunderlich. Eher dürfte man darüber erstaunt sein, daß sie die Unterstützung sehr tüchtiger Genossen fanden.

Dies ist wohl dadurch zu erklären, daß beide Resolutionen Kompromißresolutionen darstellten. Es waren verschiedene Richtungen, die sich da zusammenfanden und glaubten, auf dem Wege der Abschwächung der Luxemburgschen Gedanken gänge einen gemeinsamen Boden zu finden. Man darf annehmen, daß von den Genossen, die für die beiden eben besprochenen Resolutionen stimmten, nur die wenigsten damit für die neue „offensive“ Taktik eintreten wollten. Sie suchten bloß ein energisches Interesse für den Massenstreik wachzurufen und jeder Möglichkeit von Konzeptionen an den Militarismus vorzubeugen, ohne jedoch von unserer bisherigen Taktik im geringsten abzuweichen — ein Streben, das wohl die Sympathie der großen Mehrheit des Parteitages gefunden hätte, wenn man ihm einen zweckmäßigeren Ausdruck gab als die Zustimmung zu zwei Resolutionen, die vor näherer Prüfung nicht handhielten.

In der Frage des Massenstreiks bestand die wesentliche Differenz zwischen der Mehrheit und dem größeren Teil der Minderheit nicht in der grundsätzlichen Stellung gegenüber diesem Kampfmittel, sondern nur in der Frage, ob seine Diskutierung im jetzigen Moment das beste Mittel sei, dem aus der Krise und der Arbeitslosigkeit hervorgehenden Mangel an Kampfmittel großer Arbeiterschichten zu begegnen und ihnen neuen Mut und neues Interesse am Kampfe einzuflöschen.

Dies zu tun ist sicher bei einer Massenstimmung wie der jetzigen eine wichtige Aufgabe. Aber die Diskutierung des Massenstreiks war kaum das geeignetste Mittel dazu. Diese Diskussion konnte gar kein anderes Resultat haben, als erkennen zu lassen, daß wir im Moment an den Massenstreik gar nicht denken können, und daß über die Art seiner Anwendung die verschiedensten Anschauungen unter uns bestehen. Das war unzureichend, weil wir über die Situation, der der Massenstreik entspringen wird, gar nichts Bestimmtes wissen.

Man muntert jedoch Verzagte nicht dadurch zum Kampfe auf, daß man ihnen eine Waffe zeigt, die ihnen später einmal den Sieg verschaffen dürfte, und dabei noch erkennen läßt, daß die Art der Anwendung der Waffe noch nicht feststeht. Nur wenn die Diskussion den Massenstreik in naher Zukunft als sicheres Rettungsmittel aus der Not erscheinen ließe, hätte sie die Massen angefeuert. In diesem Sinne war wohl auch die Luxemburgsche Massenstreikagitation gedacht, die zwar den sofortigen Massenstreik ablehnt, aber — nach dem Sinne ihrer Resolution zu urteilen — sofortige Massenaktionen verlangt, die den Weg zu baldigem Massenstreik bahnen. Dieser Auffassung wären aber nicht viele Delegierte gefolgt.

Und doch entschloß sich der Parteitag, der eben mit großer Mehrheit die Luxemburgsche Resolution abgelehnt hatte, einstimmig zur Einleitung einer Massenaktion, nämlich zur Bekämpfung der Schäden der Arbeitslosigkeit.

Die Diskussion darüber konnte nur ermutigend und anfeuernd wirken. Sie leistete das, was die Diskussion über die allgemeine Idee des Massenstreiks hätte leisten sollen, was sie aber nicht zu leisten vermochte.

Der Kampf um die Fürsorge für die Arbeitslosen wird sicher zu Massenaktionen führen. Weil diese aber mit der Notwendigkeit aus einer bestimmten Situation entspringen, wird über sie unter allen beteiligten Faktoren eine Verständigung leicht möglich sein.

Bei der Verhandlung dieses Punktes standen wir auf einem konkreten Boden für eine Massenaktion, fanden wir aber auch gegenüber einem bestimmten Ziel für sie, einer bestimmten Begrenzung. Da traten keine großen Differenzen auf, da waren wir alle einig — aber bei der Besprechung dieser fruchtbareren Grundlegung einer Massenaktion schwiegen die Verfechter der neuen Taktik.

Die Verhandlungen über die Arbeitslosenfürsorge boten unter den praktischen Ergebnissen des Jenaer Parteitages wohl das Wichtigste.

Nach wichtiger hätten die Verhandlungen über die Steuerfrage werden können, aber sie litten darunter, daß die theoretische Erörterung über unsere grundsätzliche Auffassung des Steuerwesens mit der Diskussion der praktischen Anwendung dieser Auffassung bei den letzten Reichstagsverhandlungen verknüpft worden war. Diese letztere Frage bedurfte vollkommen der Erörterungen und verbündete schon dadurch, daß die Burmesche Vorlage die Beachtung fand, die sie verdiente. Störend wirkte es aber auch, daß

die Beurteilung der Burmeschen Resolution und die Beurteilung seines persönlichen Verhaltens zu den jüngsten Deckungsvorlagen durcheinanderliefen. So wies die Opposition drei Richtungen auf: die eine, die die Resolution 114 wörtlich nahm, eine zweite, die sie bloß deshalb abgelehnte, weil sie in der Resolution Wurm nicht genügend Schranken zur Verhinderung eines Entgegenkommens gegenüber dem Militarismus entdeckte, und endlich eine dritte, die mit Wurm in der Theorie im wesentlichen übereinstimmte und bloß an der Praxis Anstoß nahm.

Diese Kritiken brachten der Resolution Wurm nicht theoretische Widerlegung, sondern nur Richtigstellungen entgegen, als ermögliche sie eine Kodierung unseres Grundsatzes: Diesem System keinen Raum und keinen Großen.

Wir haben sicher nicht die mindeste Ursache, an diesem Grundsatze zu rütteln. Wenn wir mehrfach mein Satz aus dem Jahre 1909 entgegengesetzt wurde: „Niemand dürfen wir dem heutigen System eine Steuer bewilligen zu zwecken, die wir verwerfen“, so erwidere ich, daß ich an diesem Satz heute noch festhalte.

Wenn die Regierung zu Militärzwecken durch uns Gelder bekäme, die sie sonst nicht erhielte, wäre das entschieden zu verwerfen. Aber darüber sind wir wohl alle einig. Die Frage ist bloß die, wie wir uns verhalten, wenn über die Quellen jener Geldsummen entschieden wird, die der Regierung sicher sind. Der Grundsatze: Diesem System keinen Raum und keinen Großen kann unmöglich zur Gleichgültigkeit dagegen verpflüchten, aus welcher Tasche die Großen genau genommen werden, die die Regierung auf jeden Fall bekäme. Es bedeutet keine Abschwächung unseres Grundsatzes, wenn man ihn dahin erläutert: Diesem System keinen Großen, am allerwenigsten aber Arbeitergroßen.

Erhebliche tiefergehende Gegensätze zwischen der Mehrheit des Parteitages und dem größten Teile der Minderheit traten auch bei der Steuerfrage nicht zutage.

Der dritte Jenaer Parteitag hat somit von neuem die unerwünschten Geschlossenheit unserer Partei befestigt. Aber ebenso sehr auch ihr Festhalten an unserer bisherigen Taktik.

Die neue „offensive“ Taktik hat es nicht einmal zu einer klaren Formulierung gebracht, geschweige denn zu einer „kühnen Offensive“. Es wurde nicht der geringste Versuch gemacht, sie zu entwickeln und zu verteidigen. Sie kam damit als erledigt betrachtet werden.

Wir bleiben, was wir waren, die unerschrockenen Feinde der bürgerlichen Gesellschaft, ihr deshalb nicht weniger gefährlich, weil wir an unserer alten Taktik festhalten, uns stets nur an Aufgaben zu wagen, denen wir uns gewachsen fühlen. Dadurch ist die deutsche Sozialdemokratie freier von Niederlagen geblieben wie jede andere revolutionäre Partei, dadurch hat sie das Vertrauen der Massen in höherem Maße erworben wie jede andere, ist sie stärker geworden wie jede. Wir bleiben unserer Taktik getreu, das Proletariat nicht nur zu kämpfen zu führen, sondern auch zu Siegen!

Aus der Partei.

Zum Fall Brüdner

wird in der „Freien Volkszeitung“ in Göttingen folgende Erklärung veröffentlicht:

Nach dem Bericht in Nr. 246 des „Vorwärts“ macht Genosse R. Hildenbrand auf dem Parteitag in Jena bei der Debatte über die Angelegenheit Brüdner u. a. folgende Ausführungen: „Wichtig ist die Meinung Brüdners über Kinkel im Interresse der Partei war, geht daraus hervor, daß derselbe Kreisvorsitz, der diesen Kandidatenwechsel gebilligt hat, einige Monate später den Kinkel zum Rücktritt veranlaßte, so daß der Landesvorstand vier Wochen vor der Wahl einen neuen Kandidaten ernennen mußte, nachdem Lindemann unter solchen Umständen es natürlich abgelehnt hätte, wieder zu kandidieren.“

Die Mitglieder des damaligen Kreisvorstandes haben hierzu folgendes zu erklären:

1. Es ist unwar, daß der Kreisvorstand den Genossen Kinkel zum Rücktritt von der Kandidatur veranlaßte. Genosse Kinkel ist vielmehr freiwillig zurückgetreten, was dem Genossen Hildenbrand bekannt ist.

2. Unwar ist, daß der Landesvorstand vier Wochen vor der Wahl einen Kandidaten ernennen mußte. Der neue Kandidat wurde vielmehr vom Kreisvorstand in Vorschlag gebracht und von einer Bezirkskonferenz zum Kandidaten nominiert. Dies war dem Genossen Hildenbrand bekannt.

3. Unwar ist ferner, daß es „Lindemann abgelehnt hätte, wieder zu kandidieren“, da an ihn bezüglich Wiedernahme der Kandidatur gar nicht herangetreten wurde, was Hildenbrand ebenfalls bekannt ist.

4. Der Versuch Hildenbrands, mittels unwahrer Behauptungen den Kreisvorstand als Kronzeugen für die „Richtigkeit der Meinung Brüdners über Kinkel“ in Anspruch zu nehmen, ist also ein Gebaren, das zu beurteilen wir der Parteipresse überlassen. Göttingen, den 23. September 1913. J. A. Ehr. Kopp.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein abgelehnter Richter.

Der Rat der Stadt Chemnitz und die Justiz bemühten sich schon seit geraumer Zeit sehr darum, den Redakteuren der „Volksstimme“ abwechselnd Staatspension zu verschaffen. Die Verhandlungen vor dem Schöffengericht leitet in den meisten Fällen Amtsrichter Dr. Engelmann. Mit dessen Geschäftsführung unzufrieden zu sein, haben aber unsere Genossen alle Ursache. In den Urteilsbegründungen ist er schon wiederholt herab auf die Rolle gefallen, daß er die „Volksstimme“ und ihre Redakteure schon in argster Weise beschimpft hat. Deshalb lehnen unsere Genossen den Herrn Amtsrichter Dr. Engelmann ab, wenn er die Verhandlungen leiten soll, in der sie sich zu verantworten haben. Das tat auch Genosse Reher, als er sich wegen angeblicher Verleumdung des Chemnitzer Rates zu verantworten hatte. In ziemlichlicher Erregung sagte der Amtsrichter darauf, daß es in Zukunft geraten erheine, bei derartigen Prozessen gleich eine Spruchkammer bereit zu halten, damit nicht erst Verurteilung einzutreten brauche. Der Herr Amtsrichter wird sich natürlich für unbesungen erklären und dann doch den Vorsitz führen.

Letzte Nachrichten.

Die Kämpfe in Serbien.

Belgrad, 25. September. (B. C.) Die Zahl der Albanesen, die gegen die Serben kämpfen, wächst laminarartig an. Bei dem kleinen Städtchen Galitschnik kam es zu einem heftigen Zusammenstoß. Die Albanesen, die die Ueberzahl waren, besetzten den Platz. Bei Magarewo kam es mittags zu einem blutigen Kampfe. Die Serben verteidigten heldenmütig diesen Platz. Der Kampf dauerte noch an. Das Resultat ist bisher unbekannt.

Die aus Albanien kommenden Albanesen werden von 26 bulgarischen Offizieren geführt. Sie sind außerordentlich gut bewaffnet. Ihr Ziel ist Konastir, das sie morgen zu erreichen hoffen. Die Verproviantierung ist ausreichend.

Ein christlich-nationaler Arbeiterkongreß.

Köln, 25. September. (B. T. V.) Der Ausschuß des Deutschen (christlich-nationalen) Arbeiterkongresses, der heute in Köln tagte, faßte einstimmig den Beschluß, zum Herbst den Kongreß einzuberufen. Dieser soll voraussichtlich am 30. November und den folgenden Tagen in Berlin stattfinden.



A. Wertheim



Leipziger Strasse

König-Strasse

Rosenthaler Strasse

Oranien-Strasse

Freitag und Sonnabend:

Konserven

- Stangenspargel ^{1/2 Dose} ^{1/2 Dose} ^{extra stark} 1.90 1.00
- Stangenspargel ^{stark} 1.80 95 Pf.
- Stangenspargel ^{mittel} 1.60 85 Pf.
- Stangenspargel ^{50/50} 1.25 68 Pf.
- Spargelköpfe ^{grün} 1.15 63 Pf.
- Bruchspargel ^{extra stark} 1.55 83 Pf.
- Bruchspargel ^{dünn} 1.00 55 Pf.
- Abschnittspargel 65 Pf. 38 Pf.
- Kaiserschoten ^{extra} 1.25 68 Pf.
- Junge Schoten ^{fein} 88 Pf. 55 Pf.
- Junge Schoten I 70 Pf. 40 Pf.
- Junge Schoten 1/2 Dose 45 Pf.
- Suppen-Schoten 1/2 Dose 36 Pf.
- Gemischtes Gemüse ^{fein} 95 Pf.
- Gemischtes Gemüse ^{mittel} 65 Pf.
- Gemischtes Gemüse ^{1/2 Dose} 48 Pf.
- Kohlrabi ^{in Scheiben mit Grün} 27 Pf.
- Aprikosen ^{halbe Frucht} 1/2 Dose 1.10
- Erdbeeren ^{gefärbt} 1/2 Dose 90 Pf.
- Weichselkirschen ^{ohne Steine} 1.20
- Saure Kirschen ^{mit Steinen} 68 Pf.
- Mirabellen 1/2 Dose 70 Pf.
- Melange Früchte ^{1/2 Dose} 85 Pf. Ia 1.10
- Stachelbeeren 1/2 Dose 65 Pf.
- Gemischte Marmelade ^{mit mehr als 20% Capillarin} 1.15, 2.25
- Melange-Konfitüre ^{gefärbt} 1.85
- Bismarck- u. Bratheringe ^{1/2 Dose} 43 Pf.
- Delikatessheringe ^{Dose} 50, 78 Pf.
- Rollmops ^{in Remouladen-sauce} 1/2 Dose 48, 75 Pf.

Nur Freitag, soweit vorhanden. Zusendung ausgeschlossen.

Fleisch

Die neue Fleischhalle in der Leipziger Strasse ist eröffnet

Fische

- Pa. Ochsenfleisch Pfund 1.00
- Roastbeef Pfd. 95 Pf., ohne Knochen, Pfd. 1.40
- Ochsenbrust Pfd. 85, Fehlrippe 90 Pf.
- Rinderkamm Pfd. 80, Querrippe 75 Pf.
- Pökeltzunge Pfd. 1.25, Pökeltbrust 1.00
- Schinken im Ganzen Pfund 85 Pf.
- Schweinefilet Pfund 1.30
- Schweinekoteletts Pfund 1.05
- Schweinekamm u. Schuft Pfund 95 Pf.
- Rückenfett Pfund 65, Liesen Pfund 75 Pf.
- Kalbskamm und Bug Pfund 85, 90 Pf.
- Kalbsbrust Pfund 85 Pf., Spitze 1.00
- Hammelkeule im Ganzen Pfund 80 Pf.
- Hammelrücken im Ganzen Pfund 70 Pf.
- Dicke Rippe Pfd. 65 Pf., Dünnung 55 Pf.
- Hammelkoteletts 2 Stück 25 Pf.
- Kasseler Rippespeer Pfd. 85 Pf. bis 1.00

Hirsch und Wildschwein

- | Keule | Rücken | Blatt | Kochfleisch |
|------------|--------|--------|-------------|
| Pfund 1.10 | 85 Pf. | 65 Pf. | 45 Pf. |

Butter u. Käse

- Kochbutter Pfund 1.10, 1.20
- Tischbutter Pfund 1.28
- Tafelbutter Pfd. 1.34, 1/2 Pfd. 67 Pf.
- Schmalz Pfund 70 Pf.
- Pflaumenmus Pfund 25 Pf.
- Bayrischer Schweizerkäse 88 Pf.
- Emmentaler Pfd. 1.10, Holländer 75 Pf.

Räucherwaren

- Fettbücklinge 2 Stück 25 Pf.
- Kieler Schleibücklinge 10 Pf.
- Makrelen-Bücklinge Stück 12 Pf.
- Goldfische St. 12, Lachsstör Pfd. 68 Pf.
- Ahlbecker Flundern Pfd. 45, 55 Pf.
- Aale Pfund 1.10, 1.50, Bund 38 Pf.
- Bücklinge Kiste ca. 12 Stück 40 Pf.

Obst und Gemüse

- Schwed. Preiselbeeren Pfd. 25 Pf.
- Blaue Pflaumen 2 Pfd. 10 Pf.
- Weintrauben Pfd. 13 Pf.
- Kochäpfel Pfd. 10 Pf.
- Graue Reinetten Pfd. 10 Pf.
- Rot-Weiss-Wirsingkohlrab. 4 Pf.
- Blumenkohl Kopf 5, 10, 15 Pf.
- Tomaten Pfd. 12 Pf., Maiskolben 2 St. 10 Pf.
- Kürbis i. Ganzen Pfd. 3 Pf.

Freitag und Sonnabend:

Wurstwaren

- Rotwurst Pfund 55, 85 Pf.
- Landleberwurst Pfund 1.00
- Pasteten-Leberwurst Pfund 1.15
- Feine Leberwurst Pfund 1.20
- Jagdwurst Pfund 1.05
- Teewurst Pfund 1.30
- Bauernmettwurst Pfund 1.25
- Zervelat- u. Salamiwurst Pfd. 1.35
- Rollschinken ca. 6-8 Pfund 1.55
- Landschinken ca. 8-12 Pfund 1.45
- Mausschinken ca. 2-3 Pfund 1.35
- Schinkenspeck in Stücken von 1/2-4 Pfd. Pfd. 1.20
- Gänsebrust in halben u. ganzen Brästen Pfund 1.60
- Speck magerer Pfund 1.00 fester 90 Pf.
- Schinken nach Prager Art zum Backen u. Kochen Pfd. 1.30

Kolonialwaren

- Globus-Hafermehl Paket 25, 48 Pf.
- Globus-Grünkernmehl 33, 63 Pf.
- Globus-Reismehl Paket 23, 43 Pf.
- Globus-Tapioka natürlich 1/2 kg 43 Pf.
- Globus-Suppen mit vorseh. Gesch. Taf. 15, 24 Pf.
- Globus-Erbswurst mit vorseh. Einl. 1/2 kg 26 Pf.
- Erbssuppen-Pulver mit vorseh. stark u. mild 42 Pf.
- Senta-Makkaroni fein, mit Zusatz 1 Pfund-Paket 42 Pf.
- Senta-Spaghetti mit Zusatz 1 Pfund-Paket 42 Pf.
- Senta-Schnitt-Band- u. Faden-Nudeln mit Zusatz, 1 Pfund-Paket 42 Pf.
- Feine Schnitt- u. Faden-Nudeln 33 Pf.
- Hörnchen-, Figuren- u. Nudel-Graupen Pfund 36 Pf.

Roter Tischwein

- Inkl. Flasche 1/2 Fl. net 10 Pf.
- 1909 Saint Mathieu 65 Pf. 63 Pf.
- 1909 Sainte Barbara 75 Pf. 73 Pf.

otto Piehl Berlin N. Brunnenstr. 120

Möbel Berlin N. Brunnenstr. 120

Kein Kredit-haus

Kulante Teilzahlungen welche die Preise nicht erhöhen!

Nur gediegene Ware

Brautleuten 1 Stube, 1 Schlafzimmer, 1 Küche von 262.50 M. an

Wohnzimmer 235 M. Nussbaum . . . von 295 M. an
Schlafzimmer Eiche von 295 M. an

Langfristige Garantie

Garnituren . . . von 110.- M. an
Umbausofas . . . von 52.- M. an
Schlafsofa m. Ausz. v. 75.- M. an
Chaiselongues . . von 21.- M. an
Matratzen von 19.- M. an
Kleiderschränke von 38.- M. an
Ausziehtische . . von 15.50 M. an
Metallbettstellen von 28.- M. an
Bettsstellen m. Matr. v. 32.- M. an
Trumeaus von 32.- M. an
Vertikos von 38.- M. an

Speisezimmer 320 M. Nussbaum . . . von 315 M. an
Herrenzimmer Nussbaum . . . von 315 M. an

Be-sichtigung ohne Kaufzwang

Braut-leu-en Extra-Rabatt

Ausstellungen Brunnenstr. 120 ca. 600 qm, ferner im Fabrikgebäude

otto Piehl Berlin N. Brunnenstr. 120

Möbel Berlin N. Brunnenstr. 120

Von 95 M. an Klubsessel
Büfette . . . von 125 M. an
Schreibtische v. 48 M. an
Bücherschränke 75 M. an

Lieferung franko

Warum wollen Sie weiterhin die **hohe Wohnungsmiete** zahlen, wenn Sie durch den Gebrauch unserer **Patent-Schlaf-Möbel** ein Zimmer, folglich jährlich 300 Mark, Miete sparen können?

Ford. Sie gratis Katalog über ein- u. zweischläfrige Patent-Schlafsofas u. Chaiselongues-Betten. Besichtigen Sie unsere Verkaufsräume Kottbusser Damm 94 u. d.

Prabriklag. Frankfurter Allee 38.

Borrmann & Horshig

Fernsprecher: Königstadt 10 308.

Drei Tropfen

Kaool

geben schmutzigstem Metall **Dauerglanz.** Unentbehrlich für Autos.

Man verlange überall „Kaool“ in Flaschen zu 10 bis 50 Pf.

Fabrik: Chemische Werke Lubzyski & Co., Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik** kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

H. Walter Inh.: **Willi Maaß**, Brunnenstr. 35 kein Laden
Tel.: A. III. 5157

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Gewerkschaftliches.

Papst und christliche Gewerkschaften.

Die „Augsburger Postzeitung“, eine energische Vor-

Mancher brave Leser der Zentrumsblätter wird gedacht haben, daß das Jesuitenorgan die Meinung des Papstes selber wiedergegeben habe.

Der Präsident Ludwig Alois von Löwenstein dankt unter dem ohrendäuselnden Zustimmungsjubel von vielen Tausend Zuhörern dem Heiligen Vater Pius X. für seinen Beweis apostolischer Weisheit, die aus der Encyclica Singulari quadam hervorleuchtet.

Die Freude der Bachemiten über die „bedeutsame“ Beurteilung der Quertreiber ist nicht von langer Dauer gewesen.

Kleines feuilleton.

Bengt Lidfors. Die schwedische Sozialdemokratie hat am 23. September einen großen Verlust durch den Tod des Genossen Bengt Lidfors erlitten.

Bengt Lidfors war aber auch ein wissenschaftlicher Forscher von Weltren.

Die Schmierensold und Schauspielerebewegung. Durch die Zeitungen laufen wieder einmal Interzate aus einer Theaterzeitschrift, die in drastischer Weise das Elend an den unteren Schmierern beleuchtet.

Zur Erläuterung für unsere Leser fügen wir hinzu, daß die Worte „ein Teil“ nicht etwa einen Teil von den 40 Mark bedeuten sollen, wie es in den bürgerlichen Zeitungen anscheinend verstanden worden ist.

So blutig es nun aber auch erscheinen mag: in der geringen Wage von 40 M. steckt das Elend des Schmierensoldanten durchaus nicht.

Berlin und Umgegend.

Eine freie Gewerkschaft der Privatangestellten?

Der Bureauangestelltenverband hatte zur Fortsetzung der Diskussion über die Verschmelzungsfrage zu Mittwoch eine Versammlung einberufen.

In einer früheren Versammlung, über die wir bereits kurz berichteten, hatten sich eine ganze Anzahl Vertreter der verschiedenen Branchen für eine Verschmelzung mit dem Zentralverband ausgesprochen.

Am Mittwoch ergriff als erster Diskussionsredner Freter das Wort zu einer eingehenden Widerlegung der Giebelischen Darlegungen.

Das fortschreitende Zusammenballen der Industrie, des Handels und des Verkehrs in immer größere Betriebe hat die dort beschäftigten Angestellten in ihren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen einander immer näher gedrückt.

Um die Position der Privatangestellten im Kampfe um die Verbesserung und die Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen zu stärken, fordert deshalb die Versammlung grundsätzlich die Schaffung solcher einheitlichen Privatangestelltenorganisation und unterstützt zu diesem Zwecke, daß unser Verband und der Zentralverband der Handlungsgehilfen in einer gemeinsamen Organisation aufgehen.

Freter kam zu dem Schluß, daß ein Hemmschuh für die Ausbreitung der Organisation durch die Verschmelzung beseitigt werde.

Rehmann hält die Gründe Freters nicht für stichhaltig. Er glaubt, Freters Absicht zielt auf eine mehr lokalisierte Organisation hin.

Am ergriff Giebel abermals das Wort, warnte davor, die Frage lediglich unter dem Berliner Gesichtswinkel zu betrachten und rechtfertigte das von Freter kritisierte Verhalten des Verbandsvorstandes.

Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Groß-Berlin erklärte sich mit der Verschmelzung mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen als Vorstufe einer einheitlichen Angestelltenorganisation einverstanden.

Wenn die Dame, die sich hier anbietet, wirklich regelmäßig 40 Mark monatlich erhält, wird sie sich geradezu im Paradies fühlen und der Direktor kann allen Kollegen ein leuchtendes Vorbild sein.

Ein Hund stellt keinen Elefanten! Ein Finger allein hebt kein Ding, wäres noch so klein! Eine Sippe stirbt nicht auf einmal! — In diesen Sprichwörtern regt sich der Geist des ursprünglichen Sippenkommunismus, der die einzelnen Sippengenossen in Lust und Leid befestigt.

Der so entzandene Gegensatz von arm und reich nimmt in dem Weisheitsdrama der Herero einen sehr breiten Raum ein.

Der arme hatte auch einmal ein Fettsäckel auf seiner Schüssel, aber es verschwand! Die Welt wendet sich wie ein Mühlstein! — So erklärt sich der Arme sein Schicksal als eine Laune höherer Macht.

Der so entzandene Gegensatz von arm und reich nimmt in dem Weisheitsdrama der Herero einen sehr breiten Raum ein.

Der so entzandene Gegensatz von arm und reich nimmt in dem Weisheitsdrama der Herero einen sehr breiten Raum ein.

Der so entzandene Gegensatz von arm und reich nimmt in dem Weisheitsdrama der Herero einen sehr breiten Raum ein.

Der so entzandene Gegensatz von arm und reich nimmt in dem Weisheitsdrama der Herero einen sehr breiten Raum ein.

Der so entzandene Gegensatz von arm und reich nimmt in dem Weisheitsdrama der Herero einen sehr breiten Raum ein.

Verband ein Name und eine Sitzung gegeben wird, die die Möglichkeit des Beitritts aller Privatangestellten offen läßt.

Die Arbeitsverhältnisse der Bürsten- und Pinselmacher.

Der deutsche Holzarbeiterverband hat eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Bürsten- und Pinselindustrie Deutschlands herausgegeben.

Die vorliegende Statistik weist für Berlin 20 Betriebe der Bürstenmacherei auf mit 102 Beschäftigten, ferner 1 Betrieb der Pinselmacherei mit 2 Beschäftigten, 2 Bürstendörfelabriken mit 12 Arbeitern und 7 gemischte Betriebe mit 60 Beschäftigten.

Die Löhne bleiben, namentlich bei den Bürstenmachern, oft erheblich unter dem Durchschnitt. Sie gehen bis auf 20 M., in einigen Fällen sogar bis auf 15 M. herunter.

Achtung, Glasarbeiter, Polierer und Seleger! Bei der Firma J. Salomonis, Alexandrinenstr. 135/136, ist ein Kollege gemeldet worden.

Verband der Glasarbeiter und Glasarbeiterinnen.

Deutsches Reich.

Der Arbeitswilligenagent Heßberg als Pächter des Stettiner Hafens!

Der bekannte Arbeitswilligenagent Heßberg aus Hamburg ist jetzt der „Pächter“ des städtischen Freihafens in Stettin.

Sprechen! Hast du mit Worten gestritten, so wirst du auch mit der Hand streiten! — ruft er warnend seinen red- und streitfertigen Genossen zu.

Schon diese Stichproben zeigen, daß die Herero keineswegs blutdürstige Bestien sind, wie es die hurrapatriotische Legende künftel.

Die unsterbliche Rabe. Von einem bureaukratischen Brauchstück weiß die französische Zeitschrift „Fantasio“ zu erzählen.

Notizen.

Theaterchronik. Heute wird im Deutschen Theater das Märchenstück „Der blaue Vogel“ von Maurice Maeterlinck mit der Musik von Engelbert Humperdinck zum 50. Male gegeben.

Die Kunst von Florenz in der Renaissance wird in einem zehnjährigen durch zahlreiche Lichtbilder illustrierten Vortragszyklus Professor Dr. Paul Schaubring, auf Einladung des Schiller-Theaters, im Schilleraal, Charlottenburg, betrachtet.

Beethoven-Fund. Im Nachlaß des Komponisten Jgnaz Wojciech wurden wertvolle Handschriften Beethovens gefunden, vor allem ein Schwanenlied, das die ersten und ausführlichsten Entwürfe zu Missa solennis enthält.

Zu den Sägen des städtischen Hafentarifs werden jetzt 100 Proz. zugeschlagen. Unter welchen weiteren Bedingungen die Umänderung an Sägen geschieht, hat die Hafeninspektion durch Besamtmachung an die Hafenunternehmer verfügt. Danach sollen sich die Unternehmer durch Unterschrift folgenden Reverses dem Herrn Hesseberg verpflichten:

Nachdem der Umschlagverkehr im städtischen Hafen infolge Streiks der städtischen Arbeiter von der Stadtwirtschaft eingestellt, der Umschlag der Güter im Freibezirk und am Dünzlagel aber von dem Unternehmer Hesseberg in Blankense übernommen worden ist, erlaube ich letzteren, mir alle... ein- und ausgehenden Güter in der üblichen Weise umzuschlagen und verpflichte ich mich, dafür an Herrn Hesseberg eine Vergütung zu zahlen, die nach den Sägen des städtischen Hafentarifs zu berechnen ist. . . .

Als Mittwochabend einige Trupps Streikbrecher des Herrn Hesseberg, die bei den Speichern in deren Speicher arbeiten, unter der üblichen Polizeibewachung nach dem Freihafen zurücktransportiert wurden, entstand eine heftige Erregung unter den mindestens 2000 Personen, die sich auf der großen Lastabie angesammelt hatten. Plötzlich führten circa 20 Schutzleute, die Schuppenletten unterm Arm, die Säbel aus der Scheide, auf die Menge ein und drängte sie bis zur Hansfabrik zurück. Zum Handgemein ist es dank der verständigen Haltung der Menge nicht gekommen.

Syänen des Schlachtfeldes.

Dem „Hamburger Echo“ wird ein Aufnahmefchein veröffentlicht, der auf Hamburger Verften zur Werbung von Mitgliedern für einen „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ benutzt worden ist. Es handelt sich um Gründung einer gewerkschaftlichen Sonderorganisation mit großspürigen Unterstützungsversprechungen, für die man die wegen des verunglückten Kampfes der Verften unzufriedenen Mitglieder des Metall- und Holzarbeiterverbandes zu gewinnen trachtet. Kennenwerte Erfolge haben diese Versplitterungsversuche bisher nicht gehabt, werden es auch in der Zukunft nicht haben. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch in anderen Verften in ähnlicher Art Organisationszerplitterter nach Deute umherzirkeln.

Innungs-Terroristen.

Den Höhepunkt im Terror hat ohne Zweifel die Breslauer Väter-30-Jungmänner erklimmen, obwohl gerade diese Herrschaften nicht laut genug über den Terrorismus der Arbeiterschaft nach dem Staatsanwalt schreien. Obgleich die Innungen erst vor kurzem vom Minister des Innern allgemein vor Übergriffen gewarnt wurden, verfährt die Breslauer Väterinnung doch folgende Skandale an diejenigen ihrer Mitglieder, die die Forderungen des Väterverbandes anerkannt haben:

Breslau, den 2. September 1913.

An das Innungsmitglied

Herrn R. R.

1. In der ordnungsmäßig einberufenen und abgehaltenen Innungsversammlung vom 24. Juni 1912 wurde der vom Vorstand mit dem Gesellenausschusse durchberatene Lohnsatz einstimmig von der Innungsversammlung genehmigt. Dieser Lohnsatz läuft nach Ziffer 7 des Tarifs vom 1. Juli 1912 bis eben dahin 1915.

2. Gemäß § 46c des Innungsstatuts sind die Innungsmitglieder verpflichtet, ihre Gesellen durch unmittelbare Vermittelung des Sprechmeisters in Arbeit zu nehmen.

Gegen den Beschluß zu 1 und die Satzungsbestimmungen zu 2 haben Sie nun dadurch verstoßen, daß Sie einen Sonderlohn untergeschrieben haben, in welchem Sie unter anderem in Punkt 7 die Verpflichtung übernehmen, daß die Einstellung sämtlicher Arbeitskräfte durch den Arbeitsnachweis des Zentralverbandes der Väter und Konditionen Deutschlands erfolgen müsse. Durch den Abschluß des Sondervertrages haben Sie also Verpflichtungen übernommen, welche mit bestimmten Gesetzen von den Innungen zu erfüllenden Innungsaufgaben in Widerspruch stehen.

Gegen Ihrer Mißachtung des Innungsbeschlusses vom 24. Juni 1912 (§ 10 des Statuts) und des § 46c des Innungsstatuts hat der Vorstand gegen Sie eine Ordnungsstrafe von 20 (zwanzig) Mark festgesetzt, welche Sie binnen 10 Tagen an die Innungskasse abführen wollen.

Die früher gegen Sie festgesetzte Strafe wird wegen Formmangels aufgehoben.

Der Vorstand der Väter-Zwangsinnung,

E. Fiedrich, Aug. Raabe.

Bezeichnend für die Art des Kampfes der Innungsmehrheit gegen die tarifstreuen Vätermeister ist, daß diese, wenn sie verurteilt, vom Innungsnachweis Gesellen zu bekommen, zur Antwort erhielten: „Für Sie haben wir keinen Gesellen“. Und trotzdem die Ordnungsstrafe, die natürlich kein Terror ist.

Die Angestellten der Kasseler Straßenbahn sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Da die Direktion sich hartnäckig weigerte, den Wünschen der Angestellten entgegenzukommen, dachten diese, zur Laufendjahrfeier der Stadt in einen Streik einzutreten. Nachdem gestern mittig die Direktion der Großen Kasseler Straßenbahn Aktiengesellschaft in Gegenwart des Oberbürgermeisters sowie von Vertretern des Deutschen Transportarbeiterverbandes und einer Kommission der Straßenbahnangestellten die Erklärung abgegeben hat, daß sie nach Vorentscheid mit einer sobald als möglich einzuberufenden Ausschüßtsitzung in eine den Wünschen der Angestellten nach Möglichkeit Rechnung tragende Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten wird, dürfte es nicht mehr zum Streik kommen.

Der Porzellantrieb in Eisenberg.

Seit etwa zehn Wochen streiken in Eisenberg S.-A. bei der Firma Jäger die Porzellanarbeiter. Da es der Firma nicht gelang, unter den Streikenden Wandelwillige zu finden, griff sie zum letzten Mittel und verschickte einen Trupp Arbeitswillige. Für diese Kräfte, die alles andere waren, nur keine Porzellanarbeiter, zahlte sie ungefähr das Doppelte an Lohn wie an ihre eingetreteten Leute. Es stellte sich aber heraus, daß Arbeitslohn und Leistung in argem Mißverhältnis standen, weshalb der Lohn herabgesetzt werden sollte. Das brachte die Leute derart auf, daß sie an einem der letzten Sonntage alles zerhieben, was sie erwischen konnten. Fenster, Gekirr, Formen wurden kurz und klein geschlagen. Der Spektakel war so groß, daß die anwohnenden Nachbarn in ihrer Ruhe erheblich gestört wurden. Am dem darauf folgenden Montag hatte die Polizei so schwere Arbeit, daß sie den ganzen Tag nicht aus der Fabrik kam.

Ausland.

Ein Reinfall der Gelben in der Schweiz.

Die Freisinnigen in Olten hatten vor einigen Jahren unter dem falschen Schlagwort der „politischen Neutralität“ Zwiespalt in die angeblich sozialdemokratische Organisation der Lokomotivführer und Heizer hineingetragen und versucht, sie in ihr „unpolitisches“ Vorgehen zu bugstieren. Das gelang indes nicht. Es kam vielmehr zur Verstärkung der Oltenner, die nun unter der Führung der „neutralen“ Freisinnigen eine neue gelbe Organisation gründeten und die Mittel dazu durch die Beanspruchung des Vermögens der alten Organisation im Betrage von etwa 150 000 Frank beanspruchten. Darüber kam es zu Prozessen, die jetzt nun durch die Abweilung der Gelben seitens aller Instanzen erledigt wurden. Die Gelben haben außer den Prozeßkosten dem Lokomotivpersonal-Verband auch noch Entschädigung zu bezahlen.

Wären die Prozesse im Rann Solothurn geführt worden, würden die Gelben allerdings durch die Gefälligkeit der freisinnig-kapitalistischen Richter, die ihre Protokollen fast, gewonnen und die beherrennten Tausende von Frank erhalten haben. Der Ranton Zürich ist glücklicherweise noch nicht gelb verfeucht.

Ein Rechenschaftsbericht des italienischen Metallarbeiterverbandes.

Die Turiner Sektion des italienischen Metallarbeiterverbandes gibt in einer Ertabelle des Verbandesorgans einen Ueberblick über die Streikbewegung der Organisation in den letzten Jahren. Der Bericht beginnt mit dem Jahre 1908, in dem die Metallarbeiter Turins durch einen 18-tägigen Streik, an dem sich 10 000 Arbeiter beteiligten, sich siegreich gegen eine unwürdige Arbeitsordnung zur Wehr setzten. Das nachfolgende Jahr brachte keinen großen Streik, ist aber bemerkenswert durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung und des Rechtsbestandes bei Betriebsunfällen. Im Jahre 1910 führte die Sektion in Turin und in der Provinz 44 Lohnbewegungen durch, bei denen es sich in 28 Fällen um Vorhöhe, in 16 um Abwehr handelte. 41 dieser Bewegungen endeten siegreich. Allein von der Automobilfabrik „Fiat“ wurden über 100 000 Lire Lohnzuschläge erzielt; von der Fabrik „Itala“ etwa 80 000 Lire, außerdem 14 000 Lire als Entschädigung für die Aussperrung. Der wöchentliche Durchschnittslohn in der Automobilindustrie stieg von 36,8 Lire im Jahre 1908 auf 38,4 Lire im folgenden und auf 41,8 Lire im nachfolgenden Jahre. Ueber den letzten Streik in der Automobilindustrie vom Sommer dieses Jahres, der volle drei Monate dauerte, heißt es in dem Bericht, daß das Ergebnis dieser viel angefeindeten Bewegung durchaus günstig war. Als Streikunterstützung sind 231 000 Lire bezahlt worden. Auch dieser Streik, an dem sich 6000 Arbeiter beteiligten, brachte eine Lohnerhöhung und außerdem einen prinzipiellen Sieg. Als Kostenbestand bleibt der Turiner Sektion, der auch der Deutsche Metallarbeiterverband in weitem Umfange finanziellen Beistand gewährt hat, ein Rest von 16 000 Lire.

Stadtverordneten-Versammlung.

27. Sitzung vom Donnerstag, den 25. September 1913, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Nischel eröffnet die Sitzung nach 5 $\frac{1}{2}$ Uhr. Die Abteilungen haben vor der Sitzung die Wahl von zehn Stadtverordneten in die gemischte Deputation zur Vorbereitung des Empfanges der Internationalen Vereinigung gegen die Tuberkulose vorgenommen; die sozialdemokratische Fraktion wird durch Schneider, Tolkendorf und Dr. Wehl vertreten sein.

Die Uebernahme der Arbeitgeberbeiträge zur Angestellten-Versicherung für die in städtischen Anstalten beschäftigten Viktoria-Schwester auf den Stadtsäckel hat der niedergesetzte Ausschuss zwar einstimmig gutgeheißen, aber ebenso einstimmig eine Resolution angenommen, wonach der Magistrat ersucht werden soll, die Verstadtlung des Viktoriahauses in einstimmige Erwägung zu ziehen.

Referent des Ausschusses ist Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Er führt zugunsten der Verstadtlung aus, daß eine Vereinheitlichung des Schwefelwesens in den städtischen Krankenhäusern auch deshalb absolut notwendig erscheine, weil nur auf diesem Wege gewisse Unflimmigkeiten des Rechenamterarbeitens von städtischen und von Viktoria-Schwester beseitigt werden könnten; doch bestie Einverständnis darüber, daß man diesem Ziele nicht auf dem Wege zustreben wolle, daß man dem Viktoriahaus die Widmung erschwere.

Die Versammlung beschließt ohne Debatte nach den Ausschussanträgen.

Ramens des Wahlprüfungsausschusses berichtet Stadtverordneter Ladewig (R. L.) über die Ergebnisse der Prüfung der gegen die Richtigkeit der Gemeinde-Wählerliste erhobenen Einwendungen. Wie schon gemeldet, hat der Ausschuss von den 2232 Einprüfungen 490 als berechtigt anerkannt und die Nachtragung dieser Reklamanen in die Liste beantragt.

Auch hier tritt die Versammlung ohne Diskussion den Ausschussvorschlägen bei.

Zur Beschlußfassung stehen die Vorentwürfe für Erweiterungsbauten auf dem Gelände des Vieh- und Schlachthofes und für die Errichtung einer Fleischgroßmarkthalle an der Landsberger Allee. Der Kostenanschlag schließt mit 7 120 000 M. ab.

Stadtv. Kollasch (Fr. Fr.): Die Vorlage hat lange auf sich warten lassen, ist aber auch sehr gut angefallen und sollte, wenn möglich, ohne Ausschussberatung genehmigt werden. Die Zustände in und bei unserer Zentralmarkthalle sind nachgerade unholdbar geworden. (Der Vorsitz erhebt wiederholt, die Privatunterhaltungen etwas einzuschränken.) Sehr erfreulich ist, daß die Großfleischhalle in die unmittelbare Nähe des Viehhofes gelegt werden soll. Die Bedenken, auf die die Vorlage noch stoßen könnte, sind so untergeordnet Art, daß man dieses Millionenprojekt ausnahmsweise wirklich ohne Ausschuss verabschieden könnte.

Stadtv. Hünig (Soz.): Soweit es sich um die Erweiterungsbauten auf dem Schlacht- und Viehhof handelt, stimmen auch wir ohne Vorbehalte zu. Auch wir freuen uns, daß es endlich soweit gekommen ist, daß wenigstens ein Teil des jetzigen Großmarktes von seiner bisherigen Stelle fortgenommen soll. Der frühere Oberbürgermeister hat bekanntlich zweimal die Beschlüsse der Versammlung und des Magistrats, den Großmarkt nach der Anprodestraße hinaus zu verlegen, hintanzuhalten getrachtet, und der Vorredner hat ihm dafür besonderen Dank votiert. Ich will dahingestellt sein lassen, ob diese Stellungnahme die richtige ist; immerhin können auch wir mit der jetzigen Trennung des Großmarktes und mit der Angliederung des Fleischgroßmarktes an den Schlacht- und Viehhof uns nur einverstanden erklären. In dem vorgelegten Projekt für die Fleischgroßmarkthalle erscheint uns aber der Raum für die Stände noch immer zu gering bemessen; auch die einzelnen Stände sind für das Bedürfnis der Großschlächter zu klein, und die Breite der Gänge ist für die Bedürfnisse des Großhandels und für den Transport des Fleisches nicht genügend. Wir hoffen, daß diesen Erfordernissen bei der Weiterbearbeitung des Projektes Rechnung getragen werden wird. Lebtast bedauern wir, daß es nicht gelungen ist, die beiden Grundstücke an der Landsberger Allee 115 und 116 mitzuerwerben; freilich sind ganz horrende Preise gefordert worden. Ich schließe mit dem dringenden Wunsche, daß die Dabverwaltung nur einmal schnelle Arbeit machen möchte, daß sie uns nicht zu lange auf das definitive Projekt warten läßt, damit dem hervorgeratenen Bedürfnis bald genügt werden kann und die Arbeitslosigkeit vermehrt wird.

Stadtv. Sahl (R. L.): Wir begrüßen ebenfalls die Vorlage mit großer Sympathie und halten Ausschussberatung nicht für nötig. Den Wünschen des Kollegen Hünig trete ich bei.

Stadtv. Feuerstein (R. L.) gibt eine ähnliche Erklärung ab.

Stadtrat Fischel quittiert dankend über die freundliche Aufnahme, die die Vorlage gefunden hat. Die hinsichtlich der städtischen Fleischbeschau in letzter Zeit zutage getretenen Klagen sind Gegenstand der Erörterung im Kuratorium gewesen; eine besondere Kommission wird die Verrechtigung dieser Klagen demnächst prüfen. Wenn wegen der strengen Berliner Kontrolle Fleischler nach auswärts auswandern, nach Weisenlee, Reinidendorf, Neudorf, so möchte das doch auch vielleicht darauf zurückzuführen sein, daß in den dortigen privaten Schlachthäusern die Kontrolle etwas zu lax gehandhabt wird. Hier wird eventuell die Staatsbehörde nachzusehen haben. Vorkehrungen dafür, daß im Bedarfsfälle die Halle auch erweitert werden kann, sind bereits getroffen. Zurzeit ist ein Raum von 2400 Quadratmeter fest und weitere Anmeldungen liegen ja vor; aber wir müssen auch berücksichtigen, daß vielleicht, wenn die Verbindung der Fleischgroßmarkthalle mit dem Schlachthof hergestellt ist, ein Teil der Fleischler die Halle nicht mehr bezieht, sondern daß direkt in den Schlachthäusern eingelauft wird. Bei der Ausarbeitung des speziellen Projektes werden auch die weiteren Wünsche des Herrn Hünig noch geprüft werden; schon heute aber sieht fest, daß der Fleischler je nach seinem Bedarf einen größeren oder kleineren Stand bekommen kann.

Die Vorlage wird hierauf unüberändert angenommen. Das Verhältnis der Stadt zum Zentralverein für Arbeitsnachweis soll nunmehr dergestalt geregelt werden, daß durch besondere Ortsstatut der Gewerbe-Deputation eine Abteilung für Arbeitsnachweis mit den Rechten einer Verwaltungs-Deputation angegliedert wird. Diese soll aus 10 Mitgliedern, und zwar 2 Magistratsmitgliedern und 4 Stadtverordneten, die der Gewerbe-Deputation angehören, und 4 Bürgerdeputierten (3 gewerblichen Arbeitgeber und 1 gewerblichen Arbeiter) bestehen. Ferner soll die Verammlung sich dem einverstanden erklären, daß die Ausübung des städtischen Stimmrechts nach den Beschläßen der Abteilung für Arbeitsnachweis durch ein in jedem einzelnen Falle zu bestimmendes Mitglied erfolgt.

Der Zentralverein selbst hat sein Statut gemäß den bei der letzten Staatsberatung von den städtischen Behörden gefassten Beschlüssen geändert. Es ist danach der Stadt die Mehrheit im Vorstande unbedingt gewährleistet; von den 30 Vorstandsmitgliedern sollen 14 von der Generalversammlung, 8 vom Magistrat, 8 von den Stadtverordneten, 10 (5 Arbeitgeber und 5 Arbeiter) vom Ausschuss des Gewerbegerichts zu Berlin für Gutachten und Anträge gewählt werden.

Stadtv. Sonnensfeld (R. L.) beantragt Ausschussberatung, da ihm in dem neuen Statut verschiedene Unklarheiten namentlich hinsichtlich des städtischen Stimmrechts und der Beteiligung von Bürgerdeputierten aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeiter zu bestehen scheinen.

Stadtv. Ritter (Soz.): Nach unserem Kommunalprogramm sind wir für die Kommunalisierung der Arbeitsnachweise, und wir sehen die Vorlage als einen Schritt auf diesem Wege an. Wir akzeptieren sie ohne Ausschussberatung und können uns den Bedenken des Vorredners nicht anschließen. (Fortdauernde Unruhe.)

Die Versammlung beschließt nach dem Vortrage Sonnensfelds. Damit ist die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt.

Das neue Ortsstatut für die städtische Feuer-Sozietät soll am 1. Oktober 1913 in Kraft treten. Die von den städtischen Behörden beschlossene Fassung statuiert in § 28 das Verwaltungsverfahren gegen die Festsetzung der Beiträge. Diese Fassung ist bei den staatlichen Behörden, die das Statut zu genehmigen haben, auf Bedenken gestoßen. Um diese wegzuräumen und dem rechtzeitigen Inkrafttreten des neuen Reglements den Weg zu ebnen, wird auf Grund eines dringlichen Antrages Sonnensfelds nach kurzer Debatte, in der sich auch Stadtrat Behmeier Justizrat Roffe mit der vorgeschlagenen Aenderung einverstanden erklärt, eine anderweitige Fassung beschlossen, welche den Passus über das Verwaltungsverfahren beseitigt und nur besagt, daß der Rechtsweg gegen die Festsetzung der Beiträge unter allen Umständen offensteht.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 7 Uhr.

Der Polizeihund im Friedrichshain.

Jene aufsehenerregende Polizeihundaffäre, die am 19. Mai, abends gegen 10 Uhr, sich im Friedrichshain ereignete, wurde gestern vor dem Jugendgericht Berlin-Mitte erörtert. Angeklagt war ein Lehrling Weder, einer derjenigen, die damals von dem Polizeihund vor den Augen des mit seiner Führung betrauten Schuhmanns angefallen und übel zugerichtet wurden. Weder hatte im Friedrichshain an den Spielen teilgenommen, die auf dem dortigen Spielplatz mit ausdrücklicher Genehmigung der Parkverwaltung von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen getrieben wurden, und war nach Schluß der Spiele mit den übrigen Teilnehmern, die unter Gesang den Platz verlassen, bis zu der den Hain begrenzenden Bernauer Straße gezogen. Hier rückte gegen die noch Verweilenden, die sich voneinander verabschieden wollten, ein Schuhmann Neumann mit seinem Polizeihund an, und weil die jungen Leute ihm nicht schnell genug ausweichen gingen, kam es zu einem jener Anstöße, die durch überstürzte Polizeibeamte nur zu leicht herbeigeführt werden. Weder, der nach einer ersten von dem Polizeihund gemachten Attacke gegen einen jungen Mann sich als Spielleiter verpflichtet glaubte, den Schuhmann um Angabe seiner Nummer zu bitten, erhielt von diesem eine scharfe Zurückweisung und wurde dann selber ein Opfer der Wut des ihn packenden Tieres. Hinterher übertrugte ihn die Polizei noch mit einem Strafmandat von 4 Mark, weil er durch Ritzungen ruhestörenden Lärm verübt und an einem Verkauf teilgenommen und der Aufforderung, weiterzugehen, nicht Folge geleistet habe. Da er Widerspruch erhob, so hatte ein Gericht zu entscheiden.

In der Verhandlung vor dem Jugendgericht richtete der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Böhm, an den Angeklagten die wunderliche Frage, ob etwa mit der arbeitenden Jugend, die da gespielt habe, eine „Jugendorganisation“ gemeint sei. War diesem Jugendrichter nicht bekannt, daß es sich um junge Arbeiter und Arbeiterinnen handelte, deren Organisation schon vor Jahren durch die Polizei, die etwas „Politisches“ dahinter mitterte, zerstückt worden ist? Zur Anfrage erklärte Weder, daß er nichtschuldig sei. Er schilderte, wie der Polizeihund und sein Hund als Angreifer vorgegangen seien. Die Zeugenvernehmung ergab scharfe Gegenfälle in der Auffassung und Darstellung des Vorganges. Was da von einem Parkwächter und von mehreren Beobachtern der dem Friedrichshain benachbarten Straße über Gejöhle, Drohufe usw. berichtet wurde, war offenbar Reduktion auf Konto zu sehen, die bei jedem Einschreiten der Polizei sich sofort amammeln und überhaupt erst durch die Polizei herbeigeführt werden. Zu einem „Auslauf“ war es auch hier wieder nur deshalb gekommen, weil der harmlose Gesang und das fröhliche Geplauder der Heimgehenden von dem Schuhmann als „Ruhestörung“ ausgelegt wurden, die er „beruhigen“ müsse. Andere Zeugen, die teils die Vorgänge aus der Nähe beobachtet, teils selber mitgespielt hatten, wußten nichts davon, daß das Gejöhle und die Drohufe von den heimgehenden Spielern gekommen seien. Ein Spielleiter bezeugte: nach Schluß der Spiele wurden die Teilnehmer regelmäßig gemeinsam bis zur Straße geführt, und zwar gerade deshalb, weil man ihr weiteres Verweilen in dem dunkelnden Hain verhüten wolle. Nach der Auffassung einer Zeugin wäre gegen Weder der Polizeihund geradezu von dem Schuhmann angehet worden. Eine andere Zeugin hatte in der Renge das Geschrei gehört: „Da ist Tolkwut ausgebrochen!“ Auch ein Zeuge, den die Anklagebehörde geladen hatte, machte die Angabe, daß der Hund „wie wahninnig“ gewesen sei. Ein anderer Zeuge, gleichfalls von der Anklagebehörde geladen, bestätigte, daß Weder am Boden lag, während der Hund immerzu auf ihn einbiß. Schuhmann Neumann selber bezeugte: er habe wiederholt vergeblich aufgefordert, weiterzugehen. Da sei sein Hund, den er losgemacht hatte, gegen einen angegriffenen. Auch Weder, der jetzt nach des Schuhmanns Nummer gefragt habe, sei nachher von dem Hund gebissen worden. Weder habe ja ihn (den Hund) „durch sein Schreien dazu veranlaßt“. Daß Neumann, wie ihm vorgehalten wurde, den Weder geohreigt habe, sei „ausgeschlossen“. Auf eine Frage, ob er den Hund geohreigt habe, antwortete Zeuge: „Der ist schon über 6 Jahre im Dienst, den braucht man nicht erst was zu sagen.“ Geht habe er ihn nicht, fügte er auf nochmalige Frage hinzu. Der Verteidiger, Rechtsanwält Dr. César Cohn, beantragte schließlich noch Verlesung des ärztlichen Attestes über Weders Verletzungen. Aus der Art der Verletzungen werde sich ergeben, daß der Schuhmann angreifend vorgegangen sein müsse. Das Attest sagt: „Die Unterbindung zeigt am rechten Arm (Innen- und Außen-Seite), linken Oberarm (äußeren und inneren Knochen), linken Arm (Vorderseite), linken Oberarm (Außen-Seite), rechten Oberarm und linken Unterarm Rißwunden von verschiedener Größe, von 8 Zentimeter Breite die Wunde am linken Arm. Am Kopf, von 8 Zentimeter Breite die Wunde am linken Arm. Am Kopf, von 1 Zentimeter Breite.“ Dergu erklärte Schuhmann Neumann: „Ich habe selber einen Arzt im Krankenhaus gesprochen, der hat mir gesagt, es seien nur unerhebliche Verletzungen gewesen.“ Ob diese sonderbare Auskunft des Krankenhausarztes auf amtliches Erfordern oder aus privater Gefälligkeit gegeben wurde, blieb unerörtert.

Der Amtsanwalt ließ die Anklage wegen Mißhandlung fallen und beantragte hier Freisprechung. Es sei nun mal Brauch geworden, den Spielplatz mit Gefangenen zu verlassen, doch wolle er das nicht billigen. Beirrat werden müsse Jeder wegen Nichtbefolgung, und zwar sei die Geldstrafe auf 10 Mark zu erhöhen. Der Schuttmann habe, weil er „bedrängt“ wurde, dem Beden „eins verschert“. Das Beden dann vom Hund gelassen wurde, habe er sich selber zugeschrieben. Auch wenn der Beamte den Hund geholt hätte, so wäre das noch zulässig, weil er „bedrängt“ war. Man sehe, daß unsere arbeitende Jugend, für die so viel getan und der Spielplatz hergegeben werde, doch recht wenig diszipliniert sei und sich unanständig zeige. Der Verteidiger forderte Freisprechung auch von der Anklage der Mißhandlung. Diese Strafenordnungsübertretung sei strafbar nur dann, wenn die Aufforderung, weiterzugehen, auch an den Angeklagten persönlich gerichtet worden wäre. Das aber habe der Beamte selber nicht beklunden können. Ganz unberechtigt sei das Vorgehen des Beamten gewesen. Fast scheint es, wie wenn der Amtsanwalt ihm ein „Recht auf Prügel“ geben wolle. Der Amtsanwalt hätte auch nicht von „Unbau“ der arbeitenden Jugend sprechen sollen. Sie habe statt eines Gefühls des Dankes eher die Empfindung, daß sie drangsalariert werde. Doch wie sei z. B. eine Pfadfindertruppe, wenn sie singend dahingezogen, von der Polizei gehindert worden. Der Vorsitzende fiel ins Wort: „Haben denn Pfadfinder das getan? Das muß man doch erst feststellen!“ Verteidiger: Wir wollen doch nicht so streng sein gegenüber dem Recht der Jugend auf Singen. Ausföhrungen z. B. der Pfadfinders Jugend werden nicht so streng genommen von der Polizei, die ängstlich darauf bedacht ist, die arbeitende Jugend zur „Bescheidenheit“ zu erziehen. Vorsitzender: Hier ist in der Verhandlung nicht zum Ausdruck gekommen, daß die Polizei ihre Beamten beauftragt, die arbeitende Jugend anders zu behandeln. Verteidiger: Aber Sie kennen doch die Rechtsprechung, die Behandlung der jugendlichen Arbeiter, und Sie wissen doch, wie die Polizei in Versammlungen eingedrungen ist. — Vorsitzender (ins Wort fallend): Eingedrungen? Verteidiger: Nun, wir wissen alle ganz genau, daß die arbeitende Jugend anders behandelt wird als die übrigen Jugend.

Das Urteil lautete auf 10 Mark Geldstrafe. Beachtung verdient die Begründung, die der Vorsitzende in langer Ausführlichkeit beibrachte. Der Schuttmann habe die Pflicht, für Ruhe zu sorgen, und dabei sei gleichgültig, von wem die Mißhandlung ausgehe. Dem Bericht erscheine ausgeschlossen, daß Polizeibeamte angewiesen seien, die arbeitende Jugend besonders zu verfolgen. Bezüglich Beden sei nicht erwiesen, daß er an der Mißhandlung teilgenommen habe; darum werde er von diesem Punkt der Anklage freigesprochen. Dagegen habe er die Strafenordnung übertreten, indem er die Aufforderung, weiterzugehen, die auch er gehört haben müsse, nicht befolgte. Diefür sei die erhöhte Geldstrafe von 10 Mark angemessen. Der Bericht erscheine nicht gering, denn solche Krawalle können gefährlich werden. Er (der Vorsitzende) finde es eigentlich recht, miße vom Polizeipräsidenten, daß er sich mit einem Strafmandat begnügt habe. Amtsgerichtsrat Köhne demüthigte sich dann noch, den Schuttmann zu entlassen. Daß Beden durch Hundebisse verletzt oder von dem Beamten etwa auch geohrfeigt worden sei, habe mit der Sache nichts zu tun. Wenn aber der Beamte sich bedrängt fühlte, so mußte er zur Abwehr um sich schlagen, und da habe er Beden treffen können. Habe der Beamte schließlich den Hund losgelassen, so könne man ihm auch das nicht verübeln. Ueberschreitung seiner Befugnisse sei durch nichts erwiesen. — Der Verurtheilte wird wohl gegen dies Urteil Berufung einlegen. Es ist doch nicht anzunehmen, daß auch das Berufungsgericht zugunsten des Polizeihundes und zugunsten des jugendlichen Angeklagten einnehmen ist, wie die Urteilsgründe des Jugendgerichts.

dessen finden wir auch im dortigen Bergbau, sogar noch mehr wie in Großbritannien, den (relativen) Kleinbetrieb vorherrschend.

Dagegen ist nach französisch-deutschem Vergleich der Oberflächeneigentümer in der Regel nicht zugleich veräußerungsberechtigt über die unterirdischen Kohlenablagerungen; er muß vielmehr deren Ausbeute gestatten, wenn der Unternehmer die leicht erfüllbaren gesetzlichen Vorschriften beobachtet. Dann aber kann dieser sich ein sehr viel größeres Ausbeutungsrecht sichern und es eventuell noch mit benachbarten Feldern konsolidieren, als dem britischen Bergwerksunternehmer überlassen wird. Dieser fundamentale Unterschied in der Bergwerksverfassung mußte dem Aufkommen der Kleinbetriebe in den Ländern mit der sogenannten Bergbaufreiheit natürlich sehr günstig sein. So sich dazu ein sozusagen unerschöpflicher Kohlenreichtum, wie in Oberschlesien und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet vorfindet, da erzielte die kapitalistische Expansionsbestrebungen ihr dankbarstes Betätigungsfeld.

Folgen wir Jüngst in der Betrachtung der Besitzverhältnisse, dann stellt sich heraus, daß auch die Berechnung der Betriebsgrößen noch nicht den wirklichen Umfang der kapitalistischen Konzentration in unserer wichtigsten Kohlenindustrie erfasst. In Oberschlesien fördern 8 private Unternehmungen allein über 54 Proz. der Gesamtkohlenmenge; in Niederschlesien sind es 4; im Ruhrgebiet kommandieren 12 Unternehmungsgesellschaften (inkl. preussischen Fiskus) über 80 Proz. der Förderung und 817 000 Arbeiter.

Die Macht des Großbetriebes hat sich demnach im Bergbau am stärksten in Deutschland, nicht etwa im Lande der Dollarsüßten, durchgesetzt. Diese Entwicklung, die sich auch auf einer Reihe anderer Gebiete mit Zahlen belegen läßt, erklärt, warum in Deutschland das Großunternehmertum an Hartnäckigkeit in der Bekämpfung der sozialpolitischen Arbeiterforderungen unübertroffen dasteht, und warum sich die Herren vom Zentralverband der Industriellen als die eigentlichen Nachhaber in Deutschland fühlen.

Feierschichten im Ruhrkohlenrevier. Nach dem toten Hosten und Jagen nach Kohlen beginnt jetzt allmählich die eintretende Krise sich bemerkbar zu machen. Am 24. September haben die zur Harpener Bergwerksgesellschaft gehörenden Gruben: Reckhausen I und II, Julia und von der Heide eine Feierschicht wegen Absatzmangels eingelegt.

Soziales.

Rundengarantie.

Vor dem Gewerbegericht klagte gestern ein Kutscher gegen den Inhaber einer Bierhandlung, Bier, auf Zahlung von 831 M. rückständigen Lohnes. Er hatte sein verdientes Geld stets nur unregelmäßig in Beträgen von 50 oder 100 M. erhalten, drängte auch nicht auf prompte Zahlung am Monatschluß, weil er im Herbst zum Militär eingezogen wird und dann das ersparte Geld gut gebrauchen zu können glaubte. Jetzt macht aber der Beklagte geltend, er sei durch den Kutscher um über tausend Mark geschädigt worden, da Kunden, die ihm der Kläger zuführte und die er als gut bezeichnete, empfangene Ware nicht bezahlt hatten. Dadurch habe er außer dem Verlust an Waren noch die Gerichts- und Anwaltskosten für gumeist fruchtlose Klagen aufwenden müssen. Aus diesem Grunde verweigert er die Zahlung der geforderten Summe. Kläger habe ihm gegenüber „Rundengarantie“ übernommen. Aus der Zeugenvernehmung ging hervor, daß der Kläger wohl in einer allgemeinen Redebeziehung gefogt hat, als er nach der Bonität eines Kunden gefragt wurde, der Betreffende sei gut, dafür könne er, Kläger, garantieren. Eine Vereinbarung positiver Art ist jedoch nicht getroffen worden.

Das Gericht unter Vorsitz des Magistrats-Assessors Dr. Verhöld kam zu einer Verurteilung des Beklagten mit der Begründung, ein Garantievertrag zwischen einem gewerblichen Angestellten und dem Arbeitgeber müsse ausdrücklich und schriftlich vereinbart werden, um gültig zu sein. Denn das Gesetz fordert für Bürgschaft Schriftlichkeit.

Eine Verzweiflungsstat an der vollen Kompottschüssel.

Eine erschütternde Szene trat sich am Dienstag vor dem Ober-Versicherungsamt in Breslau bei dem Termin um Bewilligung einer Invalidenrente zu. Seit Juli vorigen Jahres beantragte der franke und arbeitsunfähige frühere Heizer Gottschling die Invalidenrente, die ihm am 4. Oktober 1912 durch das Ober-Versicherungsamt auch in Höhe von 275,40 M. zugesprochen wurde. Dagegen legte die Landesversicherungsanstalt Berufung ein. Sie hatte damit Erfolg. Am letzten Dienstag stand nun wieder in dieser Angelegenheit Termin an. Dieser sollte einen tragischen Abschluß finden. Während der Antragsteller persönlich in erregter Weise sein Leiden und seine Unfähigkeit zur Arbeit schilderte, behauptete das Gutachten des Arztes, daß er durch Zigarettschmökern, Saunenräumen usw. sehr wohl in der Lage sei, noch täglich 2 M. zu verdienen. Das war zwar ein krasser Widerspruch mit der ersten Entscheidung des Reichsversicherungsamtes, in der es hieß, daß Gottschling für den allgemeinen Arbeitsmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sei, aber dennoch wurde sein Gesuch um die Bewilligung der Rente abgewiesen.

Nun hatte der Kernaiste, der nach den Beobachtungen zahlreicher Personen tatsächlich nicht mehr arbeitsfähig ist, die für ihn so traurige Entscheidung vernommen, als er plötzlich aus der Westentasche ein Fläschchen mit Inhalt zog und blühschnell austrank. Mit den Worten: „Mit mir ist es aus! Ich bin fertig, ich habe mich vergiftet!“ wurde er aus dem Verhandlungszimmer getragen und nach einem nahegelegenen Krankenhaus geschafft. Hier konstatierten die Ärzte zwar, daß der Kernaiste metallisches Quecksilber getrunken habe, daß aber keine Gefahr für sein Leben vorliege. Neuge dieser erschütternden Vorgänge war das siebenjährige Töchterchen des Verzweifelten, der jetzt weiter hungern kann, während das Vermögen der schließlichen Landesversicherungsanstalt eine Milliarde 768 Millionen 8 Tausend 322 Mark beträgt. Seit dem Jahre 1910 hat sich das Vermögen dieser Anstalt um über 97 Millionen Mark vermehrt. Und dennoch reicht es nicht, einen armen Teufel eine jährliche Rente von 270 M. zu geben, dem die Versicherungsgeheggebung über 5 Proz. seines Einkommens genommen hatte.

Beweist nicht dieser Fall wieder, daß bei uns in Deutschland für den Arbeiter bis ins hohe Alter hinein gesorgt ist?

Marktpreise von Berlin am 24. September 1913, nach Ermittlungen des fgl. Polizeipräsidiums. Weiz (misp.) gute Sorte 15,90—17,10, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. Weiz (runder), gute Sorte 14,80—15,20, Mittelst. 0,00—0,00. Neu 6,00—7,00.

Marktpreisliste 100 Kilogr. Weizen, gelbe, zum Roden 30,00—30,00, Spelzweizen, weiz 35,00—30,00. Weizen 36,00—70,00, Hartweizen (Weizen) 4,00—7,00, 1 Kilogramm Weizen, von der Sorte 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,50, Schweinefleisch 1,50—2,10, Kalbfleisch 1,40—2,40, Hammelfleisch 1,50—2,40, Butter 2,40—3,00, 60 Stück Eier 3,00—5,00, 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40, Rale 1,40—2,20, Fender 1,30—3,20, Preis 1,20—2,80, Barche 0,80—2,40, Schale 1,40—3,20, Weiz 0,80—1,50, 60 Stück Krebse 1,50—40,00.

Aus Industrie und Handel.

Das Land der stärksten kapitalistischen Entwicklung.

Die übliche amtliche Betriebszählung gibt über die Größe der Einzelunternehmungen bzw. über ihre innere Entwicklung nur sehr unvollkommene Auskunft; über die Besitzverhältnisse schweigt sie sich völlig aus. Deshalb herrscht in der öffentlichen Meinung die Ansicht vor, bezüglich der großkapitalistischen Entwicklung sei Deutschland immerhin noch gegenüber Großbritannien und ganz gewiß hinter Amerika, wenn nicht gar auch im Vergleich zu Belgien zurückgeblieben. Ein genaues Eingehen auf die einschlägige Statistik lehrt aber unabweislich, daß Deutschland eine geradezu sprunghafte Industrialisierung durchgemacht hat. In bezug auf einen der wichtigsten Hochproduktionszweige z. B. hat es die genannten Länder in der Entwicklung zum Großbetrieb weit überflügelt.

Aus Anlaß des unlängst in Breslau abgehaltenen Allgemeinen Deutschen Bergmannstages (eine Zusammenkunft von Bergwerksbesitzern, Beamten und Akademikern) hat der Statistiker Dr. Jüngst in einer Sonderausgabe der Zeitschrift „Blid auf“ (Essen) eine Untersuchung der früheren und jetzigen Betriebsgrößen in der Bergwerksindustrie Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Großbritanniens unternommen, die zu zahlreichen Resultaten gekommen ist. Jüngst betrachtet die Entwicklung des Steinkohlenbergbaus unter dem Gesichtspunkt, welchen Umfang der Einzelbetrieb hinsichtlich der beschäftigten Arbeiter und der gefördertten Tonnenmenge im Laufe des letzten Jahrhunderts gewonnen hat. Hier das Hauptergebnis seiner Untersuchung. Es entfielen durchschnittlich auf das Weiz:

	1800		1911	
	Arbeiter	Förderung in To.	Arbeiter	Förderung in To.
in Oberschlesien . . .	148	30 877	2 130	643 049
„ Niederschlesien . . .	99	17 841	1 824	332 014
im Ruhrgebiet . . .	104	15 537	2 100	567 262
„ Saargebiet (H&L) . . .	756	130 397	4 414	954 910
„ Königr. Sachsen 170	43 120	1 128	219 827	
in Frankreich . . .	186	29 090	763	149 308
„ Belgien . . .	533	72 830	1 134	181 524
„ Großbritannien . . .	92	28 378	629	80 516

Danach hat sich die Entwicklung zum Großbetrieb absolut am stärksten im Saargebiet und in Oberschlesien, am stärksten in Großbritannien, relativ am stärksten im Ruhrgebiet vollzogen. Diese Feststellung wird für jeden, der gewohnt war, in Großbritannien, dem industriellen Mutterlande, die Heimat der gewaltigsten Betriebskonzentration zu erblicken, eine Ueberraschung sein. Aber auch auf Volksweite, die den Werdegang der Montanindustrie aufmerksam beobachtet haben, muß es überraschend wirken, zu sehen, daß ausgerechnet Großbritannien im Vergleich zu den konkurrierenden Bergwerksländern im Zustande der Kleinbetrieblichen Organisation festgeblieben ist. Es fanden nämlich Kohlengruben in Förderung:

	1800	1890	1911
in Oberschlesien . . .	80	58	57
„ Niederschlesien . . .	45	87	15
„ Ruhrgebiet . . .	281	175	161
„ Königr. Sachsen . . .	88	39	23
„ Belgien . . .	175	184	127
„ Frankreich . . .	319	239	258
„ Großbritannien . . .	3008	3409	8192

Im letztgenannten Lande ist die Zahl der Betriebe 1911 gegen 1800 sogar noch gewachsen, während in den anderen Staaten und Distrikten, namentlich in Schlesien und im Ruhrgebiet, eine starke Verminderung der Betriebe, aber daneben eine noch viel größere Vermehrung der Förderung pro Weiz vor sich ging. Die Erklärung für das Vorherrschende des (relativen) Kleinbetriebes im britischen Bergbau ist nicht zuletzt in den dortigen eigentümlichen Besitzverhältnissen zu suchen. In Großbritannien gehören die mineralischen Bodenschätze (ausgenommen Silber und Gold, die der Krone reserviert sind) dem Oberflächeneigentümer. Nur mit dessen Einwilligung kann der Bergbau unternommen werden, und es ist Landesbrauch, nur verhältnismäßig kleine Felder den Bergbaulassen gegen bestimmte Abgaben zur Ausbeute freizugeben. Das gleiche Rechtsverhältnis gilt auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Infolge-

Unsern lieben Freund und Kollegen
Georg Franz
und seiner lieben Frau
Agnes Lehmann
die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Kollegen 9281
vom Fahrpersonal d. Brauerei
Engelhardt, Abt. Pankow.

Todes-Anzeigen

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlflecke Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Johann Windmüller
Bahmannstr. 24, im Alter von 69 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. September, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Krankenhauses Friedrichshof aus, nach dem Friedhof Kirchhof in Wilhelmshagen statt.
89/8 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler u. Portellener Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler
Oskar Kuske
(Werkstatt E. Hoffe) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Friedhofes, Reinickstr., aus statt.
157/19 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Danarbeiterverband.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.
Unsern sowie den Mitgliedern des Geländervereins der Putzer hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied
August Pape
(Wegst. Wilmersdorf) verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 5 Uhr von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Wilmersdorf, Berliner Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
145/11 Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
Die Beerdigung des Kollegen
Julius Brotzki
findet nicht Freitag, sondern am **Sonnabend, nachmitt. 1/2 5 Uhr**, von der Halle des Jüdt.-Polst.-Kirchhofes in Schöneberg, Tempelhofer Straße, aus statt.
185/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Hugo Kargl
Lieberwalder Str. 35/36
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
126/17 Die Ortsverwaltung.

Danfugung.

Für die herzlichsten Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Sohnes, des Lehrers
Paul Schöppke
sage ich allen Beteiligten, Verwandten, Freunden und Bekannten meinen tiefgefühlten Dank.
94/4 Die trauernde Mutter
Wilhelmine Schöppke.
Berlin, Oberstr. 43, Sept. 1913.

Persianer

Imis Velour du Nord für Damen-Paletots Mr. 5.—, 7.—, 10.— M. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21 vis-à-vis der Petrikirche.

Bekanntmachung der Ortskrankenkasse des Zimmerergewerbes zu Berlin.

Da die Ortskrankenkasse des Zimmerergewerbes durch Beschluß des fgl. Oberversicherungsamtes Groß-Berlin (Nr. B. K. 494/13) vom 30. August cr. mit Ablauf des 31. Dezember 1913 geschlossen wird, bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß entl. Mitglieder ihre Ansprüche spätestens drei Monate nach dieser Bekanntmachung anmelden müssen, andernfalls die Beerdigung verweigert werden kann.
342/5
Der Vorstand.
G. Petermann, Aug. Brunzel, Schriftführer. Vorsitzender.

Spezialarzt

für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Mata. Blutuntersuchung. * Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) Sprechst. 8-8, Sonntags 8-9, Potsdamer Str. 4 (Potsdamer Platz) Sprechst. 11-1, 5-8, Sonnt. 9-10

Winter

Ulster, Paletots, geborgene Monatsgarderobe von Herrenkavaliere, Kavaliere etc. in besten Werkstätten (teils auf Seide) gearbeitet, für jede Figur passend auf Lager. Frühher Anschaffungspreis bis M. 100.—, zu folgenden billigen Preisen:
Winter-Ulster M. 12, 16, 22 etc.
Herren-Paletots „ 6, 8, 12 „
Jackett-Anzüge „ 10, 16, 20 „
Gehrock-Anzüge „ 12, 20, 27 „
Jünglings Anzüge „ 8, 10, 14 „
Hosen „ 2, 3 bis 6.—
Institut für Vorrichtung eleg. Gesellschafts-Anzüge.
Garderobenhaus.
Hauptgeschäft:
Gr. Frankfurter Str. 116.
an der Androssstraße.
2 Gesch. Chausseestr. 49.

Haarblondin
entwickelt
Sauersstoff


Haarblondin
das Ideal Waschpulver für helles u. dunkles Haar
1 Paket = 25 Pl. Nur echt m. d. Feuerkrone.
Zu haben in Drogerien.
Fritz Kratz, Berlin N. Reinickendorferstr. 119

Achtung!

6—700 Anzüge sowie getragene Winterpaletots u. Ulster Monatsgarderobe in feinsten Werkstätten bestm. gearbeitet, teils auf Seide, für jede Figur passend, verkauft zu haarend billigen Preisen
Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Gochbahnstation Rotbuser Tor.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Wdt. H. Neue Garderobe.

Reuters Werte

3 Bände 4 Bort Buchhandlung Vorwärts

Möbelfabrik Rob. Seelisch

Berlin O 13, Rigaer Str. 71-73a
empfehlht 148/14
gute preiswerte Möbel Einrichtungen von 187 M. bis 10000 M.
154 Musterräume
Lageräume: 6696 q-Mtr. groß.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrierte Kataloge gratis und franko.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Neukölln.

Kassenlokal: Weichselstraße 8 (Ideal-Passage).

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 332 ff. der Reichsversicherungsordnung sind, nachdem die Ausgestaltung der Kasse zur Allgemeinen Ortskrankenkasse Neukölln erlangt hat, die Vertreter und Ersatzmänner für den Ausschuss zu wählen.

Der Ausschuss besteht aus 90 Vertretern und der doppelten Anzahl von Ersatzmännern, von denen ein Drittel von den beteiligten volljährigen Arbeitgebern und zwei Drittel von den volljährigen Versicherten je aus ihrer Mitte getrennt gewählt werden. Demnach sind zu wählen:

- 30 Arbeitgebervertreter und 60 Ersatzmänner,
- 60 Versichertenvertreter und 120 Ersatzmänner.

Die Wahlen für die Arbeitgebervertreter finden statt:

am Sonntag, den 26. Oktober 1913, von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags in den Passage-Sälen, Neukölln, Bergstraße 151.

Die Wahlen für die Versichertenvertreter finden statt:

am Sonntag, den 26. Oktober 1913, von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends in Bartsch' Festsälen, Neukölln, Hermannstraße 49.

Die Wahlen sind geheim; die Wahlzeit dauert vier Jahre. Gewählt wird nach dem Grundsatz der Verhältniswahl nach Maßgabe der Wahlordnung, welche der Vorstand jedem Wahlberechtigten auf Antrag verabfolgt. Der unterzeichnete Kassenvorstand fordert daher alle Wahlberechtigten auf, sich zur

Eintragung in die Wählerliste

zu melden. Eine besondere Benachrichtigung der einzelnen Wähler findet nicht statt.

Anträge zur Aufnahme in die Wählerliste können auch durch Beauftragte eingereicht werden, welche mit den erforderlichen Nachweisen für die Wahlberechtigung versehen sein müssen.

Für die Angelegenheiten der Wahlen ist die Kasse geöffnet:

Besttags von 8-9 und von 5-7 Uhr; Sonntags von 10-12 Uhr.

Wahlberechtigt sind die volljährigen Arbeitgeber, auch Frauen, welche für die bei ihnen beschäftigten Personen am Wahltag oder vom 1. Januar 1914 ab Beiträge an die Kasse zu zahlen haben, vorausgesetzt, daß sie nicht selbst zu den Versicherten zählen.

Wahlberechtigt sind alle volljährigen Personen männlichen oder weiblichen Geschlechts, welche bei der Ortskrankenkasse versichert sind, oder vom 1. Januar 1914 ab versichert werden.

Das Stimmrecht der einzelnen Arbeitgeber wird nach der Zahl der beschäftigten Personen bemessen. Mindestens 10 Stimmen auf den Arbeitgeber entfallen, wird vor der Wahl bei der Eintragung in die Wählerliste festgestellt. Die Kassenstatute enthält folgende Abfassung:

Arbeitgeber, die einen oder mehrere versicherungspflichtige beschäftigten, führen bis zu hundert versicherungspflichtig Beschäftigte für je angefangene zehn, und wegen der über hundert hinausgehenden Zahl für je angefangene zwanzig Beschäftigte, eine Stimme. Mehr als dreißig Stimmen kann kein Arbeitgeber führen.

Wahlberechtigte, die aus irgend einem Grunde nicht in die Wählerliste aufgenommen sind, werden zur Wahl nur zugelassen, wenn sie allen Mitgliedern des Wahlausschusses ihre Wahlberechtigung in überzeugender Weise nachweisen.

Das Wahlrecht ist in Person anzubringen.

Wählbar als Vertreter der Arbeitgeber sind volljährige Deutsche, auch Frauen, wenn sie regelmäßig mindestens einen versicherungspflichtigen Beschäftigten. Für die Wählbarkeit stehen den Arbeitgebern die vollmächtigsten Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsbeamte der beschäftigten Arbeitgeber gleich. Nicht wählbar sind Mitglieder einer Behörde, welche Aufsichtsbefugnisse über die Kasse hat.

Wählbar als Vertreter der Versicherten sind volljährige Deutsche, auch Frauen, welche bei der Ortskrankenkasse versichert sind, oder vom 1. Januar 1914 ab versichert werden.

Versicherte werden für die Bildung der Kassenorgane den Arbeitgebern zugerechnet, wenn sie regelmäßig mehr als zwei versicherungspflichtige Personen beschäftigen.

Jeder wählbar noch wahlberechtigt sind die Arbeitgeber unständig Beschäftigter als solche und Arbeitgeber, die mit der Zahlung der Beiträge in Rückstand sind, ferner unständig Beschäftigte, die keine Beiträge zahlen, und versicherungspflichtige, die Mitglieder einer Ersatzklasse sind und deren eigene Rechte und Pflichten auf ihren Antrag ruhen.

Wählbar sind nur volljährige Deutsche. Nicht wählbar ist:

1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Beübung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist,
2. wer infolge gerichtlicher Knordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.
- Wer als Arbeitgeber wählbar ist, kann die Wahl nur ablehnen, wenn er:
 1. das reichste Lebensjahr vollendet hat,
 2. mehr als vier minderjährige eheliche Kinder hat; Kinder, die ein anderer an Kindesstatt angenommen hat, werden dabei nicht mitgerechnet,
 3. durch Krankheit oder Gebrechen verhindert ist, das Amt ordnungsmäßig zu führen,
 4. mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft führt. Die Vormundschaft oder Pflegschaft aber mehrere Geschwister gilt nur als eine;

zwei Gegenparteiheiten stehen einer Vormundschaft, ein Ehrenamt der Reichsvertretung einer Gegenpartei gleich, 5. während der unmittelbaren vorhergehenden Wahlzeit das Amt mindestens zwei Jahre geführt hat.

Auf Grund des § 7 der Wahlordnung werden die Wahlberechtigten aufgefordert,

Wahlvorschläge

gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dieselben bis spätestens den 12. Oktober 1913 bei dem Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse einzureichen. Die Stimmabgabe ist an diese Wahlvorschläge gebunden.

Die Wahlvorschläge sind ungültig, wenn sie nach dem 12. Oktober 1913 eingereicht werden, oder wenn sie nicht mit den erforderlichen Unterschriften versehen, oder wenn die Bewerber nicht in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sind, es sei denn, daß die Mängel rechtzeitig beseitigt werden.

Die zugelassenen Wahlvorschläge werden eine Woche vor der Wahl veröffentlicht, nachdem etwaige Einträge, die sich bei der Prüfung der Wahlvorschläge ergeben, bis zum 18. Oktober 1913 beseitigt sind. Außerdem können die Wahlvorschläge nach ihrer Zulassung von den Wählern im Kassenlokal, Ideal-Passage 11/12 I, werktäglich in der Zeit von 8-9 Uhr und von 5-7 Uhr, Sonntags von 10-12 Uhr, eingesehen werden. Täglich können auch die Arbeitgeber- und Mitglieder-Verzeichnisse eingesehen werden. Etwaige Einträge gegen die Richtigkeit der sich aus diesen Verzeichnissen ergebenden Wahl- und Stimmberechtigungen sind bei Vermeidung des Ausschusses spätestens bis zum 12. Oktober 1913 unter Beifügung von Beweismitteln einzulegen.

Die Wahlvorschläge der Arbeitgeber müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten, welche mindestens 30 Stimmen haben, die der Versicherten von 30 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingereichten Wahlvorschlag gezählt und auf den übrigen Vorschlägen gestrichen. Sind mehrere Wahlvorschläge, die von demselben Wahlberechtigten unterzeichnet sind, gleichzeitig eingereicht, so gilt die Unterschrift auf demjenigen Wahlvorschlag, welchen der Unterzeichner binnen einer ihm gelegten Frist von höchstens 2 Tagen bestimmt. Unterläßt dies der Unterzeichner, so entscheidet das Los.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens dreimal so viel Bewerber benennen, als Vertreter zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer anzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt und nach Familien- und Vornamen (Namen), Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, oder, wenn sie freiwillige Mitglieder sind, die Mitgliedsnummer anzugeben. Mit den Wahlvorschlägen für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber nach § 17 der Reichsversicherungsordnung zur Ablehnung der Wahl befugt ist.

An jedem Wahlvorschlag ist ferner ein Vertreter des Wahlvorschlags und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen. Ist dies unterbleiben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlags und, soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als sein Stellvertreter. Der Wahlvorschlagsvertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorstand die zur Beilegung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Der Wahlauschuss ist befugt, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen.

Es empfiehlt sich daher, die Wahlberechtigung durch die Wählerkarte nachzuweisen, welche die Allgemeine Ortskrankenkasse allen Beteiligten auf ihren Antrag gegen Vorweis der Beitragszahlung für die Arbeitgeber und des Mitgliedsbuchs für die Versicherten ausfertigt.

Der Wähler erhält einen der Umschlag, die mit dem Stempel der Kasse versehen und im Wahlraum bereitgehalten sind, tritt jedoch an einen abgeordneten Tisch, wo er seinen Stimmzettel unbedeckt in den Umschlag legt und übergibt darauf den Umschlag unversehrt unter Kennung seines Namens dem Vorsitzenden oder dem von diesem bezeichneten anderen Mitglied des Wahlausschusses. Dieser läßt die Abgabe des Stimmzettels vermerken und wirft dann den Umschlag in die Wahlurne. Arbeitgeber mit mehrfachen Stimmrecht haben soviel Stimmzettel je in einem besonderen Umschlag abzugeben, als sie Stimmen haben und abgeben müssen; in diesem Falle ist die Zahl der abgegebenen Umschläge vorzunehmen.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, legen Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und dem Vorsitzenden des Wahlausschusses zu übergeben, dürfen sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Der Stimmzettel enthält die Namen derjenigen Bewerber, welchen der Wähler seine Stimme geben will. Er darf höchstens dreimal soviel Namen enthalten, als Vertreter zu wählen sind. An Stelle der Aufzählung der Namen genügt der Hinweis auf die Ordnungsnummer des Wahlvorschlags.

Der Wähler kann nur einen solchen Stimmzettel abgeben, der mit einem der zugelassenen Wahlvorschläge vollständig übereinstimmt.

Die Stimmzettel sollen von weicher Farbe und 8x10 cm groß sein. Stimmzettel, die von dieser Bestimmung abweichen, sind ungültig, wenn das Abweichen die Abfertigung der Stimmzettel unmöglich macht.

Stimmzettel, die mit keinem der zugelassenen Wahlvorschläge übereinstimmen oder deren Umschläge ein Vermerk haben, welches die Abfertigung der Stimmzettel unmöglich macht, oder die unrichtig sind, sind unzulässig. Dasselbe gilt von Stimmzetteln, die sich in einem nicht mit dem Stempel der Kasse versehenen Umschlag befinden. Ungültig ist ferner der Inhalt eines Stimmzettels, soweit er zweifelhaft ist. Befindet sich in einem Umschlag, der nur für einen Stimmzettel bestimmt ist, mehrere Zettel, so werden sie, wenn sie vollständig übereinstimmen, nur einfach gezählt, andernfalls als unzulässig angesehen.

Zur festgesetzten Stunde schließt der Wahlauschuss die Wahl. Nur die am Schluß der Wahlhandlung im Wahlraum anwesenden Wähler dürfen dann noch von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Nach Schluß der Wahl werden die Stimmzettel in der Urne durcheinander geschüttelt und vom Wahlausschusse die Zahl der Wähler, die abgestimmt haben, sowie die Zahl der in der Urne befindlichen Wahlumschläge festgestellt. Daraus werden die Wahlumschläge in einem veriegelten Behälter mit der Wählerliste und der Niederschrift über die Wahlhandlung dem Vorstand zur Bestätigung des Wahlergebnisses überreicht.

Neukölln, den 25. September 1913. 277,3

Der Kassenvorstand.

Fiedler, Vorsitzender. Zalsmann, Schriftführer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Kassierer: Arbeitsnachweis: Teleph.: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.

Sonntag, den 28. September, vormittags 9 1/2 Uhr: Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Mundschleifer

im großen Saale der Branerei Friedrichshain, am Friedrichshain 23.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen H. Bahn über: „Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften, ihre Tendenz und Taktik“.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten und Verschönerung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Wir erwarten, daß jeder Kollege am Abend um 9 Uhr ab werden am Eingang die Billets zum Sonntagabend am 15. November ausgegeben, es erhält jeder nur Billets für den eigenen Bedarf.

Ferner machen wir alle Mitglieder darauf aufmerksam, daß von der 41. Woche ab, also mit dem 5. Oktober beginnend, der Wochenbeitrag 90 Pf. beträgt. Dafür tritt vom gleichen Tage an eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um 2 M. und der Streik- und Gemahregeltenunterstützung um 1 M. pro Woche ein.

126/16

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Küchenmöbel-Tischler.

Montag, den 29. Septbr., abends 6 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht von der letzten Generalversammlung.
2. Branchenangelegenheiten.

Einseher.

Montag, den 29. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 3:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Ritzke über: „Die Volkfürsorge und die Schäden der Privatversicherung“.
2. Verhandlungsangelegenheiten, Wahl eines Schriftführers.

89/9

Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse der Weber u. verwandten Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung.

Durch Beschluß des königlichen Oberverwaltungsamts Groß-Berlin vom 30. August 1913 wird unsere Kasse am 31. Dezember 1913 geschlossen und gehören die Betriebe sowie die Mitglieder vom 1. Januar 1914 der Allgemeinen Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin an.

Wir bringen dies gemäß § 201 der R.-V.-D. zur öffentlichen Kenntnis und fordern alle Mitglieder auf, binnen drei Monaten nach der Bekanntmachung ihre Forderungen anzumelden. Die Befriedigung später einmündender Forderungen kann verweigert werden.

Die Wahlen zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse finden am 28. September d. J. statt und verweisen wir auf die Bekanntmachung der Allgemeinen Orts-Krankenkasse vom 23. August 1913.

Der Vorstand.

B. Weymann, H. Postler, Vorsitzender, Schriftführer.

In Freien Stunden

Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Bekanntmachung.

Auf Grund des zwischen der Gemeinde Berlin-Ober-Schöneide und uns bestehenden Gaslieferungsvertrages kündigen wir hiermit die Gaslieferungsbedingungen vom 1. Oktober 1908, unter denen wir unterzeichneten Gasabnehmern im Ortsteil Ostend in Ober-Schöneide Gas zu Leuchtzwecken, bezw. zum Betriebe von Gasmaschinen, zu gewerblichen Zwecken, zum Heizen und Kochen usw. liefern, zu dem Tage, an dem die Gasmesserschände im Laufe des Monats Dezember 1913 von unseren Beamten aufgenommen werden.

Wir werden von diesem Tage ab alles im Ortsteil Ostend in Ober-Schöneide geteilte Gas mit einem einheitlichen Preise von 18 Pfennig für das Kubikmeter, abzüglich 5 Proz. Rabatt, d. h. netto 12,35 Pf. berechnen.

Berlin, den 24. September 1913.

Gasauflast Oberpre. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. R. Rudolph.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

Ohne Anzahlung

Kaufes an jedermann Möbel auf Kredit bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung u. bequem. Abzahl. komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farb. Küchen Portieren, Gardinen, Leib- u. Bettwäsche, Steppdecken, Teppiche, Garderobe für Herren, Damen u. Kinder Pelze, Stolas, Muffen

S. DORN, Weinmeisterstr. 9, Ecke Alte Schönehauser Str.

Zigarrengeschäfte
 mache ich aufmerksam auf meine Kantabak-Spezialitäten:
Skandia-Skraa
 und
Solidaritäts-Tabak
Max Ziegenhals, Neue König-Straße 70
 (Königstadt: 3047).
 Sämtliche eingeführte Fabrikate in Zigaretten, Tabaken, Zigarren zu billigen Preisen.
 Brand, Dumortier, Gesellschaft, Komiker, Köchlicher, erstklassig, Borningstraße 9. 752* Weimert, Mariannenstraße 21. 7116

Proflavin
 mit Brut vernichtet radikal Rademachers Goldgeist, gen. gesch. Nr. 75198. Geruch- u. farblos. Beseitigt die Kopfhaut v. Schuppen, befreit d. Haarwuchs, verbät. Zuzug von Parasiten. - Wichtig für Schulkinder. Tausende v. Anerkennungen. Fl. à 0,50 u. 1,00 M. in Apotheken und Drogerien. Man weise Nachahmungen zurück u. achte genau auf d. Namen:
Goldgeist!
 Verkaufsstelle: Fritz Kratz, Berlin N. 39, Reinickendorfer Str. 119. Engrosniederlage: A. Neumann, W. 57, Potsdamer Str. 65.

Erstklassig!
„Unsere Marine“
2 Pfg. Cigarette
Georg A. Jasmatzi Akt. Ges. Dresden
Größte deutsche Cigarettenfabrik.
Schlager in Qualität!

Der Berliner Osthafen.

Die Stadt Berlin wird in Kürze am Stralauer Anger einen Hafen eröffnen, der schon längst zu einer dringenden Notwendigkeit geworden ist. Ueber die Errichtung des Hafens entnehmen wir einer zur Eröffnung herausgegebenen Denkschrift folgende Angaben:

Die Stadt Berlin verdankt ihre Entwicklung zu einem Hauptknotenpunkte des Weltverkehrs in erster Linie ihrer zentralen Lage in Mitteleuropa und ihrer vorzüglichen Eisenbahn- und Wasserstraßen-Verbindung mit den wichtigsten Handelsgebieten. Während aber die Bedeutung des Eisenbahn-Güterverkehrs allgemein gebührend geschätzt wird, ist die Bedeutung des Güterverkehrs auf den Berliner Wasserstraßen wenig bekannt, und doch hat er in bezug auf das Gewicht der beförderten Güter bis zum Jahre 1904 den Eisenbahn-Güterverkehr noch übertraffen.

Berlin ist einer der größten Binnenhafengebiete Deutschlands und wurde erst in der Neuzeit von Duisburg-Auhrort und Rannheim überflügelt. Es steht in direkter Wasser-Verbindung mit Hamburg durch die Untere Havel-Wasserstraße, mit Magdeburg durch den Havelkanal, mit Breslau durch die Spree-Ober-Wasserstraße und mit Stettin durch den Finowkanal und den demnächst fertiggestellten Grob-Schiffahrtsweg. Schon vor 500 Jahren schlug der Berliner Handel diese vier Hauptwege ein, wenn auch unter teilweiser Benutzung von Landstreden, die dann später durch den systematischen Ausbau der Wasserstraßen ausgeschaltet wurden.

Der große Güterverkehr auf den Berliner Wasserstraßen ist um so ersichtlicher, als hier irgendwelche modernen Hafenanlagen bisher nicht bestehen. Die Löss- und Ladeplätze sind vielmehr über das ganze Reichsbild gestreut, und die Einrichtungen für den Umschlag an den öffentlichen Ladestellen sind unzureichend und nicht zeitgemäß. Es war daher durchaus notwendig, daß Berlin den Bau zweier großer Umschlagshäfen, im Osten und im Nordwesten der Stadt, ins Auge faßte, die mit den modernsten Hilfsmitteln der Technik ausgerüstet werden sollten. Zunächst wurde der Osthafen zur Ausführung gebracht, wobei überaus schwierige und zeitraubende Verhandlungen mit den Staatsbehörden und den Nachbargemeinden zu führen waren, so daß seine Vollendung oft durch unerwartete Schwierigkeiten in Frage gestellt war.

Das Baugelände für den Osthafen liegt auf dem rechten Spreeufer zwischen der Oberbaumbrücke und der Ringbahnbrücke am Bahnhof Leptow und wird im Norden durch die Stralauer Allee und deren Verlängerung, die Straße Alt-Stralau, begrenzt. Es stellt einen Inselstreifen von rund 1300 Meter Länge und gerätet das gleichzeitige Laden und Löschen von 23 längsseitig am normalen Kai liegenden Osterschiffen größter Abmessung und von 12 am Biegeladepolge liegenden Finowkähnen. Das eigentliche Hafengelände zwischen der Stralauer Allee und der Kaiante umfaßt 80 729 Quadratmeter. Mit Rücksicht auf die hochwasserfreie Lage der Gebäudellinie und die Erleichterung des Löss- und Lade-geschäftes wurde die Höhenlage des Hafengeländes auf 2 Meter über dem ziemlich stetigen Wasserstande der Spree angenommen; nur der am Ostende des Hafens belagene Biegeladepolge liegt 66 Zentimeter tiefer, um dort das Löschen der Biegelkähne von Hand (auszarten) zu ermöglichen.

Die Abstützung des Hafengeländes gegen die Spree erfolgt durch eine senkrechte massive Kaimauer mit Granitverblendung. An den beiden Enden und in der Mitte ist je eine 1 Meter breite Treppe in diese Mauer eingebaut; außerdem sind auf der ganzen Kai-Länge in regelmäßigen Abständen Steigeleitern, Schiffsringe und Reibhölzer angeordnet.

Die Verteilung der Hochbauten und der Lagerplätze längs des Kais ist die folgende: In der Mitte des Hafens stehen das Verwaltungsgelände und das Arbeiterpfeischaus; an diese Gebäude reißen sich nach Osten und Westen je ein Lagergruppen für den Durchgangsverkehr von Kaufmannsgütern und je ein Freilagerplatz von derselben Größe an; es folgen dann am östlichen Ende der Kohlenlagerplatz und der Freilagerplatz für Ziegel und andere Baumaterialien und auf dem westlichen Ende die Benzinanlage und der Speicherblock; rechts und links vom Speicher sind noch Freilagerplätze vorgesehen, die später zur Erweiterung der Speichergruppe herangezogen werden können. Vor den Hochbauten und den Lagerplätzen mit Ausnahme des Biegeladeploges am Ostende des Hafengeländes führen an der Kaimauer zwei Gleise entlang, von denen das vordere als Verkehrs- und das hintere als Lade-gleis dient. Den Lagergruppen und den anschließenden Freilager-plätzen ist auch landsseitig ein gleiches Gleispaar vorgelagert. Hinter den Lagergebäuden und den Lagerplätzen zieht sich eine Verkehrsstraße durch das ganze Hafengelände hindurch, welche drei Ausfahrten nach der Stralauer Allee besitzt: Tor 1 an der Oberbaumbrücke, Tor 2 gegenüber der Caprivistraße und Tor 3 am Ostende gegenüber dem Marxgrafendamm. Die Breite dieser Straße ist so bemessen, daß abgesehen von einem 2 Meter breiten Fußsteig mindestens zwei Fuhrwerke an einem haltenden vorbeifahren können. Von dieser Verkehrsstraße aus führen neben und zwischen den Gebäuden Stichstraßen bis zur Kaimauer.

Der Speicherblock besteht aus drei feuerfesten, gegeneinander abgeschlossenen Einzellagern, von denen der mittlere zur Getreidelagerung bestimmt ist, während die beiden seitlichen Abteilungen Stückgüter zur längeren Lagerung aufnehmen sollen. Die Gesamtlänge der Anlage beträgt rund 108 Meter bei einer mittleren Breite von rund 27,5 Meter; sie enthält acht Stodwerke, und zwar ein Keller-, ein Erd-, fünf Ober- und ein Dachgeschloß.

Zur Einspeicherung von losem Getreide ist der Getreidespeicher mit zwei Elevatoren von je 30 Tonnen Stundenleistung ausgerüstet; diese Anlage ist so ausgebaut, daß gleichzeitig zwei Rähne und ein Eisenbahnwagen entladen, ein Wagen beladen und außerdem eine Umspeicherung des Getreides im Gebäude vorgenommen werden kann. Die mechanische Einrichtung der Getreideförderanlage ist in einem Maschinenhaus untergebracht, welches vom Mittelbau durch zwei Brandmauern abgeteilt ist. Die Zuführung des Getreides aus den Schiffselevatoren und den Eisenbahnwagen zu den im Maschinenhaus untergebrachten Förderanlagen erfolgt auf Trans-portbändern, die in einem vom Kellergeschloß bis zur Kaimauer reichenden Tunnel angeordnet sind. Aus dem Kellergeschloß wird das Getreide nach Fallriemen der Empfangswage und der Reinigungs-maschine durch Innenellevatoren auf die im Dachgeschloß untergebrachten Transportbänder gehoben und von diesen durch Fallrohre in die einzelnen Innenräume geleitet. Sämtliche Obergeschosse des Mittelbauers sind zur Lagerung eingerichtet und können durch beschbare Mischwände in Einzelabteilungen von 25 bis 125 Quadratmeter Grundfläche unterteilt werden.

Bei der Auspeicherung wird das lose Getreide durch das Rohr-system den unter der Decke des Erdgeschosses angebrachten Trans-portbändern zugeführt, von diesen in den Maschinenraum befördert und hier durch Innenellevatoren in die Verschiffungswage gehoben. Nach dem Verwiegen gelangt es durch eine besondere Rohrleitung auf das im Eisengerüst der Schiffselevatoren untergebrachte Band und fällt alsdann durch ein Schiffsabdeckrohr in den Kahn.

Das Abfüllen des Getreides in Säcke kann in allen Räumen erfolgen; vorzugsweise dient dazu das Erdgeschloß, in welchem fahr-bare Abfuhrwagen zur Entnahme des Getreides aus den Fallrohren aufgestellt sind. Zur Uebergabe des Sackgetreides in Eisenbahn-wagen ist dem Erdgeschloß wasserseitig eine durchgehende Ladebühne vorgelagert; zum Verladen auf Landfuhrwerk ist vor dem land-seitigen Ausgang des Erdgeschosses eine 9 Meter lange Bühne an-geordnet. Das Ausladen von Säcken aus den Obergeschossen erfolgt mittels einer Luftwinde, welche die Säcke auf die Ladebühne an der Landseite absetzt. Außerdem ist in das Treppenhäus ein Fahr-stuß eingebaut, welcher sämtliche Geschosse bedient.

Die beiden Lagergruppen sind völlig gleichartig ausgebildet. Sie besitzen eine Länge von rund 123 Meter und eine Breite von rund 21 Meter und sind dreigeschloßig mit einem Keller-, einem Erd- und einem Obergeschloß ausgebaut. Rings um das Erdgeschloß läuft eine Ladebühne, deren Breite an der Wasserseite 2,50 Meter und vor den übrigen Fronten 1,50 Meter beträgt. Decken und Stützen sind ebenso wie beim Speicher ausgebildet; das Dach wurde in Eisen ausgeführt.

Die Aufnahmefähigkeit jedes Schuppens beträgt 5700 Tonnen.

Die Benzinanlage dient zur feuergefährlichen Lagerung von einer Million Liter Benzin oder anderen feuergefährlichen Flüssigkeiten in einer Anzahl von Tanks zur Einzelvermischung. Wenn auch die explosionsfähige Lagerung größerer Mengen von feuer-gefährlichen Flüssigkeiten innerhalb bewohnter Stadtgebiete an und für sich nichts Neues ist, so ist doch diese Anlage in ihrer Art der Einzelvermischung und in der Größe ihres Fassungsvermögens be-merkenswert. Das gewählte System zur Verhütung der Explosions-gefahr ist schon jahrelang erprobt und bietet jede Gewähr für die Gefahrlöslichkeit. Es besteht darin, daß sich das Benzin in unter-irdisch gelagerten Behältern stets unter dem Druck nichtoxydieren-der Gase befindet, wodurch mangels des gefährbringenden Sauer-stoffs der Luft die Entzündung von explosiblen Gasgemischen ver-hindert wird. Gleichzeitig dienen diese Schutzgase dazu, die feuer-gefährliche Flüssigkeit ohne Bumpen und andere Vorrichtungen selbst-ständig in den Zapfstellen zuzuführen.

Für die Aufnahme des Benzins sind 36 Einzelbehälter von 20 000 bis 60 000 Liter Fassungsvermögen vorgesehen. Sie liegen mit ihrer Oberkante 1 Meter unter Terrain im Erdboden und ruhen fest darauf auf einer durchgehenden Betonsohle, die von Beton-mauern eingefast ist. Diese bis zum Terrain ausgeführten Mauern bilden zusammen mit der Sohle einen Trog von 21 Meter Breite und 61 Meter Länge. Der Hof über den Behältertrog ist gepflastert und umfriedigt; in den Schmalseiten der Umfriedung sind je zwei Tore eingebaut.

Die Füllung der Behälter geschieht in der Hauptsache aus Eisenbahnzisternenwagen, welche auf der Nordseite des Platzes auf einem besonders umfriedigten Gleise zugeführt werden; die 60 000 Liter-Behälter sind außerdem zur Füllung aus Tankschiffen ein-gerichtet.

Zur Entnahme des Benzins aus den unterirdischen Behältern sind inmitten des Lagerhofes und an der Umfriedung überdachte Aufbauten errichtet, die die Zapfvorrichtung in verschließbaren eisernen Schränken aufnehmen. Alle Zapfstellen besitzen in Höhe der Rollwagen eine Laderampe, auf der die Fässer gefüllt und ver-mogen werden. Neben dem Benzinspeicherhof ist in Verbindung mit dem Wiegehaus der Fuhrwerkswage das Maschinenhaus errichtet, welches die Gaszerzeugungsanlage aufnimmt.

Am Kohlenlagerplatz ist eine besondere Kohlenlöschvorrichtung mit 70 Tonnen Stundenleistung für den Umschlag von Kohle vom Schiff zur Eisenbahn oder zum Lagerplatz aufgestellt. Sie besteht aus einem fahrbaren portallartigen Gerüst mit eingebauten Dun-klern, welches die beiden Kagleise überspannt, und trägt oben einen fahrbaren Drehkran mit Greifereibetrieb. Für die Verschiebung der Eisenbahnwagen unter den Dunklern ist eine Rangiergleiseinrichtung vorgesehen, deren Antriebsstation unter dem Wiegehaus der Eisen-bahnwage untergebracht ist.

Für das Löschen von Ziegeln, Stückgut und Raffengütern ist auf dem Biegeladepolge eine fahrbare Ladebrücke mit einer innen laufenden Kabe errichtet. Die Spannweite der Brücke beträgt 28,9 Meter und ihre beiderseitige Ausladung je 17 Meter; die Trag-fähigkeit ist 7 Tonnen groß.

Außer diesen Hebezeugen sind noch vor den übrigen Freilade-plätzen vier fahrbare Vollportalkrane aufgestellt worden.

Sämtliche Umschlageneinrichtungen werden elektrisch angetrieben. Der Kraftstrom wird in einer eigenen Zentrale erzeugt, welche auch gleichzeitig den Strom für die Beleuchtung liefert. Dieses Kraft-werk hat an dem breiten Ostende des Hafens, und zwar an der Straßenseite, seinen Platz gefunden. Es enthält in einer großen Maschinenhalle die Dieselmotoranlage mit der Gesamtleistung von 875 PS, die Räume für die Akkumulatorenbatterien, welche die Schwankungen der Energieentnahme zum Ausgleich bringen sollen, die Werkstätten und andere Nebenräume. Außerdem befindet sich in dem östlichen Anbau noch eine Ausfahrt nach der Straße Alt-Stralau.

Die ungenügende Gestaltung des Hafengeländes macht sich be-sonders bei der Anlage des Hafensbahnhoofs geltend und bedingt einige Betriebsschwierigkeiten. Die beiden Uebergabegleise, das Durch-laufgleis und das Ausziehgleis sind längs der Abfuhrmauer des Hafens nach der Stralauer Allee untergebracht, während die Rangiergleisgruppe an das Ostende des Hafens verschoben werden mußte. Die Verbindung der Uebergabegleise mit den Bedienungsgleisen wurde durch zwei in der Mitte des Hafens sich kreuzende Weichenstraßen erzielt. Das Anschlaggleis des Hafensbahnhoofs mit den Gütergleisen der Ringbahn wird in einer offenen Kampe auf dem Hafengelände um ca. 5 Meter geneigt, unterfährt dann in einem Tunnel, der 4,65 Meter in das Grundwasser einragt, die Straße Alt-Stralau und den Bahnkörper der Ringbahn und steigt an der östlichen Böschung des Damms zu der Schienenhöhe der Gütergleise empor; es überschreitet dann die Gleise der Schleifisen und Ostbahn und läuft neben den Gütergleisen entlang, bis es an der nordöstlich von der Station Stralau-Nummelsburg belegenen Gabelung der Ringbahngleise in diese einmündet. Die Gesamt-länge des Anschlaggleises beträgt ca. 1,5 Kilometer.

Das Einbringen und Abholen der Hafenzüge erfolgt durch Staatsbahnlokomotiven, während das Ordnen der Züge und sämt-liche Rangierbewegungen von zwei Hafenslokomotiven besorgt wer-den. Der Schuppen und der Kohlenbanen für diese beiden Loko-motiven befindet sich am Ostende des Hafens hinter der Rangier-gleisgruppe.

Für den Rangierdienst auf dem Hafensbahnhoof sind drei Stell-werke vorgesehen.

Im gegenwärtigen Ausbau vermag der Hafen 37 180 Tonnen Getreide und Stückgut in geschlossenen Räumen aufzunehmen und besitzt im ganzen ca. 13 000 Quadratmeter an Freilagerplätzen; da-zu kommt noch die Benzinanlage mit einem Fassungsvermögen von einer Million Liter.

Die reinen Baukosten für den Hafen betragen rund 8 950 000 Mark, wovon allein 1 500 000 Mark auf das Anschlaggleis mit seinen Bauten entfallen; berücksichtigt man noch die Kosten für den Grund-erwerb und Bodenwert des von der Stadt eingebrachten Geländes in Höhe von rund 8 350 000 Mark, so ergibt sich für den Osthafen die Gesamtsumme von 17,3 Millionen Mark.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Im 3. Kreis hat das Marinehaus, Brandenburgischer Ufer 1, den Besitzer gewechselt. Die jetzigen Inhaber Gebr. Krause haben sich der Marinehaus-Gesellschaft gegenüber verpflichtet, keine öffentlichen sozialdemokratischen Versammlungen in ihren Räumen stattfinden zu lassen. Wir ersuchen deshalb, das Marinehaus von der Lokalliste zu streichen; es gilt für die organisierte Arbeiterschaft als gesperrt.

In Schmargendorf T.-B. übernimmt am 1. Oktober der jetzige Inhaber Fischer vom Schützenhaus das Restaurant Linden-baum, Spandauer Straße 40. Herr Fischer hat der Lokalkommission erklärt, daß er das Lokal Lindenbaum nicht zur Verfügung stellt. Das Lokal Lindenbaum, Spandauer Straße 40, ist vom 1. Oktober ab von der Lokalliste zu streichen und als gesperrt zu betrachten. Die Lokalkommission.

Kreis Niederbarnim.

Sonntag, den 28. September, findet im Café Bellevue am Bahnhof Stralau-Nummelsburg eine

Kreis-Generalversammlung

statt. Dieselbe wird pünktlich 10 Uhr eröffnet.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Jenaer Parteitag. 2. Neu-regelung der Landagitation. 3. Kreisangelegenheiten.

Zur Teilnahme verpflichtet sind außer den gewählten Delegierten die Abgeordneten, der Vorstand, die Bezirksleiter, sowie die Mitglieder des Gemeindevertreter-Ausschusses. Gäste haben gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches Zutritt.

Der Kreisvorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

hatte gestern über ein paar sehr wichtige Angelegenheiten zu beschließen. Der Magistratsantrag auf Errichtung einer Fleischgroßmarkthalle an der Landsberger Allee in der Nachbarschaft des Vieh- und Schlachthofes fand all-seitige Zustimmung und wurde ohne Ausschussberatung an-genommen. Unser Genosse Hinkel trug nur noch einige Wünsche bezüglich einer reichlicheren Bemessung der Stände vor. Zum Schluß sprach er die Erwartung aus, daß man die weitere Bearbeitung des Projektes und die Ausführung der Bauten möglichst beschleunigen werde. Das sei notwendig im Interesse des Fleischgroßmarktes, aber auch mit Rücksicht auf die wünschenswerte Mehrung der Arbeits-gelegenheit. — Eine andere Magistratsvorlage betraf die weitere Regelung des Verhältnisses der Stadtgemeinde zum Zentralverein für Arbeitsnachweis, auf dessen Leitung den Gemeindebehörden künftig ein stärkerer Einfluß zustehen wird. Der Magistrat schlägt vor, bei der Ge-werbe-Deputation eine besondere Abteilung als Verwaltungsstelle für den Arbeitsnachweis zu schaffen. Genosse Ritter betonte, daß die sozialdemokratische Fraktion kom-munale Arbeitsnachweise fordert. Aber auf dem Wege zur Kommunalisierung des Arbeitsnachweises sei die vom Magistrat geplante Verwaltungsstelle immerhin ein weiterer Schritt, dem man zustimmen könne. Die Vorlage wurde auf Antrag des Stadtv. Sonnenfeld, der noch einige Be-denken hatte, einem Ausschuss überwiesen. — Ueber die Einsprüche gegen die Gemeindevählerliste wurde ohne Debatte nach den Vorschlägen des Ausschusses beschlossen. 490 Wähler wurden hiernach die geforderte n a c h t r ä g l i c h e A u f n a h m e zugebilligt.

Eröffnung der Autobus-Verbindung mit Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Eine Automobil-Verbindung erhält Lichtenberg-Friedrichs-felde am Sonnabend, den 27. September dadurch, daß die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft ihre Autolinie 9 vom Alexanderplatz durch die Kaiser-, die Große Frankfurter Straße, über den Strausberger Platz, die Frankfurter Allee, den Komtureiplatz, die Frankfurter Allee, die Frankfurter Chaussee bis zum Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde ver-längert. Zu den jetzigen Zeitstrahlen zu 10 Pf. kommen fünf neue. Unter den Linden Ecke Friedrichstraße—Strausberger Platz, Schloßplatz—Komtureiplatz, Rathaus, Ecke Königstraße und Spandauer Straße—Frankfurter Allee, Ecke Proskauer Straße, Alexanderplatz—Frankfurter Allee, Ecke Verbindungs-weg und Strausberger Platz—Bahnhof Lichtenberg-Friedrichs-felde. Die Wagen verkehren vom Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde werktags von 5,30 früh bis 12,02 nachts, Sonntags von 6,00 bis 12,56. Von Moabit gehen sie zu denselben Zeiten. Sie folgen sich in Abständen von 5 bis 7 Minuten. Es entsteht so eine durchgehende Verbindung von Moabit-Stephanplatz durch die Turmstraße, über den Lehrter Bahnhof, den Reichstag, Unter den Linden, den Schloßplatz, den Alexanderplatz, den Strausberger Platz, den Komtureiplatz, zum Ringbahnhof Frankfurter Allee und zum Bahnhof Lichten-berg-Friedrichsfelde.

Ein ernstes Wort an die Arbeiterkern!

Wieder wollen wir uns heute an die Arbeiterkern wenden, deren Töchter die Absicht haben, Stellung in häuslichen Diensten anzunehmen oder bereits als Hausangestellte beschäftigt sind, und sie bitten, diese Familienangehörigen auf den Verband der Haus-angestellten aufmerksam zu machen. Wie bei der Gewinnung der als Heimarbeiterinnen beschäftigten weiblichen Personen für die ge-werkschaftliche Organisation die Mithilfe der organisierten Arbeiter erforderlich ist, so können auch die als häusliche Dienstboten be-schäftigten Arbeiterkern-Töchter für die Arbeiterbewegung nur gewonnen werden, wenn die Familie hilfreiche Hand leistet. Für keinen Ver-erf aber ist die Organisation von größerer Wichtigkeit als für diesen.

Die jungen Dienstmädchen verlassen beim Antritt der Stellung nicht allein das Elternhaus, sondern oftmals auch die Heimat und stehen nun als unerfahrene junge Menschen allein inner ganz-lich fremden Verhältnissen gegenüber. Es sind ihnen nicht nur die Lebensgewohnheiten der Familien unbekannt, bei denen sie Stellung finden, sondern auch die Ortsverhältnisse und Gebräuche. Zwar soll die Aufnahme in die Familie des Arbeitgebers die daraus ent-stehenden Schwierigkeiten beseitigen. Die Erfahrung lehrt aber zur Genüge, daß dies nicht der Fall ist. In den letzten Wochen ist wiederholt berichtet worden, wie manche Dienstgeber ihre Stellung den Mädchen gegenüber aufwiegen.

Es trifft nicht zu, daß die Mädchen in häuslichen Diensten gut daran sind und durch das Zusammenleben mit der Herrschaft be-sseren als geübte Arbeiterinnen. Das Gegenteil ist der Fall. Sie sind während der Dauer des Arbeitsverhältnisses gänzlich dem Wohlwollen oder den Launen der Herrschaft preisgegeben, die sich sogar lässlich an ihnen vergreifen können. Zwar hebt das bürgerliche Gesetzbuch das Züchtigungsrecht der Herrschaft formell auf, in der Praxis besteht es aber dennoch, weil nach der Gefindeordnung die Mädchen sich nicht wehren dürfen, wenn jene sich Uebergreife erlauben. Tun sie es oder verlassen sie den Dienst, dann haben die Herr-schaften noch immer die Möglichkeit, durch schlechte Zeugnisse das Fortkommen der Mädchen zu erschweren.

Wachung verdient hierbei, daß das Kost- und Logispesen den sofortigen Stellenwechsel selbst da, wo er berechtigt ist, erheblich erschwert.

Wie viele Mädchen haben nicht schon aus diesen Gründen in Verzweiflung unüberlegte Schritte begangen.

Dabei ist die Arbeit der Hausangestellten schwer und der Arbeits-tag unbegrenzt. Kost und Behandlung stehen oftmals in keinem Ver-

Hälmis zur Arbeitsleistung. Das die Schlafgelegenheiten miserabel und gesundheitsgefährlich sind, ist viel zu bekannt, um durch Beispiele noch besonders bewiesen zu werden.

Wie jetzt aber stehen die Arbeiterkassen diesen Dingen noch immer ziemlich gleichgültig gegenüber, sonst müßten sie weit mehr, als es geschieht, schon die jungen Mädchen, die neu in Stellung treten, auf die für Hausangestellte bestehende Organisation aufmerksam machen, die diesen den Schutz bietet, den die Familie den fern von ihr beschäftigten Familienmitgliedern nicht gewähren kann.

Der Hausangestelltenverband gewährt seinen Mitgliedern Rechtsschutz in Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, die in ihrer unmittelbaren Wirkung für die Mädchen größere Schädigung bedeuten, als die Mehrzahl der gewerblichen Streitigkeiten den Arbeitern und Arbeiterinnen bringt und versucht überall, die Schäden der privaten, gewerkschaftlichen Stellenvermittlung zu beseitigen. Er unterstützt die Mitglieder in Krankheitsfällen und bietet ihnen Gelegenheit zu geselligen Zusammenkünften mit Kolleginnen. Dabei ist der Verband bestrebt, durch beherrschende Vorträge die Mitglieder geistig zu heben und in ihnen Verständnis für die Bestrebungen der organisierten Arbeiterkassen zu erwecken. Hierdurch wird sicher erreicht werden, daß die Hausangestellten als spätere Arbeiterinnen und Mütter die Pflichten erfüllen können, die Vorbedingung sind für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse.

Schon allein aus diesem Grunde hat die Arbeiterkassen ganz allgemein ein Interesse an der Förderung der Bestrebungen des Verbandes. Die Eltern von Hausangestellten aber besonders aus den geschilderten Verhältnissen heraus. Mögen sie deshalb ihre Töchter und Bekannten auf die Organisation der Hausangestellten aufmerksam machen und sie veranlassen, Mitglieder zu werden. Der Verband hat in der kurzen Zeit seines Bestehens wiederholt bewiesen, daß den Hausangestellten aus der Mitgliedschaft nur Vorteile entfließen.

Die Adresse der Zentralstelle ist: Zentralverband der Hausangestellten, Berlin SO. 10, Engelauer 21 III. Vorstandsmitglied: Frau Luise Käbler.

Die verschwundene Wirtschaftlerin.

Die Wirtschaftlerin Gertrud Galle ist, wie von uns wiederholt berichtet wurde, seit dem 29. Juli d. J. aus dem Erholungsheim vom Roten Kreuz in Schönholz verschwunden. Sie ist zuletzt in Reinickendorf in Begleitung des in Haft befindlichen Heiratsschwindlers, Formers Hermann Henk, gesehen worden. Die Behörden nehmen an, daß Henk die Galle ermordet hat, um sich in den Besitz ihres Sparkastens zu setzen. Die Nachforschungen nach der Leiche der Galle sind bis jetzt erfolglos geblieben. Einige Zeugen wollen den Henk mit der Galle bei Fürstentwalle und Trebus gesehen haben. Es wurde deshalb ein Kommando von Berliner Kriminalbeamten unter Leitung eines Kommissars in jene Gegend entsandt. Die Ermittlungen der Beamten verstärkten den Verdacht, daß Henk die Galle in jene ihm genau bekannte Gegend verschleppt hat. Der Regierungspräsident zu Frankfurt a. O. hat jetzt eine Belohnung von 1000 M. für Personen aus dem Publikum ausgesetzt, die Angaben machen können, die zur Ermittlung der Galle bzw. ihrer Leiche führen würden. Die Gesuchte ist 1,65 Meter groß, hat volles schwarzes Haar, längliches, zuletzt stark gebräuntes Gesicht, dunkle Augen und einige künstliche Zähne. Sie trug zuletzt blaues Kostüm, gelben, runden Strohhut in Glockenform mit schwarzem Bande, schwarze Schnürstiefel mit Lackspitzen, Wäsche G. W. gezeichnet und führte einen schwarzen Schirm und eine schwarze Handtasche mit sich.

Schuttpatron der Gelben.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ ist sehr erboft über uns. Wir sind ihren Schützlingen — den Gelben — zu nahe getreten und zwar durch die Blaudeckel. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Das Scharfmacherorgan wütet über uns in folgender ergötzlicher Weise:

„Diese Blaudeckel, die also gewiß in Hunderttausenden von Arbeiterfamilien gelesen und zum Ausgangspunkt nachhaltiger Erwägungen gemacht wird, enthält gleich zu e i g e n e m und dabei in sich verlorene Angriffe, einen gegen die Gesamtheit der wohlhabenden Kreise, den ander gegen die verhassten „Gelben“!

Da wird erzählt, wie ein kleiner Arbeiterjunge an einem Steinwall steht, auf dem er eine Kuhhale schwimmen läßt. Der bekannte, gut gekleidete Bürgerjohn, natürlich ein Landsmann von Nichtswichtigkeit, geht in Begleitung seiner Gouvernante vorüber und hat nichts Besseres zu tun, als dem armen Arbeiterkinde einen heftigen Stoß zu bereiten, so daß diesem sein einziges, geliebtes Spielzeug (der „Vorwärts“ schreibt rührend, „das Arbeiterkind muß sich mit dem beschelnden, was andere verächtlich fortwerfen, — mit „Steinwallstein“) auf Rimmerwiedersehen entgleitet. Der gestohlene Junge aber, den das Mutterhörnchen auch noch ansieht, wehrt sich nicht, wird werden bald sehen, warum, sondern schleicht weinend fort. Soweit der erste Teil der Geschichte, die sich als tatsächliche Beobachtung gibt, in jedem Wort aber eine faulstidige Lüge enthält. Höchstwahrscheinlich wird nämlich der wohlhabende Junge mit Reid auf den kleinen Kerl gesehen haben, der da ungestraft im Steinwallwasser umherplätschen kann; er wird sich aber sehr geachtet haben, den strammem Arbeiterjungen anzugreifen, und wenn er es getan hätte, so wäre ihm das Kind der Strahe die Antwort sicherlich nicht schuldig geblieben. Aber mit diesem letzten Punkt ist es eben, so will es die Steinwallstein des „Vorwärts“, eine besondere Bewandnis. Im weiteren Verlauf dieser schänen Geschichte wird uns nämlich erzählt, daß der feige und weinerliche Bursche — natürlich! — der Sohn eines „gelben“ Arbeiters, eines Werkvereiners, sei und schon darum keine Spur proletarischen Selbstbewusstseins in sich trage. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Ein anderer Bengel wird uns vor Augen gestellt, der Sohn eines rüchigen, d. h. freigewerkschaftlich organisierten Arbeiters, der — wiederum natürlich! — über den gepupsten Bourgeoisnaben herfällt und ihn windelweich knipst!!

Das ist die Kultur, das ist die Erziehungsarbeit der roten Presse! Man sage nicht, daß es sich um eine Kleinigkeit handele; diese abgefeimte Art „volkstümlicher“ Agitation ist wahrscheinlich wirksamer und gefährlicher als manche große Versammlungsrede!

Wir quittieren dankend für diesen Buterguß; zeigt er doch, wie sehr unsere Würdigung der Schützlinge der Arbeitgeber — der Gelben — das Nützliche getroffen hat.

Die westlichen Untergrundbahnen, Wittenbergplatz—Wilmerdorf—Dahlemer und Wittenbergplatz—Kurfürstendamm—Ullandsbrücke, werden, wie jetzt endgültig feststeht, am Sonntag, den 12. Oktober, dem öffentlichen Verkehr übergeben werden; einige Tage zuvor findet die landespolizeiliche Abnahme der beiden Schnellbahnen statt.

Ein großes Omnibuskraftwagendepot hat die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft in Weihensee, Belforter Straße, erbauen lassen; dasselbe wird am heutigen Freitag dem Betriebe übergeben werden. Eine der Autobuslinien, deren Genehmigung die Gesellschaft beim Polizeipräsidenten beantragt hat, wird ihren Ausgang von Weihensee nehmen.

Dachstuhlbrand in der Rosenstraße.

Gestern nachmittags kurz vor 5 Uhr kam in der Rosenstraße 5/6 ein größerer Dachstuhlbrand zum Ausbruch. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als dicke Rauchwolken aus dem Dachstuhl des Wohnhauses hervordrang. Die Feuerwehr wurde von zwei Seiten aus alarmiert und eilte mit den Löschzügen 5 und 17 zu Hilfe. Der

Dachstuhlbrand erfolgte mit zwei Kaminen, die an eine Dampfspritze angeschlossen waren. Die Sappeure drangen zum Teil über eine mechanische Leiter, zum Teil über die Treppen zum Brandherd vor. Bei der starken Verqualmung war ein wirksamer Angriff aber erst möglich, nachdem zwei Rauchschuttsapparate in Benutzung genommen worden waren. Nach einündiger Löscharbeit war die Gefahr beseitigt. Der Dachstuhl ist zu einem erheblichen Teil mit den Bodenräumen vernichtet worden. Ueber die Ursache des Feuers konnte nichts ermittelt werden.

Die Deputation für das Hoch- und Fortbildungsschulwesen hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, daß Pflichtfortbildungsschüler, welche von ihrem Arbeitgeber Urlaub erhalten, während der Dauer des Urlaubs vom Schulbesuch befreit werden; doch sollen die Arbeitgeber ersucht werden, den Urlaub so weit wie möglich in die Ferien der Schule zu verlegen.

Verlegung eines Standesamtes. Das Standesamt XIII B wird am 30. d. Mts. von Willdenowstr. 21 nach Plantagenstr. 15—19 verlegt. An diesem Tage ist das Amt nur zur Anmeldung von Sterbefällen geöffnet, und zwar von 9—10 Uhr in der Willdenowstr. und von 1—2 Uhr in der Plantagenstraße.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch wurde zunächst eine Mitteilung des Magistrats zur Kenntnis genommen, daß die Einführung des neugewählten Oberbürgermeisters Dr. Scholz am 15. Oktober erfolgen wird. Die Vereinigung der Wohltätigkeitsvereine erhielt in diesem Jahre zur Unterhaltung einer Schreibstube für Stellenlose einen Beitrag von 2000 Mark. Der geringe Eingang von Aufträgen gab Veranlassung, solche zu niedrigeren Preisen anzunehmen, als dies früher der Fall war. Die den Stellenlosen gewährten Löhne wurden nicht vergrößert. Hierdurch ist der für dieses Jahr gezahlte Zuschuß bereits aufgebraucht. Es wurden daher 1500 M. aus dem Dispositionsfonds nachbewilligt. Jedoch wird der Vereinigung die Pflicht auferlegt, daß Aufträge nicht zu niedrigeren Preisen als ortsüblich angenommen werden.

Zwei Vorlagen des Magistrats, die Regulierung des Kommunalbannes betreffend, wurden von der Stadtverordnetenversammlung genehmigt. Durch Gemeindefestsetzung vom 21. Mai/25. Juni 1913 ist dem Barentwurf für Erweiterung der Volksbadanstalt Krumme Str. 10, zugestimmt worden. Es war in Aussicht genommen, den Barentwurf so bald als möglich fertig zu stellen und mit dem Bau am 1. April 1914 zu beginnen. Dies hätte zur Vorauszahlung gehabt, daß die in Frage kommenden Grundstücke zum 1. Januar 1914 bereitgestellt wären, um bis zum 1. April 1914 den Abbruch der alten Gebäude vornehmen zu können. Eine Anzahl Mieter des Hauses Krumme Str. 7 weigert sich aber, trotz angebotener Entschädigung, am 1. Januar 1914 auszugleichen. In Entschädigungen wären für den Fall der Räumung der Häuser Krumme Str. 6, 8a, 8 und 9 zum 1. Januar 1914 und des Hauses Krumme Str. 7 zum 1. April 1914 insgesamt 30 518 M. zu zahlen. Alle Verträge, die Mieter zur Herabsetzung ihrer Forderungen zu bewegen, sind gescheitert. Der Magistrat hält es deshalb für zweckmäßig, die Räumung der Häuser erst zum 1. Juli 1914 vorzunehmen. Der Bau wird dadurch um ein halbes Jahr hinausgeschoben, seine Fertigstellung also nicht schon zum 1. April 1916, sondern mit Sicherheit erst zum 1. Oktober 1916 zu erwarten sein. Die Vorlage des Magistrats wurde einem Ausschuss von 11 Mitgliedern überwiesen, in den die sozialdemokratische Fraktion die Genossen Bogel und Bill delegiert. Die Staatsüberreitungen bei der Stadthauptkasse für das Rechnungsjahr 1912 von 451 493,79 M. werden ohne Debatte genehmigt. In Höhe von 328 159,98 M. haben die Ueberreitungen nur formelle Bedeutung, indem ihnen gleich hohe oder höhere Einnahmen gegenüberstehen oder durch sie bei anderen Etatsnummern entsprechende Ersparnisse erzielt worden sind. Wirkliche Ueberreitungen sind nur in Höhe von 123 309,81 M. vorgekommen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden in nichtöffentlicher Sitzung erledigt.

Schöneberg.

Freie Elternvereinigung Schöneberg. Im Monat Oktober finden folgende Veranstaltungen statt: 5. Museumsbesuch, 6. Versammlung, 12. Abteilen, nachdem Elternabend im kleinen Saal des „Schwarzen Adlers“, 26. Wanderung. Näheres an den regelmäßigen Spielabenden in den „Neuen Rathhäusern“ jeden Montag und Freitag von 1/2 bis 8 1/4 Uhr.

Automobilunfall. Von einem schweren Unfall wurde gestern Mittag der in der Barbarossastraße 35 zu Schöneberg wohnhafte Stadtrat Bergmann betroffen. Er wollte mit seinem Kraftfahrzeug einen Straßenbahnwagen überholen, geriet dabei aber zu weit auf die linke Seite der Hofbahn. In diesem Augenblick kam ein Möbelwagen heran, dessen Kutscher das schwere Gefährt nicht mehr zu bremsen vermochte. Der Kraftwagen fuhr in die Pferde hinein und das leichte Automobil wurde von der Deichsel des Transportwagens umgeworfen. Stadtrat Bergmann wurde von seinem Sitz geschleudert und schlug mit dem Kopf gegen die Bordwand, wobei er sich eine schwere Kopfverletzung und Gehirnerschütterung zuzog. Der Verunglückte trug außerdem noch erhebliche Verletzungen an beiden Beinen und Armen davon. Der Verunglückte fand auf der nahen Unfallstation die erste Hilfe und wurde, da sein Zustand nicht ungefährlich war, in das Schöneberger Krankenhaus übergeführt.

Neukölln.

Am Sonntag, den 28. September, findet eine Spielpartie nach dem Plänterwald statt. Treffpunkt: Willdenowplatz am Eisenweg um 8 Uhr früh. Gleichzeitig machen wir auf die erste Märchenaufführung am Sonntag, den 5. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von Vartisch, Hermannstr. 40, aufmerksam.

Britz.

Krankenkassenwahlen. In den Wahlen für den Ausschuss der Britzer Ortskrankenkasse werden die Vertrauensleute der Betriebe, welche bei obiger Kasse versichert sind, aufgefordert, geeignete Personen in Vorschlag zu bringen.

Die Adressen derselben sind umgehend an A. Hendrichs, Neukölln, Thomasstr. 26, einzusenden.

Wilmerdorf.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Am 24. September dieses Jahres hatte sich unsere Stadtverordnetenversammlung einmal in sozialpolitische Positur geworfen. Was dabei herausgekommen ist, möge der geneigte Leser aus nachfolgendem ersehen.

Um die so brennende Frage der Krankenhausregelung etwas zu lindern, war ein „Sonderausschuss“ für die Errichtung von Krankenaufnahmestationen“ eingesetzt worden, der nun seinen Bericht gab. Danach sind Abkommen mit vier Privatkliniken getroffen worden, die sich verpflichten, Kranke aufzunehmen, soweit Betten frei sind. Die Bezahlung erfolgt nach den Sätzen der Letzter Kreis-Krankenhäuser. Die Ueberführung der Patienten übernimmt die Feuerwehr. Damit ist also die Krankenhausfrage vorläufig erledigt und der Bau eines Krankenhauses noch weiter hinausgeschoben, wie der Oberbürgermeister Habermann bei einer späteren Gelegenheit selbst zugab.

Aldann beschäftigten sich die Stadtväter mit der Milderung der Arbeitslosigkeit. Von den Stadtv. Dröse, Leidig und Genossen lag ein Antrag vor, mit Rücksicht auf die starke Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, die von den städtischen Körperschaften bereits beschlossenen Neubauten schleunigst in Angriff zu nehmen. Dieser Antrag war nicht etwa der Arbeiterfreundlichkeit der Antragsteller zu verdanken, sondern einer Eingabe der Bauarbeiter. Begründet wurde der Antrag von dem als

Scharfmacher bekannten Professor Dr. Leidig, und zwar so lebendig, daß selbst der Oberbürgermeister die Begründung als nur eine Anfrage bezeichnete. Dr. Leidig behauptete bei seinen Ausführungen, daß sich die freigewerkschaftlichen Bauarbeiter zuerst an ihn gewandt hätten und fügte ironisch hinzu: „Weil ich ihr bester Vertreter bin“. Leidig und andere Stadtverordnete verlangten, daß auf städtischen Bauten vornehmlich in Wilmerdorf wohnende Arbeiter, in erster Linie aber verheiratete Beschäftigte werden. Oberbürgermeister Habermann erklärte, daß der Magistrat im Sinne des Antrages vorgehen werde. Es wären schon eine Reihe von Bauten in Angriff genommen, und einige werden vollständig neu errichtet. Gegenwärtig befinden sich bereits im Bau die Gemeindeforschule VII, die im Rohbau beendet ist und bei der Inneneinrichtung in Arbeit genommen wird, für die noch 696 000 M. zur Verfügung stehen. Weiter wären das Reformgymnasium und das IV. Gymnasium im Rohbau bis zum ersten Stock geziehen; für diese beiden Bauten wären noch 1 431 000 M. käuflich; für die Arbeiten des Seeparkes lägen noch 929 000 M. bereit, ebenso 65 000 M. zur Asphaltierung eines Teils der Kaiserallee. Neu zu erbauen wären noch das Armentorium, für das 240 000 M. bewilligt sind, die Sanalisation der südlichen Seeparkstraße und die Parkanlagen auf dem ehemaligen Joachimshofischen Gymnasium. Insgesamt ständen der Hoch- und Tiefbauverwaltung für diese Bauten 3 400 000 M. zur Verabgabung.

Damit glaubte der Magistrat mit dem Stadtverordneten der Arbeitslosigkeit genügend zu feuern. Zu solch' hohen Plänen wie Einführung einer Arbeitslosenversicherung konnten sich die Rathausgeister nicht aufschwingen. Nur der Stadtverordnete Dr. Edel äußerte einige Bedenken, daß das vom Oberbürgermeister Vorgeordnete nicht genüge. Jedoch brachte er es zu keinem weiteren Verlangen, als nach einer Arbeitslosenstatistik. Außerdem wünschte er, der Magistrat möge mit den Großberliner Gemeinden verhandeln, damit eine großzügigere Steuerung der Arbeitslosigkeit vorgenommen werde. Nachdem noch Herr Heinrich das Haus wiederholt erheitert und das Verlangen der Antragsteller als „eine Schutzmäule gegen die sozialdemokratische Antragstellung“ bezeichnet hatte, wurde der Antrag einstimmig angenommen. Von sozialdemokratischer Seite konnte nicht eingegriffen werden. Von den beiden Genossen ist Niebel verzogen und Schröder schwer erkrankt.

Zum Schluß beschäftigte sich die Versammlung mit einem Antrage des Magistrats, der die Einsetzung einer Wohnungsdeputation verlangte. Das war den meisten Stadtvätern doch zu stark. Dr. Helmke verlangte, man solle die Angelegenheit vertagen, bis der Landtag das Wohnungsgesetz verabschiedet habe. Noch strenger ging der Herausgeber des Wilmerdorfer „Amislieders“, Stadtv. Heenemann, mit dem Magistrat ins Gericht. Er wühlte gegen die Forderung der bisherigen Wohnungspolitik. „Hier ist schon alles vorhanden, Wilmerdorf hat keine Indurie und braucht keine Arbeiterwohnungen!“ schrie er wutentbrannt in den Saal. Schließlich wurde die Sache bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Treptow-Baumshulentweg.

Der Jugendausschuss veranstaltet am Sonnabend, den 25. Oktober, im Gesellschaftshaus (früher Speer) in Baumshulentweg einen Elternabend. Konzert, Gesang, Rezitationen sowie eine der Bedeutung des Abends entsprechende Ansprache werden denselben ausfüllen. Zur Erinnerung wird den anwesenden Jugendlichen, die zurzeit die Schule verlassen, ein Buch überreicht werden. Der Jugendausschuss ersucht daher die in Frage kommenden Eltern, ihre Kinder bis spätestens 1. Oktober zu dieser Feier anzumelden.

Redungen nehmen entgegen für Baumshulentweg die Genossen: Hermann Hornig, Marienthaler Str. 13, I; Karl Müller, Baumshulentweg 14, Laden. Für Treptow die Genossen: Rob. Ehrlich, Beermannstr. 4, II; Wilhelm Lemm, Grachtstr. 51, I.

Pankow-Niederschönhausen.

Am Sonnabend, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Türkischen Zelt“, Pankow, Breitestr. 14, eine außerordentliche Generalversammlung des Vereins „Arbeiter-Jugendheim“ statt. Tagesordnung: 1. Die Errichtung des „Jugendheims“. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. — Um die Ziele, welche sich der Verein „Arbeiter-Jugendheim“ gesetzt hat, in vollem Maße verwirklichen zu können, ist es Pflicht jedes einzelnen Parteigenossen, dem Verein „Arbeiter-Jugendheim“ beizutreten. Der wichtigen Tagesordnung halber wird ein vollständiges Erscheinen erwartet.

Bernau.

Der Bildungsauausschuss Bernau veranstaltet am Sonnabend, den 27. September, im Neuen Gesellschaftshaus (Inhaber H. Rodisch), Kaiserstraße, einen weiteren Abend, bestehend aus Rezitation und Liedern zur Laute, mit einleitendem Vortrag, den Genosse Däumig über das Thema: „Die Bildungsbestrebungen der modernen Arbeiterschaft“ hält. Nachdem Tanz. Der Eintrittspreis beträgt 40 Pf., Tanz 30 Pf. Die Arbeiterkassen wird ersucht, sich an der Veranstaltung zu beteiligen. Willens sind bei den Vorständen der Gewerkschaften, des Wahlvereins, dem Ohmann des Kartells, bei Rodisch und Treppens zu haben.

Nowawes.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst gab der Bürgermeister bekannt, daß in der letzten Sitzung stattgefundenen Wahl des Gerichtsassessors Volkisch zum befristeten Schöffen bereits vom Landrat bestätigt worden ist. — Das Amt eines Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, das bisher der Gemeindevorsteher innehatte, wurde dem zum befristeten Schöffen gewählten Gerichtsassessor übertragen, weil, sobald im Gemeindevorstande ein Jurist vertreten ist, dieser den Vorsitz zu führen hat. — Der 11. Armenbezirk, in dem wegen seiner Größe die Arbeitslast für den Vorsteher außerordentlich gewachsen ist, soll in der Weise geteilt werden, daß die Hufarenstraße und das Haus Grobbeerstraße 101 dem 18. Bezirk zugewiesen werden. Vorsteher dieses Bezirks ist der Fabrikmeister Glöckner, Hufarenstr. 9a. — Die Vorlage betreffend Erlaß einer Polizeiverordnung über Errichtung von Gruppenhandbauten wurde auf Antrag des Genossen Neumann an die Kommission zurückverwiesen. Es soll näher nachgeprüft werden, ob eine neue Verordnung, die eine nochmalige Verringerung der erst seit kurzer Zeit bestehenden Bauflächen-einteilung für die kleine Sandhölle und des für Landhausbebauung reservierten angrenzenden Terrains bedingen würde, absolut nötig ist. Der Ansicht des Genossen Neumann, daß die nach der Baupolizeiverordnung für die Vororte von Berlin zulässige Bauweise von drei bis fünf Häusern in zusammenhängenden Gruppen äußerst ungesund wirken müßte, schlossen sich auch die übrigen Redner an. — Der letzte und interessanteste Punkt der Tagesordnung, die Einführung der Schulzahnspflege, kam leider nicht zur Verhandlung. Er wurde auf Vorschlag des Bürgermeisters noch zurückgestellt, um die Grundlagen der Durchführung einer in gesundheitlicher Beziehung so wichtigen Neuerrichtung nochmals genau zu prüfen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Friedrichshagen. Heute Freitag, nachmittags 5 Uhr, im Gemeindefestsaal, Friedrichstr. 87.

Mühlentke. Morgen abend 8 Uhr bei Käfer.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gerichts-Zeitung.

Kundenkenntnis.

Unter der Auflage eines Verzeichnisses gegen das Gesetz über den unaufrichtigen Wettbewerb hatte vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte (148. Abteilung) sich ein Kaufmann Lemde zu verantworten, der seit einigen Monaten in Berlin ein Abzahlungsgeheim betreibt. Für unaufrichtig hielt seinen Wettbewerb der Inhaber eines ähnlichen Abzahlungsgeheim, ein Kaufmann Abomeit, bei dem

Remde ein Jahrzehnt hindurch zunächst als Einkäufer und dann als Buchhalter in Stellung gewesen war. Adomeit trat als Kläger gegen Remde auf und beschuldigte ihn, sich ein Verzeichnis von Kunden des Adomeitschen Geschäftes abgeschrieben zu haben. Der Angeklagte bestreitet nicht, daß er nach seinem Austritt aus Adomeits Geschäft einzelne von dessen Kunden für sich zu werben versucht habe. Er versicherte aber, daß er die Adressen nicht abgeschrieben, sondern im Gedächtnis behalten habe. In der Beweisführung wurden 15 Personen benannt, die bei Adomeit gekauft hatten und jetzt von ihm als Zeugen für Remdes Weiterwerb benannt worden waren. Einige bekundeten, bei ihnen habe Remde gar keine Versuche gemacht. Die anderen bestätigten, daß er ihnen seine Waren angeboten habe, doch konnte der Angeklagte meist die besonderen Umstände angeben, die seinem Gedächtnis die Adressen dieser Kunden eingeprägt hätten. Bei der Vernehmung eines Zeugen kam zur Sprache, daß er, unzufrieden mit einigen Möbelstücken aus Adomeits Geschäft, dem Buchhalter Remde Vorwürfe gemacht hatte. Kläger Adomeit fragte diesen Zeugen, ob nicht Remde die gelieferten Sachen „extra schlecht gemacht“ habe. Der Zeuge verneinte das, so daß auch dieser Verdacht eines unlauteren Verhaltens hinfällig wurde. Darüber, ob Remde ein Kundenverzeichnis mitgenommen hatte, konnte keiner der Zeugen etwas wissen. Der Beweis war nicht geführt, aber der Rechtsanwalt Adomeits, Rechtsanwalt Magendanz, wollte Remde ein so gutes Gedächtnis nicht zutrauen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Karl Liebknecht, beantragte Freisprechung. Gerade bei der Zeugenvernehmung habe sich gezeigt, daß Remde bezüglich der Kunden Adomeits offenbar ein sehr gutes Gedächtnis habe. Das war auch die Ansicht des Gerichts, und es erkannte daher auf Freisprechung. Daß Remde die Kundenadressen nicht im Gedächtnis behalten habe, sei nicht erwiesen und werde auch durch Vernehmung noch anderer Kunden, die der Rechtsanwalt des Klägers als weitere Zeugen benennen wollte, nicht erwiesen werden können. Die Kosten wurden dem Kläger auferlegt.

123 Jahre Zuchthaus.

Zu insgesamt 123 Jahren 7 Monaten und 2 Tagen Zuchthaus und Gefängnisstrafen ist der angeklagte Schauspieler Stanislaus Wehrhahn von den verschiedenen Gerichten in Deutschland verurteilt worden. Dieser Angeklagte, der wohl den „Refor“ in der Verurteilung zu Einzelstrafen geschlagen haben dürfte, wurde gestern aus dem Zuchthaus in Lüneburg der 3. Strafkammer des Landgerichts II vorgeführt, um sich wegen Diebstahls im strafschärfenden Maßstabe zu verantworten. — Der jetzt 30-jährige Angeklagte hat schon eine recht bewegte Vergangenheit hinter sich. Er stammt aus guter Familie, hat die höhere Schule besucht und sollte Kaufmann werden. In seiner Lehrstelle brante er mit der Portulasse durch, wurde bestraft und dann von seinen Eltern zu einem Schneidemeister in die Lehre gebracht. Er machte auch hier alle möglichen dummen Streiche und kam mehrmals mit dem Strafgesetz in Konflikt. Schließlich wurde er nach seiner Angabe Schauspieler, hat aber weniger die Bretter, die die Welt bedeuten, als wie die Bretter in den Zellen verschiedener Gefängnisse und Zuchthäuser betreten. Seit einigen Jahren hat der Angeklagte folgenden Lebenslauf zu verzeichnen. Er verübte mehrere Straftaten, wurde gefasst und eingesperrt, um aber bald wieder aus dem Gefängnis auszubrechen. Er beging dann von neuem Straftaten und wurde wiederum verurteilt. Bei der ersten besten passenden Gelegenheit gelang es ihm wieder auszubrechen. Dieses Hin- und Herbewandern zwischen den Gefängnissen und einigen Tagen Freiheit dauerte längere Zeit. Er wurde von den Gerichten in den verschiedensten Gegenden Deutschlands verurteilt und zwar erreichten die gegen ihn erkannten Einzelstrafen nach und nach die Höhe von 123 Jahren 7 Monaten und 2 Tagen. Diese Strafen sind schon längst auf das gesetzliche Maximum von 15 Jahren Zuchthaus zurückgeführt worden, so daß der Angeklagte, wenn es ihm gelingt wieder auszubrechen und neue Straftaten zu begehen, wegen dieser nur auf dem Papier bestraft werden kann. Da der Angeklagte dies weiß, richtet er an die verschiedenen Gerichte Selbstanzeigen, die natürlich nachgeprüft werden müssen. Hierdurch bringt er etwas Abwechslung in die Monotonie des Zuchthauslebens, da er vorgeführt werden muß. Nach seiner eigenen Angabe müßte die Gesamthöhe der gegen ihn erkannten Strafen über 200 Jahre ausmachen, wenn er wegen der sämtlichen von ihm verübten Straftaten verurteilt werden würde. In der jetzt zur Anklage stehenden Sache hatte der Angeklagte, nachdem er aus dem Zuchthaus ausgebrochen war, sich bei einer Frau eingemietet und dieser Bücher im Werte von 100 M. gestohlen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu noch einem Jahre Zuchthaus.

Verpuffte Staatsaktion.

Der Schriftsetzer Riede in Drewitz war Vorsitzender der freien Turnerschaft daselbst und soll im Jahre 1911 geduldet haben, daß Jugendliche dem Verein angehörten. Der Amtsanwalt beim Potsdamer Schöffengericht behauptete in der vorigen Woche in einer Schöffengerichtssitzung, daß der Verein ein politischer sei und daß der Angeklagte gegen das Vereinsgesetz verstoßen habe. Die Beweisführung ergab, daß Jugendliche dem Verein nicht angehört, sondern daß sie an den Turnabenden nur als Gäste anwesend waren und zum Teil auch mitturnten. Das Gericht kam zur Freisprechung des Angeklagten. Der Vorsitzende führte aus, die Jugendlichkeit zum Arbeiterturnerbunde reicht noch nicht hin, einen Verein als politisch zu erklären. Der Angabe des Angeklagten ist Glaube zu schenken, daß der Verein dem Bunde lediglich angehört, weil dieser Unfallunterstützung zahlte. Unrechtmäßig ist, daß Jugendliche am Turnen beteiligt. Die zum Turnen Vereinten bildeten keine Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes.

Spiel und Sport.

Turner.

Turnverein „Nichte“. 14. Männerabteilung. Sonntag, den 28. September: Regenturnfahrt nach Restaurant „Wachtelburg“ bei Semmlitz. Treffpunkt der Regent 2 Uhr.
2. Männerabteilung. Sonnabend, den 27. September, 8 Uhr, bei Grabert, Kanister Platz 8: Aufnahmefest früherer und jetziger Mitglieder zur Erinnerung an die vor 20 Jahren erfolgte Gründung.
3. Männerabteilung. Sonntag, den 28. September: Regent, Kartoffel- und Heringspartie nach Zeuthen. Treffpunkt der Regent 1 Uhr in Zeuthen.
10. Lehrlingsabteilung. Sonnabend, den 27. September, abends 8-10 Uhr, Berlin O., Petersburger Straße 4: Dessenfischer Turnabend. Gäste, besonders Jugendliche, herzlich willkommen.
An demselben Tage ladet die 12. Männerabteilung zum öffentlichen Turnen nach der Turnhalle Görnerer Straße 74 ein. 8-10 Uhr.
Zadueberg. Eine Rekrutenabschiedsfeier veranstaltet der Arbeiterturnverein morgen Sonnabend in den „Neuen Rathauskellern“, wozu alle Retraiter und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen sind. Eintritt 20 Pf. Anfang 9 Uhr.
Die Lehrlingsabteilung des Arbeiterturnvereins veranstaltet kommenden Sonntag eine Spielpartie. Treffpunkt morgens 7 1/2 Uhr, Bahnhof Zadueberg.
Adpenitz. Sonnabend, 27. September, hält der Arbeiterturnverein „Nichte“ das 15. Stützungsfest der Turnerinnenabteilung und ein Rekrutenabschiedsfest ab, bestehend in Konzert, Turnfesten und humoristischen Vorträgen, Theater, Verlosung und Ball. Beginn abends 8 Uhr, bei Scheer. Die Arbeiterpartei ist hierzu freundlichst eingeladen.
Die Freie Turnerschaft **Wilmerdorfs** hält am kommenden Sonnabend, den 27. d. Mts., im Restaurant „Stadtpark“, ihren diesjährigen Rekrutenabschiedsball ab. Da sie genannter Verein zu allen Veranstaltungen der Arbeiterpartei zur Verfügung stellt, wird auf guten Zuspruch gerechnet. Billets nur an der Abendkasse.
Am Sonntag, den 28. d. Mts., findet auf dem Spielplatz, schräg gegenüber dem Friedhof, das politische Fußballturnen statt. Wettkämpfe aller Art werden mit größtem Eifer ein dantes Bild geben, so daß die Zuschauer auf ihre Rechnung kommen werden. Beginn nachmittags 2 1/2 Uhr, des Konzerts 3 Uhr. Eintritt frei.

Radsfahrer.

Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“. Touren zum Sonntag, den 28. September: Sämtliche Frühstouren für die Ortsgruppe Berlin, Besikt 2 und 21, fallen wegen der Krankheitswelle aus.
Ortsgruppe Berlin. 2 Uhr: Raulsdorf-Eld (Sandfouel). Start an den bekannten Stellen.
Charlottenburg. 1 Uhr: Caputh bei Potsdam.
Schöneberg. 1 Uhr: Eichwalde (Mitte). Start bei Ostf.
Zehlendorf. 1 Uhr: Hahnenberg (Alter Freund). Start: Pfarrstraße 74.
Pantow-Schönhäuser. 2 Uhr: Tour wird am Start: Breitenstraße, bekannt gegeben.
Wariendorf. 12 Uhr bei Bätz, Tempelhofer.
Reinickendorf. 1. und 2. Abt. 2 Uhr bei Böning, Schillingstraße. Tour wird dort bekannt gegeben.
Lichterfelde. 7 Uhr: Schnitzelweg. Radsfahrer bis 11 Uhr in Wannsee (Friedrichshof). — Nachmittags 2 Uhr: Tour ohne Ziel.
Arbeiter-Radsfahrerbund Groß-Berlin. Sonntag, 28. d. Mts., früh 7 Uhr nach Jersch-Caputh, Webersstr. 36. — Nachmittags 1 Uhr nach Wannsee (Friedrichshof). Start: Mariannenpark, Ungerstraße: Viktoriapark.

Wanderer.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Wegen der am Sonntag, den 28. September stattfindenden Bahnen der Ausstufungsmisglieder und Stellvertreter zur Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin fällt die Vereinsstour Tiefensee-Paßberg aus.
Sonntag, den 5. Oktober: Studienfahrt nach Jüterbog und Kloster Juma. Besichtigung und Erklärung unserer mittelalterlichen Bauten, Besichtigung und Besichtigung der Nikolaikirche, Wanderung nach Kloster Juma, Besichtigung und Erklärung der noch vorhandenen Klostergebäude. Führung Kranke. Weglänge circa 12 Kilometer. Teilnehmerarten zu 50 Pf. (für Führung und Besichtigung) sind in unseren Zahlstellen: Jersch-Waldisch, Stallger Straße 22 und Georg Reichnast, Grünstraße 21 zu haben.
Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 28. September, Wanderungen: 1. Reheide, Garzau, der Park, Strassberg. Abfahrt nach Reheide: Schlesischer Bahnhof 6.30. II. Potsdam, Viereck, Wismar. Abfahrt nach Potsdam: a) Bahnhof Alexanderplatz 6.10, b) Potsdamer Bahnhof 6.45. Gäste stets willkommen.
Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Am Sonntag, den 28. September, werden folgende Touren unternommen:
1. Wilmerdorf-Sudower Forst-Forst Granow-Barnik (Nachmittags in Steinhöfen). Abfahrt Sonnabend, abends 7.46 Uhr, Steinhöfen Fernbahnhof.
2. Wariendorf-Jersch-Bechow-Werder. Abfahrt Bahnhof Charlottenburg 6 Uhr vormittags.
3. Potsdam-Reufelssee-Viereck-Wismar. Abfahrt Bahnhof Friedrichstraße 6.15 Uhr vormittags.
4. Frelenwalde-Valles-Frelenwalde. Abfahrt Steinhöfen Fernbahnhof 5.59 Uhr vormittags.
5. Finkenkrug-Briefelung-Krämer-Hennigsdorf. Abfahrt Lehrter Bahnhof 6.22 Uhr vormittags.
6. Ludenwalde-Friedensthal-Hoher Solm-Barnitz. Abfahrt Anhalter Bahnhof 5.55 Uhr vormittags.
7. Königsmusterhufen-Krimmichee-Röbischtrug-Königsmusterhufen. Abfahrt Lehrter Bahnhof 6.30 Uhr vormittags.
8. Rinderwanderung. Oranienwald-Hahnenberg-Oranienwald. Treffpunkt Bahnhof Hedding (Eingang Kettelbedplatz) und Schlesischer Bahnhof (Ede Frucht- und Radstraße) 8 Uhr vormittags. Gäste willkommen.

Fußball.

Märkische Spielvereinigung, Bez. Groß-Berlin. Am kommenden Sonntag 4 Uhr finden folgende Spiele statt:
Berolina — Borussia (Friedrichshagen) in Wittenau, Adler-allee;
Schöneberg — Libertas in Wariendorf, Blanke Höhe; Alemannia — Verein für Bewegungsspiele in Friedrichshagen, Gemeindeparkplatz; Viktoria — Reinickendorfer Fußballklub in Tempelhofer, Friedrich-Karl-Strasse.

Athleten.

Arbeiter-Athletenbund (Kreis 4, Groß-Berlin). Zum Abschluß der Sommerferien veranstaltet der Kreis 4 am Sonntag, den 28. September, nachmittags 2 Uhr, auf seinem in Baumgartenweg befindlichen Platz (Geldesampweg, neben dem Platz des Turnvereins Nichte), einen Vereins-Schulturnkampf, bestehend in Laufen, Werfen, Heben und Stößen. Da der Kreis zurzeit 56 Vereine umfaßt, werden spannende Kämpfe erwartet. Fremde und Gönner unserer freien Sportbewegung sind freundlich willkommen. Zutritt frei.

Schwimmer.

Arbeiter-Schwimmerverein „Berlin“ (M. d. U. Schw.-V.). Sonnabend, den 27. September, hält der Verein sein diesjähriges Herbstfest im großen Saale des Generalkonsums ab. Bei dem reichhaltigen Programm dürfte ein jeder auf seine Rechnung kommen. Da der Verein bei Arbeiterfesten sich zur Verfügung stellt, wird um Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft gebeten.

Arbeiter-Turnerbund, Kreis Brandenburg.

Berlin. Monatsversammlung am Freitag, 26. September, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Haberlandt, Neue Friedrichstr. 35.
Lehrabend haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr):
Berlin, 1. Abt. Montag, 29. Sept., Kommandantenstr. 62, Beters Hefehäule (Lunel).
Berlin, 6. Abt. Montag, 29. Sept., Restaurant Haberlandt, Neue Friedrichstr. 35.
Berlin, 7. Abt. Mittwoch, den 1. Oktober, Charlottenburg, Rosinenstraße 3, Volkshaus.
Wariendorf. Montag, 29. September, Chausseestr. 27 bei Büro.
Romasow. Montag, 29. September, Wilhelm-Edel-Friedrichstraße, bei Schulbl.
Romasow (Abt. Potsdam). Mittwoch, 1. Oktober, Kaiser-Wilhelm-Straße, bei Glaser.
Ober-Schöneweide. Montag, 29. September, Siemensstr. 12, bei Schwa.
Wilhelmsruh. Montag 29. September, Reinickendorf-Ost Residenzstraße 6, bei Hirsch.

Aus aller Welt.

Luftflottenwahnwimm.

Der bekannte Sportredakteur Georg Grabe veröffentlicht im Pariser „Journal“ einen Artikel über gepanzerte Flugzeuge und führt aus, daß, trotzdem man in Deutschland mit allem Eifer und aller Mühe an Verbesserungen arbeite, man bisher nicht dazu gelangt sei, eine entsprechende praktische Lösung zu finden. Die deutschen Apparate und ihre Motore sind schon an und für sich zu schwer, um noch eine Panzerung von 60-70 Kilo zu tragen. Infolgedessen habe man aber inzwischen in Frankreich stetig gearbeitet, und da die französischen Apparate und die französischen Motore bedeutend leichter seien, sei man endlich dazu gekommen, eine entsprechende Panzerung auszuführen, die sowohl die Maschine wie auch den Aviatiker schütze. Der erste Apparat dieser Art soll den Namen „Zeppelinjäger“ tragen und in einigen Tagen bereits in Dienst treten. Dieser Apparat dürfte nach den Aussagen des Journalisten bedeutend geeigneter sein, die leicht zu beschädigenden Tragflächen der Luftschiffe anzugreifen.

Deutschlands eifriges Streben wird nun sein, die „Zeppelinjäger“ durch einen neuen Typ des Flugzeuges zu übertreffen. Frankreichs Antwort ist dann ein lieber „Zeppelinjäger“ und so geht das Spiel munter weiter. In der kapitalistischen Gesellschaft wird die Entwicklung der Technik nicht darauf geprüft, ob mit all den grandiosen Erfindungen und Entdeckungen die allgemeine Kultur gehoben werden kann, sondern ob die Erfindungen sich brauchbar für den Massenmord erweisen. Und das taugt man dann: Hebung des nationalen Bewußtseins!

Explosion in einer Dynamitfabrik.

Eine folgenschwere Explosion hat sich am Donnerstagmorgen in der Dynamitfabrik der Firma Wartsch u. Real in Eil bei Köln zugetragen. Durch eine Selbstentzündung von Zündplättchen erfolgte eine Dynamitexplosion und ein Teil der Fabrikanlagen flog in die Luft. Eine in der Abteilung beschäftigte Arbeiterin wurde sofort getötet, ein Werkmeister erlag seinen

Verletzungen nach wenigen Stunden. Außerdem wurden vier Arbeiter schwer und fünf Arbeiter leichter verletzt. Von den Schwerverletzten befinden sich noch zwei in hoffnungslosem Zustande.

Ein Hilfszug verunglückt.

Auf der Strecke Prag-Duz entgleiste in der Nacht zum Donnerstag bei der Station Kolesch ein Güterzug. Infolgedessen mußten zwei nachfolgende Züge, ein Schnellzug und ein Personenzug, auf der Strecke halten. Ein Hilfszug, der Passagiere holte, stieß bei der Rückfahrt mit einem entgegenkommenden Güterzug zusammen, wobei fünf Personen, darunter ein Ingenieur Wolf aus Berlin, schwer verletzt wurden.

Geprellte Prozentpatrioten.

In Romanshorn in der Schweiz ist eine Bank aufgepflogt. Daß der Herr Direktor sich erschossen hat, ist weniger interessant als die Tatsache, daß unter den Geschädigten sich viele badische Einleger befinden, die, um sich von der Kapitalrentensteuer zu drücken, ihr Geld bei der Schweizer Bank angelegt haben. Unter den oberschulden Geprellten befinden sich sicherlich so manche gute Patrioten, die über die Vaterlandlosigkeit der Sozialdemokratie und dem Internationalismus nicht genug heuln können, bei denen jetzt aber der Nachweis erbracht ist, daß deren Patriotismus nicht weiter als bis an den Geldbeutel reicht.

Ein guter Rat.

Vor einigen Tagen erscheint ein Ire bei der städtischen Rechtschreibstelle in Liverpool, um Rat zu erbitten. „Ja“, sagt er, denken Sie, ich habe Hühner in meinem Keller und nun kam ein Hochdruck und alle meine Hühner sind dadurch ertränkt worden.“ „Nächst werden Sie sich an die Wasserleitungsgesellschaft.“ Zwei Tage später kommt der Ire traurig wieder. „Ra?“ fragt der Beamte, „was hat man Ihnen gesagt?“ „Ja, man sagte mir, ich müsse mir eben Enten halten.“

Kleine Notizen.

Hinrichtung in München. Der Jungjäger Johann Straßer, der den preussischen Militärattaché von Lewinski und den Polizeiwachmeister Wölkender erschossen hatte und vom Münchener Schwurgericht zum Tode verurteilt worden war, ist Donnerstag früh 6 1/2 Uhr auf dem Hofe des Hofstrafgefängnisses hingerichtet worden.

Epidemisches Auftreten der Lungenpest. Wie aus Petersburg gemeldet wird, sind in Woloski Jourgen in der Provinz Semiretschen 18 Kirgisen an der Lungenpest erkrankt, von denen 14 gestorben sind. Woloski Jourgen ist für pestverjucht erklärt worden.

Kiesbrand. Eine Feuerbrunst hat in Ordu am Schwarzen Meer etwa tausend Häuser und Läden zerstört. Der Gesamtschaden wird auf zwei Millionen Frank geschätzt.

Eisenbahnkatastrophe in Neu-Schottland. Wie aus Halifax gemeldet wird, kollidierten bei Amhurst zwei Züge. Mehrere Zugführer und die beiden Lokomotivführer wurden getötet, zwei andere Beamte wurden verletzt.

Jugendveranstaltungen.

Reutkolln. Sonntag, 28. Sept.: 1. Herbstwanderung nach dem Ronnenfles. Abfahrt Steinhöfen Hauptbahnhof 5.59 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen 6.04 Uhr bis Reutkolln. Jahrgeld 1,50 M.
2. Nachmittagsausflug nach Hahnenberg, Abfahrt Bahnhof Reutkolln 12.59 Uhr bis Oranienwald. Jahrgeld 40 Pf.
Für den jederzeitigen Besuch des Flugplatzes Johannisthal sind noch Billets für 25 Pf. im Heim zu haben.

Für die Arbeiterjugend findet am nächsten Sonntag, den 28. September, in Raulsdorf-Eld (in der Nähe des Restaurants Sandfouel) ein großes Waldfest, bestehend aus Gesellschaftsspielen und Kinderbelustigungen, Turn- und Wettspielen, Woll- und Reigentänzen usw. statt. Treffpunkte: morgens 7 Uhr und mittags 1 Uhr (für Radsfahrer) am Schlesischen Bahnhof. Alle Jugendlichen und Erwachsenen sind herzlich willkommen!

Waldmannstuh-Germisdorf. Um den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen Gelegenheit zu geben, ihre freien Stunden im Kreise Gleichaltriger und Gleichgesinnter zu verbringen, ist im Schneidgerhaus, Dianastraße 33, ein Jugendheim errichtet worden, in dem regelmäßig des Sonntags von 4-7 1/2 Uhr abends Unterhaltungsabende stattfinden. Für Unterhaltung ist volkstümlich gesorgt; ebenso ist durch eine reichhaltige Bibliothek dem Verlebensbedürfnis Rechnung getragen. Wir bitten die Arbeiter, sowie die am Ort wohnenden Jugendlichen von dieser Einrichtung Kenntnis zu nehmen und für einen regen Besuch des Heims zu agitieren. Am Sonntagvormittag finden Jugendspiele statt. Treffpunkt 9 Uhr früh, für Germisdorf am Kaiserplatz, für Waldmannstuh am Dianaplatz.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 32. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Parteien, Von R. Kautsk. — Die erste Gewerbedelegation in England. Von R. Beer. — Die Arbeiterarbeit in Österreich. Von Adaloid Kapp. — Warum eine neue Organisation? Von Rudolf Tanneberger-Velpsch. — Literarische Rundschau: Rich. Strupbacher, Marx und Bukharin. Von G. Stenios. Neue Schreiber, Rutterichall. Von Oda Elberg. Archivar zu Studien über Wirtschaft und Staat. Von Albert Wilhelm. — Notizen: Briefe von Wilhelm Rehnroth aus dem Jahre 1850. Von R. G. Eine Richtigstellung. Von Joseph Ernst. — Helftschriften. Von G. E.
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Witterungsbericht vom 25. September 1913.

Stationen	Barometerstand min	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. d. Luft	Stationen	Barometerstand min	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. d. Luft
Eintriede.	770	Still	0	wolkig	12	Saparando	778	NO	2	Wolkig	1
Hamburg.	770	OSO	2	bedeckt	8	Petersburg					
Berlin.	770	0	1	wolkig	10	Gelby	758	SO	3	bedeckt	16
Frankfurt a. M.	768	NO	1	bedeckt	7	Alberden	768	ESO	2	wolkig	14
München	767	NO	3	bedeckt	8	Paris	768	ESO	1	wolkig	10
Wien	767	NO	2	bedeckt	10						

Wetterprognose für Freitag, den 26. September 1913.

Trocken und vielst. heiter, nachts sehr kühl, am Tage etwas wärmer bei mäßigen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 24. 9.	seit 23. 9.	Wasserstand	am 24. 9.	seit 23. 9.
Remel, Liff	228	+98	Saale, Gochsh	68	-2
Bregel, Jüterburg	157	+60	Havel, Spandau	22	-1
Weißel, Thon	280	-18	Havel, Rathenow	-2	-2
Ober, Rathow	200	0	Spre, Spremberg	92	+4
• Kroffen	178	-5	• Beeslow	92	+2
• Frankfurt	184	+2	• Weser, Minden	133	0
• Wartsch, Schrimm	65	+2	• Weser, Minden	129	-9
• Landsberg	32	+1	• Rhein, Maximilianst	476	-5
• Rega, Barbaum	3	+7	• Raab	247	-8
• Elbe, Leitmeritz	37	+3	• Köln	247	-4
• Dresden	-01	+34	• Redar, Zellbrom	103	+14
• Breda	83	-1	• Rain, Qnau	115	-1
• Magdeburg	79	+3	• Rojel, Trier	59	0

+) + bedeutet Hoch, — Fall. — 0) Unterpegel.

Theater.

Freitag, 25. Septbr. 1913.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Die Gaubers-Hüte.
Rgl. Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Homburg.
Deutsches. Der blaue Vogel.
Leitung. Peer Gynt.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.
Deutsches Künstlertheater. Der Viberpel.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kammerpiele. Franziska.
Komödienhaus. Das Paar nach der Mode.
Theater des Westens. Gräfin Fifi.
Montis Operetten. Der lachende Ehemann.
Berliner. Filmgauer.
Kleines. In Swigelt Ams Bau und Paula. Der Parlier von Berrac.
Neues Opernhaus (Kroll). Der ewige Jungfrau.
Deutsches Schauspielhaus. Fräulein Julie. Erste Warnung.
Deutsches Opernhaus. Die Königin von Saba.
Schiller O. Zwei Soppen.
Schiller Charlottenburg. Die Großstadtluft.
Thalia. Puppen.
Theater am Nollendorfsplatz. Die Kino-Königin.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
Kassio. Der Affentenor oder Tanso auf Zeitung.
Trianon. Geschlossen.
Serrafeld. Was jagen Sie zu Selbst?
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säng.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Reifens. Im Ehepaar.
Kutschspielhaus. 777: 10.
Rose. Die Ahnfrau.
Luisen. Die Intrigantin.
Folies Caprice. Ritter Baldrian.
Die Nigeburt. Das Adopivo-Kind.
Walhalla. Der Liebesentel.

Anfang 9 Uhr.

Neues Volkstheater. Der lebige Pol.
Admiralpalast. Eisballett: Eist in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidentst. 57-62

Montis Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)
Täglich abends 8 Uhr:
Der lachende Ehemann.

Deutsches Künstlertheater Sozietät
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.
8 Uhr: Der Viberpel.
Sonntags 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.

Lessing-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Peer Gynt.
Von Björn. Musik von Grieg.
Sonntagmittags 3 Uhr: Magdalena.
Vorverkauf an der Theaterkasse von 10-2 Uhr. bei Hermann Tietz, Reiziger Straße, Alexanderplatz, Frankfurter Allee, und im Invalidendank.

Casino-Theater
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Einzig. Variététheater. I. Rang.
Neu! der phänomenale Jules Cheroy.
Magcagno Truppe. Der rote Domino.
Der Aktien-Tenor
oder Caruso auf Teilung.
Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Am grünen Strand der Spree.

Die CINES Theater
Heute
in allen vier Theatern
Premiere!
Apollo-Theater

The Rag-Time Six
Erste Original-Vorführung
neuester amerikanischer Tänze
und populärer Melodien.
Baggessen
der König der komischen
Jeugdture.
The Aeroplane Ladies
Zahnkraft - Evolutionen am
Aeroplan.
Ferner ein reichhaltiges
Programm erstkl. Variété-Akte u.
unserer renommierten Lichtspiele!
Anfang 8 Uhr, Sonnt. 4 u. 8 Uhr.
Eintrittspreise einschliesslich
Garderobe, Programm und
Steuer von 65 Pf. an.

Friedr.-Wilhelmstadt. Th.
Anfang 8 Uhr:
Quo vadis?
das gewaltigste Filmdrama
aller Zeiten.
Beginn des Variété-Programms
10 Uhr:
Alexander's Ragtime Band
Das verrückte amerikanische
Radau-Ensemble.
Werds Bros.
Die komischsten Humpy-
Bumpy-Akrobaten.
Ferner ein reichhaltiges Programm
erstklassiger Variété-Akte.
Anfang 8 Uhr, Sonnt. 4 u. 8 Uhr.

Palast am Zoo
Auf vielseitig. Wunsch prolongiert:
**„Eine Meile
in der Minute“**
2. sensation. Wettrenn-Sketch
„Automobil geg. Expresszug“.
Original-Vorführung des Londoner
Opera House.
Anders gezeigte ähnliche Dar-
stellungen sind Nachahmungen
**Maude Rochaz's Affen-
Theater** Selbständige Affen-
Variété-Vorstellung.
Paulton & Doley
Humoristische Radfahrer mit
ihren komischen Trickrädern.
Ferner ein reichhalt. Programm
erstklassiger Variété-Akte und
unserer renommierten Lichtspiele!
Ununterbrochene Vorstellung von
6 Uhr an. Eintritt jederzeit. —
Sonntags von 3-4 Uhr Familien-
vorstellung.

Nollendorf-Theat.
**Die Tragödie
der Schröder-Stranz-
Expedition**
Der Film wird von einem
Vortrag des Marinemalers Chr.
Rave begleitet, dem einig. d.
Mitglieder der reinköpfigen
Forscherguppe, das unver-
seht zurückkehrte.
Ivanhoe
Film-Dichtung in 3 Akten nach
dem Roman von Walter Scott.
Alfredo
der süde Geiger.
Lilly Walter - Schreiber
Miniatur-Soubrette.
Anfang 6 1/2, und 9 Uhr.
Sonntags 4, 6 1/2, und 9 Uhr.
**Morgen, Sonnabend,
nachmittags 3 1/2 Uhr:**
Jugendvorstellung.
Die Tragödie d. Schröder-Stranz
Expedition mit Vortrag Rave.
Ermässigte Preise von 40 Pf. an.

**Zirkus
Alb. Schumann**
Heute Freitag, den 26. Sept.
Anf. 7 1/2, Ende 11 Uhr
**10 Bengalische 10
Tiger**
vorgef. von Herrn Sawade.
**Entkleidungs-Szene
einer Dame in der Luft**
MIB Zoe
und weitere 14 Attraktionen.

Metropol-Theater
7 Uhr 55 präzise:
**Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.**
Gr. Ausstattungst. m. Gef. u. Tanz in
19 Bild. m. vollständ. freier Benutzung
des Jules Verne'schen Romanes von
Julius Freund.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gef. u. Dir. Richard Schultz.
**Karl Bachmann. Joseph Giampietro.
Guido Thielscher. Alfred Schmasow.
Leopold Wolf. Ludwig Wolf.
Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.**
Von 9-1 Uhr:
Metropol-Bar
Rendezvous
der vornehmen Lebewelt.
2 Kapellen.

**ZOOLOG
ischer Garten**
Täglich:
Militär-Konzert.
Eintrittspreise:
Zoo: 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar.: 1 M. v. d. Straße, 9, 50v. Zoo
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.
Neu! Neu!
AQUARIUM
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

City-Park
Am Bahnhofs-Friedrichstraße.
Größt. Volksschau Berlins
50 Schaugeschäfte 50
Höhns Gr. Hippodrom-Noblesse
und 10 Attraktionen.
Geöffnet: täglich nachm. 4 Uhr
Sonn- und Feiertage nachm. 3 Uhr
bis 11 Uhr abends.
Eintritt frei.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr: **Die Intrigantin.**
Ein Spiel in 6 Bildern u. Ritterfeld.
Morgen: **Die falsche Hohel.**

Turnverein „Fichte“
XI. Männer-Abt. M. d. A.-T.-B.
Sonntag, 28. Septbr. 1913, im gr. Saale des Gewerkschafts-
hauses, Engelshof 15: 186/9
12. Stiftungsfest.
Mitwirkende: (Margarete Walkotte, Vortragskünstlerin,
Männerchor Kreuzb. Harmonie, M. d. A.-S.-B.)
Tarnerische Aufführungen.
Nachdem: TANZ. Herren, welche daran teilnehmen,
zahlen 50 Pfennig nach.
Anfang 6 Uhr. Programm gratis! Eintritt 40 Pf.

Zirkus Busch.
Heute Freitag, den 26. September
abends 7 1/2 Uhr:
Die neue Pantomime
**Aus unseren
Kolonien.**
Besonders hervorzuheben: Unter
Afrikas Sonne. — Schule u.
Wiffion. — Der Pluhüber-
ganga. — Nach d. Japenstreich.
Vorher das gr. Gala-Programm:
**R. Weiswunderbaren
Kapt. Wall mit seinen
Bligatoren etc. etc.**

Voigt-Theater
Badstraße 38!
Freitag, den 26. September:
**Die Mönche
im Nonnenkloster.**
Lustspiel in 3 Akten von Wilmann.
Kassentöffn. 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum
**Der Mann
mit der
eisernen Faust**
d. größt. Kraftphän. aller Zeiten
lebend zu sehen!
AGA
die schwebende Jungfrau.
Buddha
die geheimnisvolle Tafel.
Alles ohne Extra-Entree!

Trianon-Theater.
Freitag geschlossen!
Sonnt. 4. 1. Wale: Seine Geliebte.
Anfang 8 Uhr.

Folies Caprice.
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt
Anfang
8 1/2 Uhr

Admiralpalast
Einziges Eispalast
mit prunkvollen Eisballetten.
Flirt in St. Moritz.
Tango auf dem Eise — Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.
Restaurant 1. Ranges.
Wein- u. Bier-Abteilung.
Beginn d. Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Auch während der Vorstellung
kann gespeist werden.

Reichshallen-Theater
Stettiner Säng
Neu! **„Alarm!“**
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu er-
mäßig. Preisen:
„Sanatorium
Sonnenstich“.
(Logen 1 R., Ballon 75 Pf.,
Entree 30 Pf.)

Deutschlands Neukölln, Sportplatz, Wenige
Stolz! Pflügerstraße Tage!
**Großer weltberühmter
Zirkus Blumenfeld**
Premiere: Sonnabend, 27. September, abends 8 1/2 Uhr.
Der Jubiläum-Spielplan enthält in jeder Vorstellung 29 der besten
Attraktionen und die Manegen-Wasserfahrgänge in 2 Bildern:
Zirkus im Wasser.
Diese Wasserfahrgänge sind ein Wunder der Technik mit glänzender
Ausführung, blendenden Lichteffekten und herrlichen Szenarien.
Mitwirken des gesamten Ballettkorps als Wasserfrauen.
Keine Konkurrenzlos.
Preise: Galerie 50 Pf., II. Platz 1,00 M., I. Platz 1,50 M., Sperr-
sitze 2,00 M., Loge 2,50 M. — Vorverkauf zu ermäßigten Preisen
im Pflügergeschäft Publ. Detmannplatz-Edel Kaiser-Friedrich-Str.

**„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus**
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musikkorps des 1. Garde-Dragoon-Regiments. Dirig.: Oberm. Baarz.
Berliner Konzerthaus-Orchester Leit.: Komp. Frz. v. Blon
und als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
Eintritt.

Die Kino-Königin
im Theater am Nollendorfsplatz, abends 8 Uhr
!! Gastspiel des Metropol-Theaters !!
Vorzeiger dieses Inserats erhält zu der heutigen
Vorstellung Billets zu halben Preisen im Vereins-
bureau 2417b
Leipziger Str. 59, Tel.: Zentr. 7841.
Geöffnet von 8 1/2-8 Uhr.

Brauerei Friedrichshain
Am Königsdör. Dir.: Ernst Liebing.
Dienstag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr:
**Populäres Konzert des
Blüthner-Orchesters** (60 Musiker)
und des Männerchors
Fichte-Georgina 1879 (Witkell des
D. A. S.-B.)
Dirigent für Chor und Orchester Th. Gervais.
Abendkasse 75 Pf., Billets im Vorverkauf a 30 Pf. sind
bei den „Bormärts“-Spezialreusen Zucht, Jannauellstraße 12 und
Hanisch, Adersstr. 174, bei den Vereinsmitgliedern und in den
mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Welt — übergroße — Zufuhr
verkaufe diese Gänse unterm Preise:
Hochprima zarte, junge und frische
**Scheuere
mit
Henkel's
Bleich-Soda.**
Gänse pro 72
7-12 Wd. schwer.
Nur ein Preis!
Nur allererste Qualität!
Gänserümpfe, halbe Gänse.
Suppenhühner, Brathühner, Tauben.
F. Wegner, Berlin SO.
n u r Mariannenstr. 34.

Sie kaufen vorteilhaft
MÖBEL
auch auf
KREDIT
im Spezial-Geschäft von **WILHELM
MISCH**
Große Frankfurter Straße 45-46
gegenüber Markusstraße.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Zwei Wappen.
Sonntags, abends 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Freiwild.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.

**Schiller-Theater
Charlottenburg.**
Freitag, abends 8 Uhr:
3. 1. Akte: **Die Großstadtluft.**
Sonntags, abends 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.
Komödienhaus.
8 Uhr:
Das Paar nach der Mode.

Theater des Westens.
3 Uhr: **Gräfin Fifi.**
Sonnt. nachm. 3 1/2: **Der liebe Augustin**

Theater am Nollendorfsplatz.
Ensemble-Gastspiel
des Berliner Metropol-Theaters:
Die Kino-Königin!
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater
Im Ehekäfig.
(Les Mariés en cage).
Schwan in 3 Akten v. Antony Mars
und Maurice Desvalliers.
Morg. u. folg. Tage: **Im Ehekäfig.**
Sonntag, 28. Septbr., nachm. 3 Uhr:
Der Zahnarztentrollkur.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Fr. Julia. Erste Warnung.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 182.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die Ahnfrau.
Trauerspiel in 5 Akten von Grillparzer.
Sonnt. nachm. 3 Uhr: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Die Schiffbrüchigen.**

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neukölln. Für den

Turnverein „Fichte“
XI. Männer-Abt. M. d. A.-T.-B.
Sonntag, 28. Septbr. 1913, im gr. Saale des Gewerkschafts-
hauses, Engelshof 15: 186/9
12. Stiftungsfest.
Mitwirkende: (Margarete Walkotte, Vortragskünstlerin,
Männerchor Kreuzb. Harmonie, M. d. A.-S.-B.)
Tarnerische Aufführungen.
Nachdem: TANZ. Herren, welche daran teilnehmen,
zahlen 50 Pfennig nach.
Anfang 6 Uhr. Programm gratis! Eintritt 40 Pf.

**Was ich mir
zum Putzen hol?
Einzig und allein**
Blendol
Der gute Metallputz.
In Glas- u. Blechflaschen überall erhältlich. — Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.
Inferatenteil verantw.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Bormärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Aus der Frauenbewegung.

Ehrentitel und Pluralwahlrecht.

Herr Professor v. Gruber hat wieder einmal geredet, und wie man das von ihm schon gemohnt ist, hat er die Gelegenheit benützt, den Frauenrechtlerinnen eins auszuwaschen. Das Vergnügen kann man ihm lassen, zumal die Frauen selbst die Vortheile des gelehrten Herrn lachen und trotz seiner Behauptung „denn Konsequenz ist niemals das Erbteil des weiblichen Geschlechts gewesen“, doch nicht so inoffensiv sind, ihre Bestrebungen auf bessere Ausbildung der Mädchen fallen zu lassen und sie ausschließlich auf den Mutterberuf vorzubereiten, weil es Herr v. Gruber so will. Sie glauben eben nicht mehr daran, daß in dem Augenblick, wo ihre Töchter sich die Kenntnisse angeeignet haben, deren sie bedürfen, um Mutterpflichten in einwandfreier Weise erfüllen zu können, sich ihnen auch die Möglichkeit bieten werde, im eigenen Haushalt das Gelernte anzuwenden. Die wirtschaftliche Entwicklung hat auch die Frauen im Bürgertum gelehrt, daß man sich nicht ausschließlich darauf verlassen kann, daß die Tochter heiratet und daß ihr Ehemann soviel verdienen wird, um Frau und Kindern auch über seinen Tod hinaus ein auskömmliches Leben zu sichern. So halten sie es für richtiger, daß ihre Töchter sich auf einen Beruf vorbereiten, den sie immer aufgeben können, wenn sie zur Ehe gelangen, und es weder notwendig noch wünschenswert ist, daß die Frau mit weber notwendig noch wünschenswert ist, daß die Frau mit weber

Aber das Jeter- und Nordgeskrei über die entsetzlichen Frauenrechtlerinnen mit ihrer Geringschätzung des Mutterberufs ist durchaus nicht das Amüsanteste in der Rede, die Herr v. Gruber auf der Hauptversammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege über die Bedeutung des Geburtsrückgangs für die Gesundheit des deutschen Volkes gehalten hat. Es findet sich in ihr neben sehr spärlich vertretenen vernünftigen Gedankengängen eine solche Fülle von Banalitäten, Albernheiten und Beweisen seiner Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, daß es sich wohl lohnt, die Ausführungen etwas näher anzusehen.

Die Behauptung, daß Geburtenrückgang und Parteizugehörigkeit in gewisser Beziehung zu einander stehen, da in den Kreisen mit sozialdemokratischen Abgeordneten ein stärkerer Rückgang zu verzeichnen ist, wollen wir hingehen lassen. Ein Obermedizinalrat ist offenbar nicht verpflichtet, seinen Hörern zu sagen, daß die sozialdemokratischen Wahlkreise Gegenden mit starker Industriebeschäftigung sind, und daß dort besonders schlechte wirtschaftliche und Wohnungsverhältnisse so ungünstig auf die Geburtenziffer einwirken. Auch das muß man mit seiner mangelnden Kenntnis vom Leben der arbeitenden Bevölkerung einschuldigen, daß er meint, die Unfruchtbarkeit der oberen Kreise sei zu bedauern, weil sie eine „Ausmerzung der Talente“ herbeiführt. „Es kommt in den unteren Klassen allerdings auch vor, daß ein besonders tüchtiger Mensch aus ihnen hervorgeht“, aber nach Ansicht des Herrn v. Gruber nur ausnahmsweise, und er ahnt nicht, daß es nur einer Umwandlung der Lebensbedingungen dieser Klasse bedarf, um die Talente, die vorhanden sind, zur Ausbildung kommen zu lassen.

Was soll man aber dazu sagen, daß ein Mann, der die Frage des Geburtenrückgangs studiert hat, eine seiner Ursachen darin sieht, daß die Hausindustrie unterdrückt und die Kinderarbeit zum Teil verboten ist? Das behauptet derselbe Mann, der bei anderer Gelegenheit davon sprach, daß die jungen Mädchen wie Stuten und Kühe auf die Weide getrieben werden müßten, mit andern Worten, daß sie nicht zur Arbeit herangezogen werden dürften, wenn man ein gesundes Geschlecht haben wolle. Jetzt dagegen soll verdrängte Hausindustrie und Kinderarbeit dazu beitragen, die Geburtenzahl zu heben. Freut euch, ihr Kapitalisten, die ihr euren Profit aus der nervenzerrüttenden, Geist und Körper zermürbenden Tätigkeit der Primarbeiterinnen zieht, Herr v. Gruber hat auch ein neues Argument gegen verstärkten Hausarbeiterlohn gegeben!

Wenn wieder einmal im Reichstag verlangt wird, daß die Heimarbeit in bestimmten Industrien eingeschränkt werden müsse, so könnt ihr euch in die Brust werfen und solchen frivolen Bestrebungen mit der Begründung entgegenstellen, daß ihr im Interesse der nationalen Wirtschaftlichkeit eine Ausdehnung der Hausarbeit fordern müßt! Bei einem entsprechenden Umfang der Hausindustrie würde dann auch gleich ein anderer Uebelstand verschwinden, den Herr v. Gruber bei allen Bevölkerungsklassen rügt: „die unerfällliche Eier, Gemüse auf Genuß zu häufen“.

Aber Professor v. Gruber entwickelt wenigstens eine ganz gesunde, wenn auch nicht gerade neue Idee. Um das Zweifelsbedenkliche zu überwinden, sei neben der Umstimmung der Gesinnung die Schaffung der wirtschaftlichen Bedingungen für die rationelle Ausnutzung einer genügend großen Kindermenge notwendig. Er meint, daß dazu gewisse Summen, etwa von der Größe des Beitragsjahres jährlich aufgebracht werden müssen, und man kann einer solchen friedlichen Verwendung dieser Summen nur zustimmen. Sie würde dem Volke gewiß einen bedeutend größeren Gewinn bringen. Aber der gleiche Zweck könnte vielleicht auch dadurch erreicht werden, daß man die Lebenshaltung der mittleren und unteren Klassen verbilligt, indem man die Zölle und Steuern auf Lebensmittel und notwendige Gebrauchsartikel abschafft. Dann brauchten die arbeitenden Schichten dem Familienzuwachs nicht mit so qualvoller Sorge entgegenzusehen. Dann wäre auch die mitterwerbende Ehefrau in der Lage, frühzeitiger die Berufstätigkeit einzustellen und in den Jahren, wo die Kinder der mütterlichen Nahrung und ihrer Obhut bedürfen, sich vollkommen der Familie und dem Haus zu widmen. Aber an diese Möglichkeiten hat Herr v. Gruber, wie es scheint, nicht gedacht.

Und die unehelichen Kinder. Welche Mittel empfiehlt er, um ihre Lebensfähigkeit und Lebensfähigkeit zu heben? Gar keine. Das heißt es nicht für nötig. Im Gegenteil, er erklärt, daß eine über den Rahmen der jetzigen Bestimmungen hinausgehende Unterstützung der unehelichen Mutter per se „verwerflich“ sei, weil der Erzeugung unehelicher Kinder vorgebeugt werden müsse. Wie sonderbar doch unter Umständen so ein Professorengehirn arbeiten kann. Da sucht es nach Wegen, wie die Bevölkerungsziffer zu heben ist. Eine große Zahl von Kindern kommt gleich nach der Geburt um, viele Frauen gehen an „unerlaubten Eingriffen“ zugrunde, weil sie die Schwäche nicht ertragen zu können glauben, einem Kinde das Leben zu geben, das nicht den Namen seines Vaters trägt, oder weil sie mit ihrem erbärmlichen Erwerb und dem viel zu niedrigen Erziehungsbetrag des unehelichen Vaters nicht ausreißend für das Kind sorgen können. Anstatt nun zu überlegen, wie man diesen unglücklichen Kindern ein menschenwürdiges Dasein sichern kann, argumentiert der Herr Professor: die Kinder werden schwächlich, folglich dürfen sie nicht geboren werden.

In den skandinavischen Ländern hat man den Wert des Menschenlebens besser erfährt. In Norwegen hat das uneheliche Kind die gleiche rechtliche Stellung wie das eheliche. Es trägt den Namen des Vaters und es beerbt den Vater. Der Mann hat die Pflicht, nach Kräften für sein uneheliches Kind zu sorgen. Erhält er diese Pflicht nicht, so verliert er sein Wahlrecht. Die Gemeinde nimmt sich dann der Mutter — die ihr Wahlrecht weiter ausüben kann — und des Kindes an. Und es scheint uns, als ob eine solche Bevölkerungspolitik gesunder wäre, als die des Herrn v. Gruber. — Er verlangt für die Väter mit mehr als drei Kindern ein Pluralwahlrecht, den Müttern soll ein Ehrentitel zuerkannt werden. Dem Mann verfallendes Recht — der Frau, die die

größere Leistung vollbringt, ein Titel, das ist höchste Professorenwürde!

Aber Herr v. Gruber täuscht sich, wenn er glaubt, daß diese Auszeichnung eine Hebung der Geburtenziffer zur Folge haben werde. Mit dem Ehrentitel „Fraumutter“ kann man eine Kinder-schar nicht jatt machen und wir zweifeln, daß sich viele Frauen finden werden, die dieser Titelverleihung große Sympathien entgegenbringen. Was jetzt geschehen muß, ist neben der Bekämpfung der Sterblichkeitsziffer, vor allem auch der mit der Geburt in engem Zusammenhang stehenden Todesursachen (Kindbettfieber, mangelnde Hebammenhilfe) die Hebung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Schichten und eine vernünftige Sozialpolitik.

Mit den guten Lehren mag man sich einstweilen an die oberen Klassen wenden, dort sind sie eher am Plage. T. B.

Das Mädchen für alles.

Einem Bericht über Jugendgerichte entnehmen wir folgenden Fall: Ein kleines Oftermädchen, so genannt, weil sie Oftern auf der Schule kam und nun einen Dienst annahm, ohne große Intelligenz, zerbrach ihrer Herrschaft die Drähte der elektrischen Klingel, die in ihre Stube gehen, nicht etwa, um eine Sachbeschädigung vorzunehmen, sondern lediglich, um ihrem Schlafbedürfnis Rechnung zu tragen. Sie war des Morgens immer noch so schrecklich müde, wenn diese Klingel erkante und sie unerbittlich weckte. Ungeübte Arbeit und Plutarmut infolge von lebenslänglicher Unterernährung machten dieses Schlafbedürfnis glaubhaft. Die Dienstherrschaft zeigte diesen empörenden Fall als Beweis gründlicher Verdorbenheit an, und das Gericht mußte Sachbeschädigung annehmen. Trotzdem kam das kleine Mädchen mit dem sogenannten Verweis davon, da es einen milden Richter fand.

Diesen kurzen Worten entnehmen wir die ganze Tragik des schönen Berufes: „Mädchen für alles“. Kleine Oftermädchen, also Kinder im Alter von 14 Jahren, die mit Mühe und Not in überfüllten Klassen den kurzen Bildungsgang der Volksschule durchgemacht haben, werden konfirmiert und sollen nun sobald als möglich Geld verdienen und ihren Platz im armen Elternhaushalt räumen. Arm an Geist sind sie, denn wenig konnte für ihre intellektuelle Ausbildung infolge der Volksschulmühsere geschehen. Ihr Körper ist schwächlich, denn von frühesten Jugend an entbehrten sie Luft, Licht und Sonne in überfüllten Wohnungen. Niemand hatte Zeit, sie richtig zu pflegen. Es fehlte am nötigsten, um sie zu füttern, Plutarmut infolge von dauernder Unterernährung konstatieren die Ärzte fast immer bei den kleinen Mädchen für alles, die gewöhnlich vom Lande in den Stadtdienst geschickt werden. Es klingt ja so verlockend, was da alles versprochen wird: „Freie Wohnung und Beschäftigung, Weihnachtsgeld und Trinsgelder und obendrein noch ein Lohn, der dem Kind, das nie Geld in Händen hatte, fürsich erscheint.“ Weder das Mädchen noch seine Mutter denken daran, sich zu erkundigen, was für Pflichten verlangt werden. „In einem kleinen Stadthaus gibt es ja nicht viel Arbeit“, meint die Gnädige beim Meten. Vielleicht ist es wirklich nicht viel für einen gesunden erwachsenen Menschen, der mit aller Hausarbeit vertraut ist. Verhängnisvoll kommt aber das Landkind in die große Stadt. Das Häusermeer bedrückt sie. Die vielen Fußwege und elektrischen Bahnen erschrecken sie, so daß die Gnädige empört ist darüber, daß es auch auf dem Lande nervöse Menschen gibt. Herren steht sie als das Vorrecht vornehmer Stadtleute an. Das Mädchen für alles muß als erste im Haushalt aufstehen. Manchmal hat sie eine Kammer für sich. Sehr häufig schläft sie bei den Kindern und es kommt vor, daß sie stundenlang in der Nacht den schlafenden Säugling herumtragen muß, der zudem viel zu schwer für ihre schwachen Kräfte ist. Wer fragt danach? So kommt es vor, daß so ein junges hilfloses Ding die Klingeldrähte durchschneidet, weil es in seiner Leberreiztheit meint, nun müsse die erbarmslose Herrin es schlafen lassen. So ist es aber auch schon vorgekommen, daß ein Mädchen sich an dem schlafenden Kinde vergriß, weil es nur von dem einen Wunsch, dem einen Gedanken beherrscht war, einmal eine ganze Nacht ausschlafen zu dürfen. Ruhepausen am Tage gibt es nicht. Zimmer aufräumen, Kaffee kochen, Kinder anziehen, das sind die Arbeiten, die schon vor dem Frühstück erledigt werden müssen, ehe die Gnädige erscheint. Nachher kommt das Hochschleppen, Holzzerkleinern, Feuer anmachen, Einholen, Kartoffelschälen und Gemüsezerücken. Alles geschieht in der Eile, denn das Mittagessen muß pünktlich auf dem Tisch stehen. Vielleicht ist das Essen besser, als das Mädchen es dabeim gewöhnt war. Aber die Portionen, die ihr zugewiesen werden, sind klein. Auch Brot darf sie sich nicht selbst abschneiden. Wenn sie es einmal wagt, wird sie dieblich gefaßt. Nur einmal sich richtig satt essen zu dürfen, auch das gehört zu den nie erfüllten Wünschen des kleinen Mädchens für alles. Zum ruhigen Essen bleibt ihr nie Zeit. Immer eriont die erbarmslose Klingel aus dem Schlafzimmer. Reist fähig ist ihre Wahlzeit fast und im Stehen herunter. Gleich nachher muß sie sich an das Geschirrspülen machen. Ihre Hände sind ungeschützt, denn nie hat sie vorher Glas oder Porzellan in Händen gehabt. Wie leicht entschläft ihr ein Teller oder ein Glas und zerbricht. Der Preis dafür wird ihr vom knappen Monatslohn abgezogen. So geht es mit der Arbeit erbarmslos fort bis zum späten Abend. Als Erholung gelten die Stunden, in denen sie die zum Teil gleichaltrigen Kinder beaufsichtigen soll. Wie sie sie fürchtet, diese ungeliebten Stadtkinder, die sie verhasst, weil sie nicht ordentlich lesen und schreiben kann, die ihr allerhand Schabernack spielen, die niemals gehorchen, bis sie in Wut gerät. Verpißt sie sich und gibt einen von ihnen eine Ohrfeige, dann erscheint die Mutter als zornende Göttin. Sie nimmt ohne zu fragen, Partei für ihre Kinder und schilt über die rohen Bauernmädchen. Kein Wunder, daß sich in dem Herzen des bedauernswerten Geschöpfes Haß und Neid gegen die reichen so viel glücklicheren Kinder zu regen beginnen. Der schrecklichste Tag in ihrem Dienstbotenleben ist der Tag der großen Wäsche. Noch früher als sonst schreut sie da die Klingel aus dem Schlaf. Es ist Grundtag bei der Gnädigen, daß sie an solchen Tagen schlechter Laune ist, und natürlich läßt sie ihre schlechte Laune an dem Mädchen für alles aus. Stundenlang muß diese am Waschtisch stehen. Die scharfe Seife zerfrißt die Hände, die fast immer von Kindheit an mit Probiereulen bedeckt sind. Wer fragt danach? Aus der heißen Waschlauge muß sie die schweren Waschkörbe auf den zugigen Treppenstufen schleppen. Schon mancher hat sich dadurch einen Schaden für ihr ganzes Leben zugezogen. Aber niemand ist ja da, der sich um ihre Gesundheit kümmert. Ihre ganze Arbeitskraft gehört bedingungslos ihrer Herrschaft. Schonung gibt es da selten. Würde man eine Gnädige darauf aufmerksam machen, daß ihr kleines Dienstmädchen in den Entwicklungsjahren nicht überausjüngt werden darf, so würde sie ein päpstliches Achselzucken für solchen Humanitätsausfall haben. Sie hat das Mädchen „für alles“ gemietet, hat also das Recht, ihr alle Arbeit aufzubürden, die sie für notwendig hält.

Und so wenig die Dienstherrschaft Sorge trägt um die Gesundheit ihres Mädchens für alles, noch weniger kümmert sie sich um die Seele, um den Geist des Wesens, das sie in ihre Hausgemeinschaft aufgenommen hat. Ja, sie würde höchlich eräunt sein, wenn man sie dafür verantwortlich machen wollte. In den Bundesstaaten,

in denen auch die jungen Dienstmädchen zum Fortbildungunterricht verpflichtet sind, suchen die Herrschaften unter allen möglichen Vorwänden um Befreiung davon. Ein Grund z. B., der mir angeführt wurde, lautete, man wolle das Mädchen nicht spät abends den Gefahren der Straße aussetzen. Dasselbe kleine Mädchen mußte aber seine Herrin abends zwischen zehn und elf Uhr aus dem Theater abholen. Ob es dahin zum Schutz der Dame, einer wahren Riesin, bestellt war, ist mir unklar. Und kümmert sich die Gnädige, die in der Woche ihre Lohnsklavinnen nicht einen Augenblick aus den Augen läßt, darum, wohin das Mädchen seine Schritte lenkt, wenn es am Sonntag einmal ausgeht? Allenfalls schickt sie sie in die Kirche. Aber das Mädchen hat auf dem Dorf so viel von den Wandern der großen Stadt gehört. Sie geht willig mit jedem, der sie freundlich anredet und ihr Versprechungen macht. Manche dieser kleinen Oftermädchen werden, selbst noch Kinder, verführt, und mit Schimpf und Schande aus dem Dienst gejagt. Dann wird gezerrt über die Verderbnis der proletarischen Jugend. Nur in einem Fall kümmert sich die Dienstherrschaft um den Verfall ihres Mädchens für alles, wenn sie nämlich merkt, daß dieses sich der Dienstbotenorganisation, dem Zentralverband der Hausangestellten (Berliner Adresse: Engel-Ufer 21) anschließen will. Dann wird plötzlich vor den verbeugenden Elementen getarnt und vor den Abwegen, auf die das Mädchen durch sie geraten kann. Die Herrschaft weiß wohl, daß damit der Ausbeutung, der Mißhandlung, der schlechten Lebenshaltung, der die Mädchen ausgesetzt sind, eine Nacht entgegentritt, der sie auf die Dauer nicht standhalten kann. Je kräftiger diese Organisation sich entwickelt, um so schneller wird sie aufräumen können mit der Scham- und Rechtslosigkeit der Mädchen für alles, in deren freudlosen Dasein es bisher nur schwere Pflichten gab, weil niemand da war, der ihnen klar machte, daß auch sie Rechte haben auf ein menschenwürdiges Dasein. A. B.

Organisierte weibliche Arbeitskraft. Erfreulicherweise kann von einem wachsenden Verständnis der Frauen für die Bedeutung der Organisation berichtet werden. Die Zahl der in den freien Gewerkschaften organisierten weiblichen Mitglieder ist viel schneller gestiegen als die der weiblichen Erwerbstätigen; ihr Anteil an der Gesamtmitgliedschaft ist stetig gewachsen. Im Jahre 1902 wurden erst 4355 weibliche Gewerkschaftsmitglieder gezählt. Sie machten 1,8 Proz. aller Gewerkschaftsangehörigen aus. Nach dem Bericht der Generalcommission über die Entwicklung der Gewerkschaften Deutschlands stellte das weibliche Geschlecht mit 216462 organisierten Arbeiterinnen 8,8 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder.

Das Verhältnis der Organisierten zu den in Handel und Industrie beschäftigten Arbeitskräften veranschaulicht diese Zusammenstellung:

	Erwerbstätige	Organisierte
1895	2 100 726	15 265
1907	3 085 297	186 929
1912	—	216 462

Die organisierten Arbeiterinnen machten im Jahre 1905 erst 0,75 Proz. der in Handel und Industrie beschäftigten Arbeitskräfte aus, im Jahre 1907 waren bereits 4,5 Proz. organisiert; nach dem Ergebnis des letzten Jahres werden es schätzungsweise 6 Proz. sein. Das ist, absolut betrachtet, natürlich wenig, sehr wenig. Aber die prozentuale Zunahme berechtigt doch zu schönen Erwartungen. Wenn es in diesem Tempo mit der Organisation der weiblichen Arbeitskraft weiter geht, dann werden die Arbeiterinnen bald im Verhältnis ebenso gut wie die Männer organisiert sein.

In dem dargestellten Aufstieg prägt sich das Ergebnis einer fleißigen Aufklärungs- und Organisationsarbeit aus. Er läßt erkennen, daß Einsicht und Klassenbewußtsein im weiblichen Proletariat erstarkt. Dieser Boden für die organisatorische Arbeit hat schon viel von seiner Unfruchtbarkeit verloren. Das eifert die Arbeitsfreudigkeit an, die in weiteren Erfolgen ihren schönsten Lohn findet.

Eine Fachschule für Hausangestellte, die von der Organisation der Dienstmädchen selbst ins Leben gerufen wurde, besteht seit einigen Jahren in Kopenhagen. Die Schule wurde im Jahre 1906 mit Unterstützung von einigen Hausfrauen ins Leben gerufen. Ihre Leiterin ist Marie Christensen, die Vorsitzende des Hausangestelltenvereins. Das auf verschiedene Weise gesammelte Gründungskapital betrug 11 000 Kronen. Ursprünglich in einer Stagenwohnung untergebracht, beantragte das Institut bald den Raum von 2 Etagen. Die Kurse sind halbjährlich und zwar werden die 12 bis 20 Volksschülerinnen in 3 Abteilungen unterrichtet. Davon gibt die eine eine vollständige Ausbildung im Kochen, wobei die Mädchen auch lernen, mit einem bestimmten Haushaltungsgeld zu wirtschaften; in der zweiten wird die Hausarbeit in all ihren Teilen gelehrt und in der dritten die Behandlung der Wäsche. Allwöchentlich wechseln die Schülerinnen die Abteilungen. Eine Prüfung, über die ein Zeugnis ausgestellt wird, beendet den Kursus.

Anschließend über der Unterricht ganz unentgeltlich; seit 1910 bezahlen 15—16 Schülerinnen ein Schulgeld von 10 Kr. monatlich; daneben existieren 4—5 Freistellen. Im ganzen haben bis jetzt 194 Mädchen in Halbjahreskursen die Anstalt durchgemacht. Seit einiger Zeit sind auch zweimonatliche Kurse für Köchinnen und Stubenmädchen eingerichtet, die bisher von 526 Schülerinnen besucht wurden. Zum Teil deckt die Anstalt ihre Kosten durch einen Frühstücks- und Mittagstisch, der von 70—80 Personen benutzt wird; auch wird Wäsche übernommen. Seit 1907 erhält sie vom Staat und von der Gemeinde einen festen Jahresbeitrag von je 2000 Kronen. Das Defizit (für die gesamte Zeit) beträgt nur noch 5540 Kronen.

Die Leistungsfähigkeit der Telefonbeamtinnen. Im Hamburger Telefonamt ist die Frage geprüft worden, ob ein Einfluß der Dienststunden auf die Leistungsfähigkeit des Personals erkennbar ist. Es wurden alle vorgekommenen Fehler, die Dienstzeit und die für jede Verbindung von den Beamtinnen aufgewandte Verbindungszeit angegeben. Die Fehler sind in zwei Klassen geteilt; die erstere enthält die Nachlässigkeitsfehler, die zweite die Abspannungsfehler, die nur unter dem Einfluß körperlicher und geistiger Abspannung gemacht wurden. Die durchschnittliche Zahl der Abspannungsfehler ist in der um 7 Uhr morgens beginnenden Dienstzeit am größten, sie beträgt 50 von 1000, während sie in den übrigen Vormittagsstunden zwischen 31 und 37 schwankt. Sie wird darauf zurückgeführt, daß die betreffenden Frauen verhältnismäßig sehr früh aufstehen und zur Arbeitsstelle eilen, ohne genügend gefrühstückt zu haben. Am leistungsfähigsten sind die Beamtinnen, deren Dienstzeit um 9 oder 9 1/2 Uhr beginnt. Die Nachmittagsdienststunden unterscheiden sich nicht von denen des Vormittags bezüglich der Leistungsfähigkeit, nur die Beamtinnen, die um 4 Uhr zum Dienst antreten und die vormittags frei hatten, geben ein noch ungünstigeres Resultat, als die Vormittagsdienstlichen. Dieses ist darauf zurückzuführen, daß sie die Dauer ihrer freien Zeit nicht zur nötigen Ruhe, sondern zu häuslichen Arbeiten verwenden mußten und mit einer gewissen Ermüdung zum Dienst kamen. Am günstigsten sind die Ergebnisse der geteilten, vor- und nachmittags beschäftigten Dienstlichen, die geteilten Dienstlichen sind jedoch beim Personal nicht beliebt. Die Abspannung schreitet naturgemäß zunehmend fort, geht aber nach den eingehobenen Erfrischungspausen wesentlich zurück.

